

Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte

Ausgabe Nr. 44, 11. Juli 2017



Johanna Bröse

Jahrelang befassten sich nur Wissenschaftler_innen, Fachjournalist_innen und Antifa-Nerds mit ihnen, heute kennen sie alle, die einigermaßen das Tagesgeschehen verfolgen: die Neue Rechte. Damit sind nicht einfach Rechte gemeint, die jetzt erst politisch aktiv werden, also „neu“ dabei sind. Die Neue Rechte machte sich von Frankreich ausgehend in den 1960er Jahren daran, rechtes Denken – zumindest in Westeuropa – zu erneuern. Sie orientiert sich ideologisch an der „Konservativen Revolution“ beziehungsweise dem Jungkonservatismus der 1920er Jahre. In Anlehnung an Konzepte der Neuen Linken fokussiert die Neue Rechte auf „kulturelle Hegemonie“; ihr Ziel ist die Hoheit über die herrschenden Diskurse, um so ein antiliberales und antiegalitäres Programm gesellschaftlich durchsetzbar zu machen.

Nachdem die Neue Rechte in Deutschland jahrzehntelang kaum sichtbar war, befindet sie sich seit dem Aufstieg der AfD im Aufwind – wenngleich die inhaltlichen Differenzen deutlich werden: Ihr Realo-Flügel setzt auf Parlamentarismus, will breite Schichten der Bevölkerung ansprechen, ihr Fundi-Flügel setzt hingegen auf Fundamentalopposition gegen diesen Staat. Diese Ausgabe sieht sich die Neue Rechte sehr genau an, ihre Entwicklungen, ihre Programmatik, ihre Verknüpfungen, ihre Differenzen.

Die nächste Ausgabe (Nr. 45) erscheint am 10. Oktober und wird sich im Schwerpunkt mit Selbst- beziehungsweise Basisorganisation beschäftigen. Parallel denken wir schon über unsere 46. Ausgabe nach. Wir sind uns noch nicht sicher, aber Themen gibt es genügend: Linkspopulismus, 50 Jahre 1968, 100 Jahre

Novemberrevolution, 200 Jahre Marx – und nicht zu vergessen 25 Jahre GZSZ.

Außerdem beachtet bitte: Wir suchen neue Leute für die Redaktion. Wer Interesse hat, unentgeltlich in der Redaktion des tollsten Rezensionsmagazins weit und breit mitzumachen, schaut sich unsere Ausschreibung an.

Und noch etwas: Gut ein halbes Jahr ist es her, dass wir unseren Spendenaufruf das erste Mal in den Äther geschickt haben. Und wir freuen uns, dass wir tatsächlich ein paar bereitwillige Spender_innen gefunden haben. Sei es mit einmaligen Zahlungen oder mit kleinen Daueraufträgen. Und was uns vor allem berührt hat, waren die vielen Komplimente, die uns zugesendet wurden. Ein riesiges Dankeschön!

Zum Schluss noch eine traurige Nachricht: Am 05. Juli 2017 ist unser langjähriger Genosse, Freund und Mitbegründer von kritisch-lesen.de, Fritz Güde, im Alter von 81 Jahren gestorben. Sebastian Friedrich hat einen Nachruf verfasst, den ihr im Folgenden lesen könnt. Seine Spuren weisen uns den Weg. Adieu, Genosse!

Kämpfen und lernen



Ein Nachruf von Sebastian Friedrich

Der Lehrer, Publizist und kritisch-lesen.de-Mitbegründer Fritz Güde ist am 5. Juli 2017 im Alter von 81 Jahren gestorben. [Weiterlesen...](#)

👤 Von [Sebastian Friedrich](#) 🕒 Vom 11. Juli 2017

📁 Eingordnet in [Linke – Perspektiven](#)

Die Neue Rechte: wo sie herkommt, was sie will, wohin sie geht



Essay von Helmut Kellershohn

Eine Analyse der Entstehung, der Merkmale und der jüngsten Erweiterungen der Neuen Rechten ist hilfreich, um den Charakter der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und die Linienkämpfe innerhalb der Partei zu begreifen.

Essay von [Helmut Kellershohn](#)

Seit dem Aufstieg der AfD und dem Auftritt von Pegida ist auch die sogenannte Neue Rechte verstärkt im medialen und wissenschaftlichen Diskurs als Thema präsent. Insbesondere Götz Kubitschek als Führungsfigur des *Instituts für Staatspolitik* (IfS) ist mittlerweile bundesweit bekannt. Er wird von den Medien zwar nicht (im positiven Sinne) hofiert, aber als Interviewpartner geradezu zum Aushängeschild der Neuen Rechten hochstilisiert und damit mit der Aura eines Medienstars ausgestattet. Das wirft die Frage auf, was eigentlich unter der Neuen Rechten zu verstehen ist. Im Folgenden plädiere ich für eine enge Fassung dieser Formation, ohne damit die breite Diffusion neurechten Gedankenguts und neurechts inspirierter Strategien verkennen zu wollen.

Ursprünge in den 1960er Jahren

Zunächst ist zu betonen, dass es nicht *die* Neue Rechte gibt. Der Begriff als solcher kam Anfang der 1970er Jahre als Selbstbezeichnung kleiner Gruppierungen auf. Diese suchten nach der Niederlage der NPD in der Bundestagswahl 1969 nach neuen Wegen, um die damalige extreme Rechte zu „modernisieren“ und auf die gesellschaftspolitische Dominanz der Neuen Linken eine ideologiepolitische und strategische Antwort zu geben. Vorarbeiten für eine solche Wendung wurden aber bereits in den 1960er Jahren geleistet. Die für den Entstehungsprozess der Neuen Rechten wichtige Zeitschrift *Junges Forum* etwa wurde bereits 1964 gegründet.

Ausgehend davon versteht es sich von selbst, dass das Etikett „neu“ mittlerweile musealen Charakter angenommen haben müsste und nur noch in ideengeschichtlichen Rückblicken von Interesse wäre – wenn es nicht immer wieder neue Rekonstruktionen der Neuen Rechten gegeben hätte. Konsequenterweise

müsste man also von der Neueren oder Neuesten Rechten sprechen, um einen solchen Vorgang der Rekonstruktion und Neuformierung Rechnung zu tragen. Es handelt sich hier aber nicht nur um ein generationelles Problem oder um ein Problem der Kontinuierung einer ideologiepolitischen Formation. Vielmehr ist die Neue Rechte, um den Begriff dennoch zu gebrauchen, keine einheitliche Formation: Sie setzt sich aus verschiedenen Strömungen zusammen, die im historischen Prozess das Gesicht der Neuen Rechten in unterschiedlicher Weise beziehungsweise mit wechselnden Dominanzen geprägt haben und prägen. Das ist nicht weiter verwunderlich, weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den vergangenen 50 Jahren sich doch erheblich verändert haben – und damit auch das „Anforderungsprofil“ an politische Konzepte und Strategien.

Nationalrevolutionäre und Jungkonservative

In den 1970er Jahren dominierte zunächst eine Neue Rechte, die sich auf die Nationalrevolutionäre der 1920er Jahre von Ernst Jünger bis Ernst Niekisch berief, um der Neuen Linken ein eigenes – Nationalismus, Sozialismus und Ökologie verbindendes – Konzept entgegenzusetzen. Diese *nationalrevolutionäre Neue Rechte* – ihr wichtigster Ideologe war der jüngst verstorbene Henning Eichberg – scheiterte bei dem Versuch, Einfluss auf linke Gruppierungen, den Parteibildungsprozess der Grünen und auf die Friedensbewegung zu nehmen. Wohl aber drang über die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, nationalrevolutionäres Gedankengut in die NPD ein und bereitete dort langfristig die Implementierung eines völkischen „Anti“-Kapitalismus vor.

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre wurde die sogenannte Neue Rechte dominiert von einer jungkonservativen Strömung. Auch die Bezeichnung „jungkonservativ“ ist eine Selbstbezeichnung, die beansprucht, einen Traditionszusammenhang herzustellen zum Jungkonservatismus der Weimarer Republik. Dieser ist laut Armin Mohlers Buch „Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“ (zuerst 1950 erschienen) neben den Völkischen und Nationalrevolutionären eine der Hauptströmungen der sogenannten Konservativen Revolution. Karlheinz Weißmann, einer der Vordenker dieser Strömung, spricht in seinem Überblick über die „Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945“ (2011) von „zwei Projekten des ‚volks‘- oder ‚jungkonservativen‘ Lagers“, nämlich der *Jungen Freiheit* (JF) um ihren Chefredakteur Dieter Stein und dem genannten Institut für Staatspolitik (IfS), deren enge Verbundenheit er hervorhebt. Zu diesem Netzwerk gehörten des Weiteren der von Götz Kubitschek geführte Verlag Antaios (ehemals Edition Antaios), die IfS-Zeitschrift *Sezession* und die Schüler- und Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse*.

Mit dem Aufstieg der AfD sollte es im Jahr 2014 zu einer Spaltung des jungkonservativen Lagers kommen. In der Frage, wie man sich auf die AfD beziehen

solle, konnte man sich nicht einigen. Weißmann, der (wie auch Dieter Stein) in der AfD eine realpolitisch agierende „seriöse bürgerliche Alternative“ zu den Unionsparteien sah, zog sich als wissenschaftlicher Leiter aus dem IfS zurück. Damit war der Weg frei für eine neue Formation der Neuen Rechten, die nach kurzem Hin und Her auf die Formierung einer an die Nationalrevolutionäre der 1920er Jahre erinnernden „Widerstands“-Bewegung zielte und seither für eine Fundamentalopposition plädiert. Das IfS um Götz Kubitschek setzt auf ein bislang informelles Netzwerk, das neben dem IfS und der *Blaue-Narzisse*-Gruppe auch den völkisch-nationalen Zusammenschluss innerhalb der AfD (Der Flügel) und Teile der Jungen Alternative, die Patriotische Plattform, die *Compact*-Gruppe und die Identitäre Bewegung umfasst.

Sieben Merkmale der Neuen Rechten

Unabhängig von der hier nur knapp skizzierten Entwicklung der Neuen Rechten kann man für den gesamten Zeitraum trotz unterschiedlicher Ausrichtungen sieben gemeinsame ideologische, strategische und strukturelle Merkmale feststellen.

1. Es handelt sich soziologisch gesehen um Intellektuelle mit einer zumeist akademischen Ausbildung, die also zum Bildungsbürgertum gehören, die entweder beruflich angebunden sind (zum Beispiel im „Brotberuf“ als Lehrer) oder aber aus ihrer politischen Tätigkeit eine Profession entwickeln, indem sie etwa eine Zeitung gründen, von der sie (zum Teil mehr schlecht als recht) leben können. Genauer müsste man sagen: Es handelt sich um Rechtsintellektuelle, die bei allem intellektuellen Anspruch sich doch eher durch ein „Gegen“ definieren: gegen Aufklärung, gegen „Intellektualismus“, gegen Rationalismus et cetera.
2. Rechtsintellektuelle sind keine Parteintelletuelle. Sie können zwar ihre speziellen Fähigkeiten einer Partei zur Verfügung stellen, zum Beispiel als FraktionsmitarbeiterIn oder PressesprecherIn. Aber dann unterwerfen sie sich der Parteidisziplin, die anderen Regeln gehorcht als die Tätigkeit von Intellektuellen im engeren Sinne. Die Neue Rechte hat sich nicht parteiförmig organisiert, sondern sich allenfalls zeitweise und vereinzelt (und mit wenig Erfolg) um eine kadermäßige Organisation bemüht – analog zu den K-Gruppen auf der linken Seite. Vielmehr dominiert das Zirkelwesen: Man organisierte und organisiert sich um Projekte (wie Zeitungen, Zeitschriften, Verlage, Denkfabriken, Basisgruppen, Internetportale), die ihrerseits in unterschiedlicher Dichte und Qualität miteinander vernetzt sein können.
3. Die Neue Rechte rekrutiert sich zu einem erheblichen Teil aus speziellen Milieus. Zu nennen sind hier, vor allem in der Vergangenheit, das Milieu der Vertriebenen (die sogenannte „Bekennnisgeneration“) und die Sozialisation in deren Jugendverbänden und Studentenorganisationen. Wichtig sind außerdem die

Korporationen, allen voran die Burschenschaften, der völkisch-nationale Flügel der Bündischen Jugend (etwa Freibund) und als akademische Korporation der Bündischen Jugend die Deutsche Gildenschaft. Zudem ist der „Dienst“ in der Bundeswehr (besonders in Spezialeinheiten) für viele eine mentalitätsprägende Erfahrung gewesen, für andere vor allem in den jüngeren Jahrgängen mag die Zugehörigkeit zu bestimmten Musikszenen und jugendlichen Subkulturen ein „Erweckungserlebnis“ gewesen sein.

4. Stilbildend für eine neurechte Gruppierung ist ein elitäres beziehungsweise avantgardistisches Grundgefühl. Kritiker mögen dies als „Pose“ (Volker Weiß) abtun; dies verkennt aber, dass es zur Funktion und zum Anspruch von Gegenintellektuellen gehört, sich ideologische Traditionen anzueignen, diese gegenwartsbezogen aufzubereiten und weiter zu vermitteln, also Bildungselemente und Konzepte für rechte Bewegungen zur Verfügung zu stellen. Ohne ein elitäres Selbstgefühl ist dies nicht machbar, zumal es bei allen emphatischen Bezügen auf „Volk“ und „Nation“ zu den eigenen Gewissheiten gehört, dass Geschichte nicht von den Massen, sondern von minoritären (und dazu noch männlichen) Eliten gemacht wird.

5. Das Hauptkampfgebiet der Neuen Rechten ist das Feld der Metapolitik. Dieser Begriff – in Analogie zum Begriff Metaphysik gebildet – stammt zwar schon aus dem 18. Jahrhundert, machte allerdings erst Karriere im Zusammenhang mit der rechten Gramsci-Rezeption, etwa bei Alain de Benoist („Gramscismus von rechts“). Vereinfacht gesagt bewegt sich Metapolitik im Gegensatz zur Realpolitik auf der Ebene einer Prinzipienlehre des Politischen, thematisiert also politische Fragen aus der Perspektive einer idealerweise „zusammenhängende[n] Weltanschauung“ (Alain de Benoist/Charles Champetier), die allererst dem politischen Handeln der Menschen Sinn verleiht. Auf diesem Feld der Sinngebung sucht die Neue Rechte durch eine Revolutionierung der in einer Gesellschaft vorherrschenden Überzeugungen („Kulturrevolution von rechts“) hegemonial zu werden, um damit überhaupt erst die Voraussetzungen zu schaffen für die zukünftige Eroberung der politischen Macht. Die metapolitische Aufgabenstellung schließt selbstverständlich nicht aus, dass auch Metapolitiker unmittelbar realpolitisch relevante Entscheidungen treffen müssen, wie am Beispiel der Haltung zu AfD oben aufgezeigt wurde.

6. Der Beitrag der Neuen Rechten zu diesem „Kampf um die Köpfe“ bestand und besteht in einer Revitalisierung eines Weltanschauungsangebotes, das man idealtypisch unter dem Begriff des völkischen Nationalismus zusammenfassen könnte, der in Deutschland eine lange, bis zu den „Befreiungskriegen“ zurückreichende Tradition hat. Zu den Kernelementen gehört, ausgehend von einem Verständnis von Volk als Abstammungsgemeinschaft, die Konstruktion der Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der Nation

beziehungsweise Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen, ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Eliten- und/oder Führerkult, die Heroisierung des nationalidentitären, dienstbaren und opferbereiten Bürgers/Volksgenossen, ein dichotomisches Freund-Feind-Denken, ein biopolitisches Verständnis des „Volkskörpers“ und dem Primat der Außenpolitik – basierend auf der Idee des nationalen Machtstaates und geopolitischen Imperativen verpflichtet. Der völkische Nationalismus ist dabei als ein strömungsübergreifendes, die gesamte Rechte prägendes ideologisches Gebilde zu verstehen, unterliegt also durchaus unterschiedlichen Konkretionen und Variationen, wobei nicht zuletzt die jeweiligen strategischen Optionen und Zielsetzungen wichtige Rollen spielen.

7. Ein grundsätzliches Problem, an dem die Neue Rechte gearbeitet hat, ist das Verhältnis zum „Nationalsozialismus“ als der radikalsten Variante des völkischen Nationalismus. Diesbezüglich ist der eingangs bereits angesprochene Klassiker Armin Mohlers von Bedeutung, mit dem er eine rechte geistige Strömung in der Weimarer Republik „kreierte“, die vorgeblich nicht mit dem NS verwechselt werden dürfe. Rückblickend hat Mohler (im Vorwort zur 5. Auflage 1999) der Neuen Rechten Folgendes als Vermächtnis ins Stammbuch geschrieben:

„Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, daß ich mit der Arbeit nicht allein Erkenntnis und Verständnis eines historischen Phänomens fördern wollte. Es handelt sich um den Versuch, der intellektuellen Rechten ein Bewusstsein ihres reichen Geisteserben zu vermitteln. Und mir scheint unwiderlegt, daß die Konservative Revolution bis auf weiteres die modernste Form des Konservatismus bleibt.“

Hier klingt erstens das Motiv der Modernisierung der Rechten an, das zweitens mit dem harmlos klingenden Label Konservatismus versehen wird, obwohl (fast) alle sogenannten Konservativen Revolutionäre erklärte Feinde der Weimarer Republik gewesen sind. Drittens erscheint der Nationalsozialismus als reaktionäre Missgeburt der Moderne, demgegenüber Mohler sich dann viertens auf seine alten Tage doch noch als romanischer Faschist positiv abzuheben versuchte, woran heutzutage von Teilen der Neuen Rechten gerne angeknüpft wird.

Grundsätzlich hat die Neue Rechte versucht, sich in der Tradition Mohlers vom „Nationalsozialismus“ (und damit auch von der Neonazi-Szene) zu distanzieren. Die „Bocksprünge“ Mohlers, wie sie eben angedeutet wurden, sind aber auch für die Neue Rechte kennzeichnend. Sie schwankt zwischen der Bejahung des demokratischen Verfassungsstaates über einen von ihr als notwendig erachteten autoritären Umbau des Staates bis hin zu einem aus dem Geiste der Fundamentalopposition geforderten Neubau des „Systems“.

Das Konzept des Ethnopluralismus

Im Folgenden gehe ich auf zwei wichtige metapolitische „Innovationen“ ein, die von der Neuen Rechten in extrem rechte Diskurse implementiert wurden. Die erste Innovation bezieht sich auf die enge Kopplung des Volksbegriffs mit dem Rassenbegriff, der für die klassische Völkische Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg prägend war, die dann vom NS – mit mörderischen Konsequenzen – aufgenommen wurde.

Uwe Puschner („Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich“, 2001) zufolge gruppierte sich die in sich disparate Formation der Völkischen Bewegung um die Ideen- und Diskursfelder Sprache-Rasse-Religion. Gemeint sind erstens ein deutschtümelnder Sprachpurismus, der sich gegen die „Überfremdung“ der deutschen Sprache richtete und die Muttersprache, anknüpfend an Herder und Fichte, als „kostbares Gefäß“ der „deutschen Bildung“ und Ausdruck des deutschen Wesens feierte sowie den Kampf um die „Reinheit der deutschen Sprache“ als Voraussetzung für eine „Deutsche Wiedergeburt“ betrachtete. Zweitens sind damit teils biologistisch, teils spiritualistisch argumentierende Rassenlehren gemeint, die gewissermaßen den „Generalschlüssel zum Verständnis“ der völkischen Weltanschauung ausmachen, indem sie „Rasse“ zum schicksalsbestimmenden Faktor der Einzelnen wie des Volkes beziehungsweise der Völker erkoren und darauf aufbauend Rassenerneuerungsprogramme (Eugenik, Rassenhygiene) entwickelten sowie den traditionellen Antijudaismus auf eine neue ideologische Basis stellten („Jude bleibt Jude“). Drittens geht es um religiöse Erneuerungs- und Erlösungslehren, die entweder einem „deutschen“ Christentum das Wort redeten oder neuheidnische Ersatzformen (Deutschgläubige, Germanengläubige) kreierte, die im Kern davon ausgingen, „daß aus deutschem Blute das Heil der Welt komme, daß es wiedergeboren werde, wie die Sonne wiederkehrt nach dem Gange in die bange Winternacht“ (Ernst Wachler).

In Bezug auf die Kopplung von Volks- und Rassenbegriff arbeitet Julian Köck in seiner Darstellung völkischer Geschichtsbilder („Die Geschichte hat immer Recht“. Die Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder, 2015) heraus, dass die Rassenideologie zweifellos „der wichtigste Bestandteil des ‚kulturellen Codes‘ (Shulamit Volkov) der Völkischen“ war, betont aber, dass sie die „Gestalt einer Ergänzungs- und Vertiefungsideologie“ angenommen habe. Der Bezug auf Rasse als „Erkennungssignal der Bewegung“ sei unter anderem vor dem Hintergrund der Bedeutungszunahme der Naturwissenschaften zu sehen. Rassentheorien seien aber in der Form aufgegriffen worden, dass sie das Postulat der ethnokulturellen Einheit des deutschen Volkes zusätzlich untermauern sollten.

Geht man von dieser These aus, so zeigt gerade die seit den 1970er Jahren forcierte Theorie des Ethnopluralismus, dass es durchaus möglich ist, völkisches Denken

auch ohne direkten Bezug auf die Rassenideologie zu rekonstruieren, zugleich aber wesentliche Elemente des Rassendiskurses fortzuschreiben: Rassismus ohne Rassen! Treibende Kraft dieser „Modernisierung“ waren in Frankreich die *Nouvelle Droite* um ihren Vordenker Alain de Benoist beziehungsweise in Deutschland die sich als nationalrevolutionär verstehende Neue Rechte mit Henning Eichberg als ihrem konzeptiven Ideologen. Im Kern ging es darum, den völkischen Diskurs aus seiner „Kontamination“ durch den NS zu befreien und den Volksbegriff mit einem differentialistischen Kulturbegriff zu koppeln. Zum „diskursiven Grundplan“ (Angelika Magiros: „Kritik der Identität“, 2004) gehörte zum einen die Betonung der ethnokulturellen Vielfalt, „der Gleichwertigkeit der Kulturen, der Toleranz und des Rechts auf Verschiedenheit“. Kultur wurde damit essentialisiert zu einem Set von unverwechselbaren Merkmalen, verankert in quasi ontologischen Eigenschaften eines Volkes. Die Kehrseite dieser Setzung war dann andererseits „die Wende zurück zur Fremdenabwehr [...] und die Forderung nach strikten ethnischen Grenzziehungen“. Obwohl man sich also von einer Hierarchisierung von Völkern und Kulturen distanzierte, rekurierte man dennoch auf mehr oder weniger ausgeprägte Reinheitsphantasien, wie sie auch der klassischen Völkischen Bewegung mit ihrer – damals nicht zuletzt antisemitisch gerichteten – Parole „Deutschland für die Deutschen“ (Julius Langbehn) zueigen waren.

Der politische „Mehrwert“ des Ethnopluralismus bestand zudem in dem von Etienne Balibar sogenannten Retorsionseffekt: Der Vorwurf des Rassismus konnte zurückgewiesen und zugleich zurückgegeben werden, nämlich an diejenigen, die angeblich die Zerstörung der nationalen und kulturellen „Identität“ der Völker durch eine mehr oder weniger organisierte Zuwanderung zuließen. Von dort führt eine direkte Linie zu dem heute an die „nationsvergessenen“ Eliten erhobenen Vorwurf, sie seien die „Umvölker“, die planmäßig die „Umvolkung“ des deutschen Volkes betrieben. Auch die aus Frankreich importierte Parole vom „Großen Austausch“ (Bevölkerungsaustausch), die zum Markenzeichen der Identitären Bewegung gehört, knüpft hieran an.

Die Flexibilisierung des Ethnopluralismus-Konzepts

Die Gralshüter des Jungkonservatismus rund um die *Junge Freiheit* (JF) haben in jüngster Zeit das Konzept des Ethnopluralismus noch mal modifiziert, wobei realpolitische Erwägungen eine gewichtige Rolle spielen. Diese zweite „Innovation“ kann auf ein Verständnis des Volksbegriffs zurückgreifen, wie es etwa von dem Ethnosozologen Wilhelm E. Mühlmann entwickelt worden ist. Das „Staatspolitische Handbuch“ des Instituts für Staatspolitik (2012) sieht in ihm, trotz seiner NS-affinen Vergangenheit, einen „Vordenker“ eines „modernen“ völkisch (oder „volklich“) basierten Konservatismus. Mühlmann schreibt in seiner „Geschichte der Anthropologie“:

„Die der Romantik entstammende rein stoffliche Auffassung des Volkstums reicht nach den Ergebnissen der heutigen ethnographischen Soziologie nicht mehr aus. Volkstum ist *niemals* naturgegebene Tatsache, sondern stets politische Leistung, also Willensschöpfung; dies gilt bereits für den Klan, erst recht für entwickeltere Phasen ethnischer Einheiten.“ (Herv. H.K.)

Volk ist also immer „politisches Volk“ (Hans Freyer), und die „Volkwerdung“, die „Ethnogenese“ dürfe nicht verwechselt werden mit der „Ethnogenie“, das heißt mit den „Vorstellungen, die sich die betreffenden Gruppen *selber* in Mythos und Geschichtslegende über ihre ‚Abstammung‘ bilden“. Die „genealogische Hypothese“, die die Abstammungsmythen für bare Münze nehme, sei nicht haltbar. Wohl aber seien die damit verbundenen Vorstellungen (Fiktionen) in das kulturelle Gedächtnis dieser Völker eingegangen und Bestandteil des „objektiven Geistes“.

Vor diesem Hintergrund werden Assimilationsvorgänge quasi zum Normalfall der Bildung größerer Völker. Sie werden anders bewertet als im gewöhnlichen völkischen Denken: „Die Gesamtheit aller ethnischen Gemeinschaften der Erde bilden einen gewaltigen, sich geschichtlich wandelnden Strukturzusammenhang. Seine Teile unterliegen einem ‚Gesetz der wachsenden Einheiten‘. Einige wenige Gesellschaften wachsen beständig durch Assimilation der vielen kleineren. [...] Die Assimilation ist ein integrierender Vorgang der Ethnogenese.“

In der JF werden derartige Gedankengänge aufgegriffen, die es erlauben, das Konzept des Ethnopluralismus zu modifizieren. Karlheinz Weißmann, einer der Vordenker des heutigen Jungkonservatismus, sieht gerade dessen Stärke darin, dass er „einerseits mit einer gewissen Unbekümmertheit auf das Erbe der Konservativen Revolution zurückgreift, andererseits versucht, eine konservative [...] Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart zu geben.“ Das betrifft insbesondere das Thema Zuwanderung.

Im JF-offiziösen „Manifest für die Zukunft Deutschlands im 21. Jahrhundert“ (JF 42/2012) schreibt einer der wichtigsten Autoren der JF, der Burschenschaftler Michael Paulwitz, mit Blick auf die Nation als Gemeinschaft: „Diese Gemeinschaft ist nicht statisch; sie kann Einwanderer aufnehmen und zu beider Vorteil integrieren, wenn Einwanderung nicht schrankenlos und ungesteuert stattfindet.“

Voraussetzung allerdings sei auf Seiten der Einwanderer die Bereitschaft, „sich ohne Vorbehalt mit Staat und Nation zu identifizieren“, sich also voll und ganz zu assimilieren. In diesem Sinne warb Stein in einem weiteren programmatischen Text (JF 41/2013) für einen „erneuerten Volkstumsbegriff“: Nach fünfzig Jahren Einwanderung habe „sich das Bild Deutschlands gewandelt“. Es sei daher „realitätsfremd“, „an einem engherzigen volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff festzuhalten, der integrationswillige Einwanderer und Kinder von solchen“ ausschließe.

Maßgeblich für eine derartige Differenzierung sind Kriterien wie Nützlichkeit, Gewohnheit und kulturelle Nähe. Letztere soll sich daran erweisen, dass EinwanderInnen sich voll und ganz assimilieren – eine Fähigkeit, die freilich muslimischen EinwanderInnen mehr oder weniger abgesprochen wird. Das Programm der AfD von 2016, das auf der einen Seite das kanadische Einwanderungsmodell präferiert, auf der anderen Seite den Islam mit dem Grundgesetz für nicht vereinbar hält, folgt dieser Argumentation.

Zum Vergleich: Im neonationalsozialistischen Lager der extremen Rechten werden derartige Differenzierungen strikt abgelehnt. Im Programm der NPD von 2010 heißt es: „Grundsätzlich darf es für Fremde in Deutschland kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat.“ Grundsätzlich fremd bleiben aus dieser Sicht auch eingebürgerte Menschen, sogenannte „Ausländer mit BRD-Pass“, die ebenfalls ‚rückgeführt‘ werden sollen.

Kampf zweier Linien

Die Modernisierungsarbeit der Neuen Rechten, wie sie hier am Beispiel des Ethnopluralismus und des Volkstumsbegriffs aufgezeigt wurde, wäre vergebene Liebesmüh' gewesen, hätten sich nicht unter dem Druck des Neoliberalismus die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erheblich verändert und hätten nicht vielfältige, sich gegenseitig verstärkende Krisenprozesse zu einer massiven Verunsicherung großer Teile der Bevölkerung geführt, die für völkisches Gedankengut empfänglich macht. Mit der Entstehung der AfD hat sich in Deutschland zumindest vorläufig eine rechtspopulistische Kraft etabliert, die – zeitverzögert – Anschluss an vergleichbare Bewegungen und Parteien in Europa gefunden hat. Für die Neue Rechte, die, wie oben angedeutet, sich als eine Gegen-Elite im Wartestand versteht, ist dies eine Situation, die sie immer angestrebt hat. Um ein militärisches Bild, das in diesen Kreisen geläufig ist, zu gebrauchen: Die von ihr betriebene Metapolitik sei die Artillerie, die aus sicherer Entfernung die feindlichen Stellungen bombardiere und diese sturmreif zu schießen versuche; die Eroberung der Stellungen aber müsse die Infanterie leisten. Nichts anderes aber ist aus dieser Sicht die AfD, sie ist die Infanterie der Neuen Rechten. Paradoxerweise aber sind, um im Bild zu bleiben, die „Generäle“ uneins, wie der Einsatz des Fußvolkes zu erfolgen hat. Man schwankt zwischen dem konventionellen Konzept eines Marschs durch die Institutionen (Junge Freiheit) und dem Konzept einer „fundamentaloppositionellen Bewegungspartei“, wie es von Björn Höcke im trauten Einklang mit Götz Kubitschek offeriert wird. Ein Kampf zweier Linien ist entbrannt, der sowohl die AfD als auch die Neue Rechte durchzieht und über dessen Ausgang noch nicht entschieden ist – und über den die AfD möglicherweise zerbrechen könnte.

Zitathinweis: Helmut Kellershohn: Die Neue Rechte: wo sie herkommt, was sie will, wohin sie geht. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1421>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

„Wir sind der Balkon-Muppet des eigenen Untergangs“



Linke Politik muss sich stärker an den Lebensrealitäten der Menschen orientieren.

kritisch-lesen.de sprach mit der Politikwissenschaftlerin Hanna Lichtenberger über die Zusammensetzung aktueller rechter Projekte und über die Notwendigkeit, linke Alternativen wieder stärker mit einem Klassenstandpunkt zu verknüpfen.

kritisch-lesen.de: Unser Thema ist die Neue Rechte in Europa. Welche Entwicklungen siehst du in Europa allgemein, aber auch spezifisch mit Blick auf Österreich und Deutschland?

Hanna Lichtenberger: In der EU ist das Feld rechter Strömungen breit. Ich denke wir können fünf Strömungen ausmachen: Erstens die klassischen Neonazis und traditionell rechtsextreme Gruppen – die „Stiefelnazis“. Dazu gehört etwa die deutsche NPD. In Österreich und Deutschland gibt es zweitens die deutschnationalen, schlagenden Burschenschaften, die vor allem in Österreichs Politik eine wichtige Rolle spielen. Drittens können wir die Organisationen der Neuen Rechten wie etwa die Identitären in Österreich oder Frankreich anführen. Viertens kann man auch einen Anstieg dessen beobachten, was in der Literatur „Rechtspopulismus“ genannt wird. Und schließlich fünftens sieht man eine gesellschaftliche Rechtsbewegung: Ein Anstieg von antimuslimischem Rassismus, von Antisemitismus und autoritären Tendenzen in der Gesellschaft. Besonders an Österreich ist wohl die enge Verbindung zwischen Identitären, deutschnationalen Burschenschaftefern und der FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreichs. Die Burschenschaften sind so etwas wie das ideologische und organisatorische Rückgrat der Partei. So hat zum Beispiel die FPÖ-Jugendorganisation, der Ring Freiheitlicher Jugend Österreichs, im Burgenland Veranstaltungen mit den Identitären organisiert. Und einige Identitäre haben bei den österreichischen Hochschul_innenschaftswahlen auf der Liste der Freiheitlichen Studenten kandidiert.

KL: Die FPÖ wird vielerorts mit anderen rechten und rechtspopulistischen Parteien gleichgesetzt. Wie ordnest du die FPÖ inhaltlich ein?

H.L.: Ähnlich wie Marine Le Pens Front National versucht die FPÖ, die soziale Frage rassistisch zu beantworten. Mit dem Einstieg über soziale Sicherungssysteme

und Wohlfahrtsstaatlichkeit stützen sie einen Diskurs, in dem es dann auf einmal um jene geht, die das vermeintlich bedrohen. Insbesondere die Strategie, mit antimuslimischem Rassismus zu argumentieren, funktioniert für die FPÖ sehr gut. Damit schaffen sie es, das „strategische Mehr“ zu erreichen: Ihre Wahlerfolge gehen über ihre traditionelle Wählerschaft, das deutschnationale Altnazi-Lager, das vielleicht 10 Prozent ausmacht, hinaus. Die Wahlerfolge der FPÖ sind durch ihre Strategie als „soziale Heimatpartei“, wie sie es nennen, möglich. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ in den Jahren 2000 bis 2005 macht jedoch deutlich: bei der Betonung sozialer Themen handelt es sich um bloße Rhetorik. Gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) hat die FPÖ Privatisierungen von Staatseigentum beschlossen, wie der Post, der Telekom, der Austria Tabak. Auch die VOEST Alpine, der größte österreichische Stahlbetrieb, wurde teilprivatisiert. Da ging es also um den Kern der österreichischen Volkswirtschaft. Sie haben außerdem das Rentensystem angegriffen und die erforderlichen Beitragsmonate erhöht.

Für Juni 2017 hat die FPÖ ein neues Wirtschaftsprogramm angekündigt – bisher ist das eher die Suche nach dem Yeti. Einige Aspekte daraus sind aber schon publik geworden. Das wurde von Lobbyisten, Politikern und Vertretern der Industriellenvereinigung ausgearbeitet. Ich deute es vor allem als Vorbereitung für ein Projekt „Schwarz-Blau“, also eine mögliche Koalition mit der ÖVP. So gibt es in diesem Wirtschaftsprogramm ein klares Bekenntnis zur EU. Das ist interessant, weil die FPÖ ja sehr gerne damit kokettiert, aus der EU austreten zu wollen, oder zumindest den Euro in Frage zu stellen. Kurz: Je nachdem, wie die öffentliche Stimmung ist, hat die FPÖ eine andere EU-Position. Für die österreichische Exportstrategie ist es natürlich zentral, Teil des europäischen Binnenmarkts zu sein, und noch mehr, sich am deutschen Exportmodell (also die Orientierung auf Exportüberschüsse) zu orientieren. Denn Österreich exportiert vor allem Maschinen, Metalle, Papier und Nahrungsmittel, ersteres vor allem an Deutschland. Dementsprechend ist Deutschland mit 37,2 Prozent der größte Exportabnehmer Österreichs, gefolgt von Italien mit nur 6,2 Prozent. Zugleich ist Österreichs Volkswirtschaft in vielerlei Hinsicht von der Zulieferung an die deutsche Automobilindustrie abhängig. Eine Schwächung dieser Beziehung auf Grund eines „Öxits“ wäre für die österreichischen Kapitalfraktionen daher fatal.

Im Wirtschaftspapier der FPÖ geht es ganz klar darum, Lohnabhängige anzugreifen. Die FPÖ spricht sich für die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern (Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, etc.) aus. Das ist vielleicht für den deutschen Kontext nicht ganz einfach zu verstehen: In Österreich gibt es die Arbeiterkammern (AK), die so etwas wie der wissenschaftliche Arm der Gewerkschaften sind. Jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer ist Pflichtmitglied in der AK. Die AK ist damit die stärkste Interessensvertretung für österreichische Arbeitnehmer_innen. Schafft man die Pflichtmitgliedschaft ab, ist das ein massiver

Angriff auf die Gewerkschaften. An der Frage der Kammerpflichtmitgliedschaft hängt aber auch die Frage der Kollektivverträge. In Österreich haben wir eine 97-prozentige Tarifvertragsabdeckung, an die die Unternehmer_innen gebunden sind. Diese Bindung würde sich aufheben, wenn die Wirtschaftskammerpflichtmitgliedschaft fällt. Das wäre der massivste Angriff auf Arbeitnehmer_innenrechte in der Zweiten Republik.

KL: Welche Interessen vertritt die FPÖ also?

H.L.: Sie vertritt auf jeden Fall nicht die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Doch bei der Frage, welche Kapitalfraktionen sie vertritt, wird es komplexer. Mit dem neuen Wirtschaftsprogramm orientieren sie sich an transnational agierenden und exportorientierten Kapitalfraktionen, während sie beispielsweise in der TTIP-Debatte eine stärker national ausgerichtete Position einnehmen. Das ist paradox – und zeigt vor allem die Widersprüche innerhalb der FPÖ auf. Ihre Standpunkte sind aber in jedem Fall keine, die irgendwie klassenkämpferisch im Sinne von unten gegen oben sind.

KL: Und wer wählt rechts in Österreich?

H.L.: Die Frage ist nicht ganz leicht und auch in der Linken relativ umstritten. Die 10 Prozent, die die FPÖ sowieso wählen sind eher das deutschnationale Klientel. Es sind eher bürgerliche, tendenziell auf den österreichischen Binnenmarkt orientierte Unternehmer, Anwälte, Juristen – vor allem Männer. Aber die wichtige Frage aus linker Perspektive ist ja: Wer sind eigentlich die 20 Prozent, die sie wählen, obwohl sie keinen Bezug zum deutschnationalen Gedankengut haben? Man kann in Österreich sehen, dass das in der Tendenz Arbeiterinnen und Arbeiter sind, die momentan nicht explizit von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die nicht explizit prekär arbeiten, sondern Angst davor haben, dass ihnen das passiert. Da sind Facharbeiter_innen dabei, für die Reallohnverluste Realität sind. Das sind die ökonomischen Aspekte. Andererseits lohnt es sich, auf die ideologischen Verhältnisse zu schauen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten verschoben haben. Hier spielen etwa der antimuslimische Rassismus und rassistische Sicherheitsdiskurse eine große Rolle.

KL: Du bist selbst in Bündnissen gegen rechts aktiv. Wie sieht die Bewegung in Österreich aus?

H.L.: In Österreich gibt es die *Offensive gegen Rechts*, die viele Aktionen gegen die Neue Rechte und die FPÖ anstößt. Traditionell versucht sie jedes Jahr, den FPÖ-Burschenschaftlerball oder Akademikerball zu verhindern oder zumindest zu thematisieren. Sie besteht aus über 40 Organisationen, von linken Sozialdemokrat_innen und sozialistischen Organisationen bis zu traditionell-marxistischen und trotzkistischen Gruppen sowie Jugendorganisationen von

Gewerkschaften. Die *Offensive gegen Rechts* schafft es ganz gut, dieses Feld von Protesten gegen die Identitären, die Deutschnationalen und die Burschenschafter abzudecken. Sie arbeitet in Wien, im Burgenland, in Vorarlberg und in der Steiermark und es gibt eine enge Kooperation mit *Linz gegen Rechts*. Es ist gut, dass diese Bündnisse eine gewisse Kontinuität haben, dass es diese starken Netzwerke gibt, die nicht für jede Nazi- oder rechte Demo neu organisiert werden müssen. Solche Bündnisse sind enorm wichtig, damit in der Öffentlichkeit eine Gegenposition sichtbar wird. Gegen die FPÖ-Strategie der „sozialen Heimatpartei“ wirken die Proteste allerdings nicht. Das ist ein reales Problem der österreichischen Linken.

KL: Kannst du dieses Problem noch ein bisschen genauer beschreiben?

H.L.: Ich habe oft das Gefühl, dass die radikale Linke hier der Balkon-Muppet des eigenen Untergangs ist. Es gibt mit dem Projekt *Aufbruch* den Versuch, die Linke zu reorganisieren. Es ist ein Versuch, das Gemeinsame in der Linken vor das Trennende zu stellen. Nicht die Schwächen der anderen in den Vordergrund zu rücken und den Finger drauf zu halten, sondern zu zeigen, was man selber gut kann, wo man besser ist als die anderen, das dann einzubringen und gemeinsam an den Dingen zu arbeiten, die man nicht kann. Eine Einschätzung, die ich nun nach zweieinhalb Jahren Arbeit als Kleinkindpädagogin für die radikale Linke mitgenommen habe: Das allerwichtigste ist, dass man aus der Organisationsfrage nicht so einen Fetisch macht. Mit „Organisationsfrage“ meine ich jetzt mal so grob, in welcher Form man sich organisiert, mit welchem Namen, welche Farbe das Logo und welchen Rotton die Fahne hat, wer mitmachen darf – und wer nicht. Das gilt in alle Richtungen, in Richtung der Genossinnen und Genossen in der Sozialdemokratie, für die radikale Linke und auch für stärker orthodox-marxistische Gruppen. Aus meiner Perspektive ist die wichtigste Frage, die über die Form der Organisation entscheiden sollte: Wo können wir Kräfteverhältnisse verschieben? Das ist keine ausschließliche Frage der Organisationsform, sondern eine, die man immer historisch konkret beantworten muss. Ein Teil dieser Muppet-Show ist, dass alle ihrem Fetisch nachgehen und wenig Gespür für die realen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft haben.

KL: Es klingt danach, als bräuchte es ein anderes Verständnis von Organisation innerhalb der Linken?

H.L.: Eine Sache, die sehr relevant ist und vielleicht zum Verständnis meiner Resignation beiträgt: In dem Organisationsprojekt rund um *Aufbruch* hat es nur eine Hand voll Frauen gegeben, die die gewaltige emotionale Arbeit erledigt haben, 35.000 verschiedene Befindlichkeiten zu organisieren. Es wird total unterschätzt, welche Bedeutung affektive Arbeit für ein linkes Organisationsprojekt hat und es gibt wenige Leute, die diese Rolle einnehmen können oder wollen. Verständlicherweise, denn das ist eine unsichtbare, undankbare Rolle, in der man selbst kaum dazu kommt, Positionen zu formulieren.

Man sitzt dann da und denkt „Die postautonome Person hat gerade 'Multitude' gesagt, die anderen haben über die 'Prekären' geredet und die dritten über die 'Arbeiter_innenklasse'“. Es braucht einfach unglaublich viele Übersetzerinnen und Übersetzer zwischen den unterschiedlichen Teilen der Linken, die dann sagen können: „Hey, ihr meint eigentlich das Gleiche, werden wir doch konkret“. Und was man dafür braucht, sind Leute, die an unterschiedlichen Projekten beteiligt waren, die sich für die Hand- und Kopf-Arbeit bereit erklären, wenn man es trennen mag, und die unterschiedliche Spektren kennen und von ihnen respektiert werden. In einer Phase, in der sich die Klassenkämpfe von unten nicht gerade aufdrängen, braucht es gemeinsame Projekte unterschiedlicher Kräfte: Um dann gemeinsam kämpfen zu können, wenn eine Dynamik entsteht.

KL: Welche Anknüpfungspunkte siehst du konkret, um Kräfteverhältnisse zu verschieben?

H.L.: Es wäre jetzt notwendig, eine politische Kampagne auf die Beine zu stellen, die thematisieren kann, was Schwarz-Blau eigentlich bedeutet – nämlich den absoluten Angriff auf Arbeitnehmer_innenrechte, auf die Rechte von Menschen, die nach Österreich gekommen sind, um Schutz zu finden, auf die Rechte und auf die Handlungsspielräume von Frauen. Diese Kampagne dürfen wir nicht den sozialdemokratischen Wahlkampagnen überlassen, in der dann sogar Rot-Blau, also eine Koalition mit der FPÖ, als attraktives Gegenmodell gezeichnet wird. Angesichts des massiven Angriffs, der uns da bevorsteht, und angesichts des Rassismus, den Menschen – im Moment besonders Muslim_innen – jeden Tag auf der Straße erleben, braucht es nicht ein gesellschaftliches Projekt, das vielleicht um 15 Aktivist_innen im Jahr wächst. Es braucht ein politisches Angebot, das Tausende aktiviert, das in jedem Kaff in Österreich präsent ist. Für die gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen man steht, ist die Linke in Österreich einfach – noch – nicht bereit. Und die Kosten dafür, dass die radikale Linke aktuell so krass versagt – und damit meine ich jetzt einfach mal alles links der Sozialdemokratie – tragen Migrantinnen, Migranten, prekär Beschäftigte und andere Marginalisierte. In gewisser Weise sollte uns das zu ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit aufrufen.

KL: Du hast angesprochen, wie wichtig es ist, ein breites politisches Angebot zu formulieren. Wie können die Köpfe und Herzen der Leute für eine klassenkämpferische Gegenantwort gewonnen werden?

H.L.: Es ist notwendig, ein linkspopulistisches Projekt zu organisieren, welches dem Rechtspopulismus etwas entgegenhält; ein Projekt, in dem Populismus eher im Sinne von populärer Politik verstanden wird. Das heißt: Politische Positionen so zu formulieren, dass sie an den Lebensrealitäten von Leuten anknüpfen. Ich halte es für notwendig, die (fast) gestorbenen Strukturen der Sozialdemokratie in den Bezirken und in den Gemeinden zu aktivieren: Die vielen Hegemonieapparate, die es früher gab, vom Arbeiter_innen-Mandolinenverein, dem Arbeiterfischerverein,

die Kinderfreunde und so weiter. Es bräuchte ein gesellschaftliches Projekt, das einen ähnlich breiten Anspruch hat und das Politik wieder in jene Lebensbereiche zurückbringt, wo sie auch reale Bedeutung hat. Wir müssen aufhören, immer so klein zu denken, wie uns der Neoliberalismus das vorgibt – und anfangen, ein großes gesellschaftliches Projekt zu formulieren.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Wir sind der Balkon-Muppet des eigenen Untergangs“. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1430>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Unauffindbar – Die AfD sucht das „Volk“



Michael Wildt

Volk, Volksgemeinschaft, AfD

Von der Antike bis heute: Idee und Rezeption des Volksbegriffs wird in einer politischen Analyse auf ihre Tauglichkeit geprüft.

Rezensiert von [Yves Müller](#)

Der Historiker Paul Nolte macht in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* „eine quasi-revolutionäre Unruhe“ in der Gesellschaft ähnlich der Zwischenkriegzeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus. Er zieht dabei Parallelen zwischen der nationalsozialistischen Machtübertragung und den Wahlerfolgen der extrem rechten Partei Alternative für Deutschland (AfD). Auch sein US-amerikanischer Kollege Timothy Snyder blickt in die Geschichte zurück: Trumps erste Wochen im Präsidentenamt „remind us of authoritarian regime changes of the recent past“ (erinnert uns an autoritäre Regimewechsel in der jüngeren Vergangenheit), so sein Fazit für das *Time Magazine*. Angesichts der AfD-Wahlerfolge, aber auch des allgemeinen Rechtsrucks in Europa und den USA, scheint die Meinung von Historiker*innen besonders gefragt. Es werden Vergleiche zwischen dem Untergang der ersten deutschen Demokratie und unserer tatsächlich ziemlich beunruhigenden Gegenwart aufgezogen, um sogleich wieder zu differenzieren – ganz so könne man das schließlich nicht sagen. Und dennoch: Wiederholt sich die Geschichte? Haben wir es bereits mit „Weimarer Verhältnissen“ zu tun? Ist die AfD etwa eine neue NSDAP?

Jenseits allem gebotenen Alarmismus hat sich nun der Historiker Michael Wildt darangemacht, den Begriff des Volkes einer kritischen Prüfung zu unterziehen und den Nutzen „des Völkischen“ für die AfD unter die Lupe zu nehmen. Der Autor ist ein Experte, wenn es um historische Genese und Wirkmacht des rassistischen „Volksgemeinschafts“-Konzeptes geht, allerdings äußerte er sich bislang selten zu aktuellen Fragen. Nachdem aber vor zwei Jahren ein Online-Artikel Wildts zur Konstruktion der „Volksgemeinschaft“ durch André Poggenburg, den AfD-

Landesvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, positiv aufgegriffen wurde, schien eine Intervention bitter nötig. „Volk, Volksgemeinschaft, AfD“ ist keine wissenschaftliche Abhandlung – das handliche und mit 160 Seiten recht überschaubare Büchlein soll vielmehr breitere Leser*innenkreise erreichen.

Geschichten aus der Geschichte

Der Dreiklang, der schon den Titel prägt, spiegelt sich auch in den drei Hauptkapiteln des Buches wider. Dabei führt das erste Kapitel „Volk“ in die historische Genese des Begriffes ein. Wildts Bezugspunkte sind ebenso prominent wie nachvollziehbar: Er beginnt mit Aristoteles, der den athenischen Stadtstaat, die Wiege der Demokratie, kritisch betrachtete. Über Cicero und andere geht es zu Thomas Hobbes und seinem Hauptwerk, dem Leviathan. Und von diesem zu Jean-Jaques Rousseau, dessen Idee von der „volonté générale“, dem allgemeinen Willen, „den Mythos von der Einheit, der Homogenität des Volkes begründet“ (S. 25). Die Vorstellung eines Souveräns, welcher die Staatsgewalt innehat und „das Volk“ repräsentiert, zog sich seitdem durch die Verfassungen hindurch: „We the people of the United States“, heißt es seit 1787; „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, proklamierte die Weimarer Verfassung von 1919.

Doch zwischen Philadelphia und Weimar liegt nicht nur ein Ozean, sondern auch ein ganzes Jahrhundert und ein Weltkrieg, in denen sich das, was unter dem „Volk“ zu verstehen sei, grundlegend wandelte. Die Bestrebungen, der deutschen Kleinstaaterei durch die Formung einer Nation zu entkommen, ebenso wie die ethnischen „Säuberungen“ in den Balkankriegen 1912/13 hatten das *ius sanguinis*, das Abstammungsprinzip, zum zentralen Faktor gemacht. Der *demos* (Staatsvolk) sollte nicht mehr ohne den *ethnos* (Volk) auskommen. Die Homogenisierung des „Eigenen“ bedingte die Konstruktion des „Anderen“. Die Aufgabe der Wissenschaften sollte es sein, zu bestimmen, was der „Volkskörper“ war und wer dazu gehören durfte. Ein „Volk“ sollte sich auch territorial verorten können, einen „Lebensraum“ haben, der über die Grenzen einer „Staatsnation“ hinausging. Nicht nur die politische Rechte der Weimarer Republik versuchte, nach dem Ersten Weltkrieg die Grenzziehungen zu revidieren und argumentierte mit einem diffusen ‚Selbstbestimmungsrecht‘ der deutschen Minderheiten. Dabei konnte man auf gängige Bilder zurückgreifen, denn tatsächlich entstand die Vorstellung von einem „deutschen Osten“, den es zu besiedeln galt, bereits in Preußen. Sie kulminierte im Zweiten Weltkrieg in Vertreibungen und Massenmord.

Wildt kommt im zweiten Kapitel darauf zu sprechen, dass „bei den Nationalsozialisten die Volksgemeinschaft vor allem durch Grenzen, durch Exklusion bestimmt“ (S. 66) wurde. „Gemeinschaftsfremde“, besonders Jüdinnen und Juden, durften nicht Teil der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ sein. Dabei, so Wildt, war diese Idee keine nationalsozialistische Erfindung: Die

Entstehung der kapitalistisch formierten bürgerlichen Gesellschaft weckte Sehnsüchte nach einer ursprünglichen, vormodernen Gemeinschaft, für die Ferdinand Tönnies zuerst 1887 und erneut 1912 in seinem Grundlagenwerk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ gewissermaßen die Vorlage lieferte. In der krisengeschüttelten Weimarer Demokratie diente der wiederkehrende Appell an die „Volksgemeinschaft“ gerade durch Liberale und SozialdemokratInnen der Herstellung von Inklusion und sozialer Einheit im Sinne des Staatserhalts, der – ganz im Gegensatz zur völkischen Rechten – dabei nur auf Grundlage der demokratischen Reichsverfassung gesichert werden konnte. Dennoch beschrieb keines dieser Gesellschaftskonzepte den Ist-Zustand. „[D]ie politische Kraft der Rede von der Volksgemeinschaft“ lag „vielmehr in der Verheißung, in der Mobilisierung“ (S. 73), so der Autor. Carl Schmitt lieferte dann die staatsrechtliche Legitimierung für die völkische Politik der Nationalsozialisten: Das Volk herrschte nur als und durch die ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ und diente also der Herstellung von Konformität und Indifferenz, aber auch der Teilhabe. Nur „Gleichartige“ sollten vor dem Gesetz gleich sein. Zwei Drittel der Deutschen gehörten bei Kriegsbeginn einer nationalsozialistischen Organisation an. Im Kriegsverlauf zeigten sich die Grenzen der „Volksgemeinschaft“, wie Wildt anhand von Stimmungsberichten der Nationalsozialisten nachzeichnet, als Referenzrahmen jedoch blieb sie anleitend. Einen Zusammenbruch wie 1918 im Ersten Weltkrieg sollte es nicht geben. Im Krieg zeigte sich auch, wie stark das völkische Inklusionsversprechen mit Ausschluss und Deportation der Jüd*innen oder auch Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeiter*innen zusammenhing: „Die NS-Gauleiter verlangten ab 1940 nachdrücklich die Deportation der deutschen Juden, um deren Wohnungen mit Volksgenossinnen und Volksgenossen zu besetzen“ (S. 85). So verweist Wildt auch darauf, dass – trotz „aller Inklusionsrhetorik“ – „die Volksgemeinschaft vor allem durch Grenzen, durch Exklusion bestimmt“ (S. 66) gewesen sei. Schon im NSDAP-Programm von 1920 wurde die Staatsbürgerschaft an die Zugehörigkeit zum „Volk“ gekoppelt. Jüd*innen waren explizit ausgeschlossen.

Wer ist das Volk heute?

Wer vor 1933 den Begriff der „Volksgemeinschaft“ benutzte, musste kein Nationalsozialist sein. Wer aber „nach 1945 wie die AfD und andere rechte Gruppierungen immer noch mit der ‚Volksgemeinschaft‘ hantiert, befindet sich stets in der geistigen Nähe des Nationalsozialismus“ (S. 116). Das dritte und entscheidende Kapitel „Das Volk der AfD“ befasst sich also mit dem völkischen Element der AfD, eröffnet zunächst jedoch mit einer Aufzählung der verschiedenen extrem rechten Strömungen und Parteien in (West-)Europa, die Wildt lediglich unter dem Label des „Populismus“ zusammenfasst. Dabei geht der Autor davon aus, dass rechtspopulistische AkteurInnen ein dichotomes Freund-Feind-Bild vertreten,

in dem das „reine Volk“ einer „korrupten Elite“ gegenüberstehe. Anhand ihres Grundsatzprogramms weist der Autor nach, wie sich die AfD als „wahre“ Vertreterin des Volkes geriere. Dabei übernehme die Partei linke Entwürfe, wie Antonio Gramscis Konzept der kulturellen Hegemonie, um sie „für die eigenen Zwecke umzuwerten“ (S. 102). Allerdings gerät der Nachweis, die AfD suche – bewusst oder unbewusst – Anleihen in der Linken, zu knapp und mündet in der Suche nach einer Wesensverwandtschaft. Johannes Agnolis radikale Parlamentarismus-Kritik und dessen Beschreibung der gesellschaftlichen Antagonismen von Kapital und Arbeit haben tatsächlich aber wenig gemein mit dem Parteien-Bashing à la AfD. Es geht der AfD und anderen extrem rechten Parteien bei dem Ruf nach direkter Demokratie ja nie um Partizipation, sondern um die antipluralistische und rassistische Formulierung eines diffusen „Volkswillens“ – und der mündet immer und auch jetzt bereits im Pogrom. Stutzig wird man auch, wenn Wildt das ethnisierte Konzept der AfD einem nordamerikanischen Lebensentwurf gegenüberstellt, seien doch in den USA Freiheitsrechte und Toleranzgebot als verfassungsrechtliches Ideal gerade im Angesicht einer Tradition als Einwanderungsland maßgebend. Dabei sind die USA nicht erst seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten ein Land mit einer langen Unterdrückungsgeschichte, in dem Minderheiten nicht aufgrund einer „Toleranz“ der Mehrheit leben dürfen, sondern sich ihre Rechte immer erkämpfen mussten und müssen. Immerhin verweist Wildt im resümierenden Abschnitt durchaus auf die Kämpfe der Ausgeschlossenen.

Der Schlussabschnitt geht aber vor allem der Frage nach, wer denn nun das „Volk“ sei. Zwar scheine es historisch als revolutionäres Subjekt immer wieder auf, letztlich müsse es aber „unauffindbar“ (S. 131) bleiben. Heute müsse sich das demokratische Prinzip in einer „Gesellschaft der Gleichen“ (Pierre Rosanvalon) verwirklichen, in dem Vielfalt zum Maßstab der Gleichheit werde. Das „Volk“ sei „heute nur als Gesellschaft der Singularitäten“ (S. 139) zu verstehen. Tatsächlich plädiert Wildt für ein Loslösen von dem Grundgedanken des "Volkes" und für ein Experimentieren in der Demokratie angesichts der Teilhabeanforderungen, die Migrationsgesellschaften heute stellen. Ob der Autor dabei den Volksbegriff auf den Müllhaufen der Geschichte werfen will, wird nicht ganz klar: „Das Volk ist nicht tot, aber es hat sich überlebt“ (S. 143). Auch werden ökonomische Fragen, die ja ebenso Fragen von Gesellschaft und Demokratie sind, kaum mit den genannten politischen und gedächtniskulturellen verknüpft. Daher bleibt zumindest fraglich, inwieweit sich das liberale Gleichheitsversprechen tatsächlich einlösen lässt. Aktuell scheint es Teil des Dilemmas linker Formierungen in Europa zu sein, angesichts rechter Mobilisierungen scheinbar unter dem Zwang zu stehen, sich für das liberale Trugbild von Freiheit und Gleichheit entscheiden zu müssen. Als würde nicht heute an den EU-Außengrenzen immer noch gelten, was schon 1801 für die französische Kolonie St. Domingue galt: Menschenrechte sind nur solange universell, solange

„unsere“ ökonomischen Interessen nicht infrage stehen. Die Forderungen der Französischen Revolution sollten damals ebensowenig für die haitianischen Sklaven gelten, wie sie heute für die Geflüchteten gelten sollen. Politische und ökonomische Teilhabe sind schließlich unteilbar. So muss mit dem Fazit des Autors keineswegs übereinstimmen, wer seine grundlegenden Ansichten zur Genese von „Volk“ und „Volksgemeinschaft“ unterstützt.

Auch konnte vieles nicht untergebracht werden. So fordert die Lektüre immer wieder zu Nachfragen heraus, die Wildt leider nicht beantwortet. Gerade die Ausführungen zu AfD und zur Revitalisierung des Völkischen bleiben mitunter vage und an der Oberfläche. Der begrenzte Platz bedingt wohl auch, dass Ausführungen zu den neurechten Vordenkern um die Wochenzeitung *Junge Freiheit* und das private Institut für Staatspolitik (IfS) oder zur aktivistischen Identitären Bewegung weitgehend unterbleiben mussten. Gleichwohl bietet das dünne Büchlein Anregungen, sich den „Klassikern“ von Hannah Arendt und Benedict Anderson bis hin zu Jean-Jacques Rousseau und Ferdinand Tönnies zu widmen.

Michael Wildt 2017:

Volk, Volksgemeinschaft, AfD.

Hamburger Edition, Hamburg.

ISBN: 978-3-86854-309-4.

160 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Yves Müller: Unauffindbar – Die AfD sucht das „Volk“. Erschienen in: *Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte*. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1413>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Aktionismus von rechts



Kathrin Glösel / Natascha Strobl / Julian Bruns
(Hg.)

Die Identitären

Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in
Europa

*Trotz Medienaffinität und Hipster-Look: Die Identitäre Bewegung
riecht nach 1933.*

Rezensiert von [Klaus Waldmann](#)

In den Medien tauchen immer wieder Bilder von spektakulären Aktionen rechtsextremer Aktivist_innen auf, die behaupten, sie würden Europa gegen fremde Eindringlinge verteidigen und vor Überfremdung retten. Hintergründe, Motive und Aktionsformen werden in diesem Handbuch analysiert.

Im August 2016 etwa klettern Aktionisten auf das Brandenburger Tor, im Dezember 2016 setzten sie sich vor die Bundesgeschäftsstelle der CDU, um die Schließung der Grenzen zu fordern. Im Mai dieses Jahres protestierten sie vor dem Bundesjustizministerium in Berlin gegen Zensur und Meinungsverbote. Wer sind diese Aktionisten von rechts, die sich hipp, frech und kreativ geben und sich die „Identitären“ nennen? Was sind ihre ideologischen Grundlagen? Was sind ihre Ziele und Strategien? Wie sind sie vernetzt und politisch zu verorten? Bereits im Jahr 2014 ist die erste Auflage des „Handbuch(s) zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa“ erschienen, das versucht, diese Fragen zu beantworten. Eine erweiterte zweite Auflage erschien 2016 und eine aktualisierte Nachauflage hat der Verlag für den Juli 2017 angekündigt. In Österreich tritt die „Identitäre Bewegung“ bereits seit Jahren massiv auf. Umso naheliegender, dass das Handbuch von österreichischen Autor_innen vorgelegt wurde.

International vernetzt und historisch inspiriert

Im ersten Teil des Bandes wird versucht, die Identitäre Bewegung politisch zu verorten und ihre historischen Vorläufer zu identifizieren. Die Autor_innen verstehen diese Gruppierung als Jugendbewegung der Neuen Rechten. Die Neue Rechte betrachten sie als eine Gegenbewegung gegen die Ideen von 1968, die sich gegen Marxismus und politischen Liberalismus richtet und eine klare Ideologie der Ungleichheit vertritt. Sie beziehe sich auf den Begriff der „Volksgemeinschaft“, trete

für einen anti-egalitären Begriff von Demokratie ein (nur wer dazu gehört, darf politisch mitbestimmen) und lehne Individualismus und universelle Menschenrechte ab. Die Autor_innen zeigen Beziehungen zu den historischen Vorbildern des national-revolutionären Lagers der 1920er und 1930er Jahre auf und spannen einen Bogen von Carl Schmitt, Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Jünger bis hin zu Alain de Benoist, dem Chefideologen der französischen Nouvelle Droite, deren Ursprung bis in das Jahr 1968 zurückreicht.

Ausgangspunkt der Identitären Bewegung ist die Gründung der Gruppe Génération Identitaire (Die Identitäre Generation) im Jahr 2003 in Frankreich. In Österreich trat die Gruppe zum ersten Mal stärker im Jahr 2012 in Erscheinung, in Deutschland sind ab 2014 vermehrt Aktivitäten zu verzeichnen. Im zweiten Teil des Handbuchs geben die Autor_innen einen informativen Überblick über die Entwicklungen und Situation der Identitären Bewegung in Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien, wobei der Beitrag zu Österreich einen breiteren Raum einnimmt. Einige Studien zur Situation in den Ländern fallen sehr cursorisch aus, doch erkennbar wird, dass die Gruppen der Aktivist_innen länderübergreifend vernetzt sind. Die organisatorischen Verbindungen seien relativ locker, jedoch würden zentrale Elemente der Ideologie gemeinsam geteilt werden. Kritisch ist anzumerken, dass einige der Informationen zur Situation in den verschiedenen Ländern aufgrund politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen nicht mehr aktuell sind. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Mangel in der aktualisierten Neuausgabe behoben wird.

Der Überblick über die verschiedenen Länder und insbesondere über Verlage, Blogs, Zeitschriften, Think Tanks und Netzwerke zeigt jedoch eindrucksvoll, dass diese Jugendbewegung sich in einem „Mischspektrum [bewegt], das Rechtsextremismus und stark wertkonservatives Gedankengut vereint“ (S. 31). Sie ist auch als Ausdruck eines Prozesses „der Radikalisierung des konservativen Spektrums einerseits und der Modernisierung des rechtsextremen Spektrums andererseits zu begreifen“ (S. 29).

Kultureller Rassismus im Hipster-Look

Im dritten Teil des Handbuchs werden Ideologie und Strategie der Neuen Rechten analysiert. Schon der Überblick über die Situation der „Identitären Bewegung“ in verschiedenen europäischen Ländern gibt zu erkennen, dass die „Neue Rechte“ sich nicht einfach auf einen völkisch definierten Begriff der Nation bezieht, sondern von einem europäischen „Kulturraum“ spricht, der gegen Überfremdung verteidigt beziehungsweise zurückerobert werden muss. Die Autor_innen arbeiten heraus, dass der Islam den Identitären als Feindbild dient und als fremdes, bedrohliches Phänomen inszeniert wird. Jedoch behaupteten die „Identitären“, nicht rassistisch

zu sein. Sie vertreten das Konzept des Ethnopluralismus, nach dem „alle sogenannten Kulturen homogen und abgeschottet voneinander existieren würden“ (S. 199). Mit diesem Konzept sei jedoch nichts anderes als ein kultureller Rassismus gemeint. Ethnopluralismus stehe für eine prinzipielle Gleichwertigkeit regionaler wie nationaler, jedoch getrennt existierender Volksgruppen. Als Gegenbild zur multikulturellen Vielfalt einer untergehenden Gesellschaft zeichnen sie das Bild kleiner homogener Gemeinschaften. Diese spiegelten dann auch die im Begriff „identitär“ transportierte Sehnsucht nach Identität und Homogenität wider, die soziale Konflikte, Interessen und Differenzen zum Verschwinden brächte. Wahre Eliten sollen im Sinne des Volkes regieren. Männer sollen wieder Männer sein, Frauen sollen sich auf ihre „natürliche“ Bestimmung als Mütter beziehen. Nach dem Menschenbild der Neuen Rechten benötigten Menschen feste und geordnete Strukturen sowie abgegrenzte Räume. Migration würde genau dies gefährden und auflösen und somit „natürliche“ Gemeinschaften zerstören. Was nicht diesen Normen entspricht, werde durch die identitäre Bewegung ausgegrenzt. Die Neue Rechte richte sich gegen Multikulturalismus, politischen Liberalismus und kritisiere von rechts den globalen, zerstörerischen Kapitalismus. Die Strategie der Identitären zielle auf eine Kulturrevolution von rechts, es gehe um „eine Machtübernahme im vorpolitischen Raum“ (S. 224) und darum, „den Konsens einer Gesellschaft nach rechts zu verschieben“ (S. 224).

Die Autor_innen zeigen an verschiedenen Beispielen auf, wie sich die Identitären popkultureller Muster und Sozialer Medien bedienen. Bei den Aktionen gehe es vor allem darum, Bilder zu produzieren. So würden jeweils kurz nach den Aktionen Videos im Internet veröffentlicht, die die Anliegen der Identitären verbreiten. Auf diese Weise gelänge es ihnen, den Eindruck einer großen Bewegung zu wecken, obwohl die Zahl der Aktivist_innen in Deutschland vom Verfassungsschutz lediglich auf 300 bis 400 Personen geschätzt wird.

Zwischen Rechtspopulismus und rechtsradikaler Szene

Das Handbuch bietet einen informativen Überblick über Hintergründe, historische Vorbilder, europaweite Vernetzung, Strategien, Aktionsformen und zentrale Ideologien der Identitären. Diese Jugendbewegung, in der zahlreiche Aktivist_innen engagiert sind, die davor in eindeutig rechten Gruppierungen mitgemischt haben, bildet nach Meinung der Autor_innen den aktivistischen Flügel der Neuen Rechten und bietet „eine leicht zugängliche und niederschwellige Subkultur der Menschenfeindlichkeit“ (S. 270). Weiterhin zeigen sie, dass die Identitären eine Brückenfunktion zwischen rechtsextremistischen und rechtsradikalen Aktivist_innen und rechtspopulistischen Strömungen einnehmen.

Diese Veröffentlichung wird dem Anspruch eines Handbuchs nicht wirklich gerecht.

Bei der Lektüre setzt sich der Eindruck fest, dass es sich um eine Qualifikationsarbeit handelt, die für eine Veröffentlichung um einige schnell geschriebene Abschnitte ergänzt worden ist. Das hat zur Folge, dass die einzelnen Abschnitte von unterschiedlicher Qualität sind. Geschrieben ist dieses Buch aus einer kritischen Perspektive, die den menschenfeindlichen, rassistischen und rechtsextremen Charakter der Identitären Bewegung, ihre historischen Vorläufer und ihre Strategie, sich an popkulturellen Symbolen und ursprünglich linken Aktionsformen zu bedienen, offenlegt. Als vertiefender Einstieg in die Auseinandersetzung mit der Identitären Bewegung und den Versuchen einer kulturellen Modernisierung der Neuen Rechten ist es auf jeden Fall zu empfehlen.

Kathrin Glösel / Natascha Strobl / Julian Bruns (Hg.) 2016:
Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 2. Auflage.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-560-8.
320 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Klaus Waldmann: Aktionismus von rechts. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1414>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Gefährliche Mischung



Alexander Häusler / Fabian Virchow (Hg.)

Neue soziale Bewegung von rechts?

Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments

*Der Sammelband gibt einen Überblick über die aktuellen Erscheinungen rechten Protestes in Deutschland und ihre nationalen und internationalen Wegbereiter*innen.*

Rezensiert von [Nina Juliane Rink](#)

Der Sammelband „Neue soziale Bewegung von rechts?“ mit dem vielsagenden Untertitel „Zukunftsängste – Abstieg der Mitte – Ressentiments“ der Herausgeber Fabian Virchow und Alexander Häusler erhebt den Anspruch, „die dynamische Formierung einer neuen rechten Bewegung“ (S. 9) analysieren zu wollen. Der Auftritt von Pegida im Jahre 2014 wird als „Initialzündung“ (S. 7) eines rassistischen „Vormarschs“ gesehen, der im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Rahmen stattfindet und verschiedene Ausprägungen zeigt: von der Beeinflussung gesellschaftlicher Debatten bis hin zur Ausübung von rassistisch motivierter Gewalt. Wichtigste Erkenntnis ist, dass verschiedene rechte Strömungen, neue und „alte“ Rechte, in ihrer Mischung als politischer Faktor massiv in Erscheinung treten, aber keineswegs vom Himmel gefallen sind. In den 13 Beiträgen werden so Schlaglichter auf Themen, Strategien, Akteure und Netzwerke sowie ideologisch verwandte Vorbilder der erstarkenden Protestbewegung von rechts geworfen. Zudem werden die Rahmenbedingungen ihrer Entstehung beleuchtet und die von ihr ausgelösten Wechselwirkungen benannt. Dabei sind gute Zusammenfassungen und Bestandsaufnahmen bis hin zu exotisch anmutenden Aspekten, die aber einen „Aha-Effekt“ auslösen und Kontinuitäten aufzeigen, vertreten.

Inszenierung „fundamentaler Systemopposition“

Den Anfang macht Fabian Virchow und nimmt in seinem Beitrag „Protest und soziale Bewegungen von rechts“ eine Abgrenzung zu nicht-rechten sozialen Bewegungen vor und stellt erste Eckpunkte heraus: für rechte Protestbewegungen, die sich in konservative, reaktionäre und faschistische Rechte ausdifferenzieren lassen, ist die Gleichheit von Menschen verzichtbar. Sie streben einen Umbau hin zu

einer reaktionär-autoritären Gesellschaft an und zeigen dabei eine „große Bandbreite politischen Handelns“: Organisation von Demonstrationen, Publikation eigener Medien, Besetzungen, Verweigerung von Steuerzahlungen oder politisch motivierte Gewalt (S. 12). Virchow knüpft die Wirkungsmacht rechten Protests an die zeitgleiche Etablierung rechter Parteien – Beispiele aus europäischen Ländern zeigen, dass sich Straßenprotest und Wahlerfolge gegenseitig befeuern und so eine „Selbstzuschreibung als fundamentale Systemopposition“ (S. 16) konstruiert werden kann.

Auf die Motive und begünstigenden Rahmenbedingungen für die Entstehung und den Aufstieg europäischer rechter „Anti-Establishment“-Parteien und rechter Protestbewegungen geht der Beitrag „Rechtspopulismus in der ‚Berliner Republik‘ und Europa – Ursachen und Hintergründe“ ein. Der AfD ist ein eigener Beitrag gewidmet, in dem Alexander Häusler die „Schlüsselrolle“ der Partei als „Fürsprecherin des Volkes“ innerhalb der rassistischen Protestbewegung gegen Geflüchtete ins Visier nimmt (S. 42). Dabei wird deutlich, dass die AfD dabei von bereits bestehenden Verbindungen des völkisch-nationalistischen Flügels zum neurechten Institut für Staatspolitik (IfS) und die Unterstützung durch neurechte Publikationsorgane wie *Sezession*, *Compact* und *Junge Freiheit* profitieren konnte.

Provokation und Bewegungssimulation

Einen detaillierteren Überblick über diese neurechten Netzwerke und die daraus hervorgegangene Initiative „Ein Prozent für unser Land“ gibt Anna-Lena Herkenhoff. „Ein Prozent“ will eine Art rechte NGO sein, eine Plattform für die Widerstandsbewegung der „Neuen Rechten“. Dahinter steht das „Who-is-who“ der Szene: Philipp Stein, Redakteur der Zeitschrift *Blaue Narzisse*, Götz Kubitschek, Gründer des IfS, Jürgen Elsässer (*Compact*) und Albrecht Schachtschneider. Martin Sellner von der Identitären Bewegung (IB) ergänzt das „Projektteam“. Hier wird nachvollziehbar, dass der Rechtsruck keine zufällige Entwicklung ist, sondern seit Jahren von den Ideengebern der Neuen Rechten forciert wurde und befeuert wird. Die IB ist dabei das Paradebeispiel für die inhaltliche und ästhetische „Erneuerung“ der Rechten – sie bezieht sich auf Ideen der konservativen Revolution, richtet ihren Protest gegen die „massenhafte“ Zuwanderung und setzt der vom „Kollaps“ bedrohten multikulturellen Gesellschaft völkische Ideen entgegen. Ihre „Weltordnungsvorstellungen“ begründen sie nicht mit biologisch hergeleitetem Rassismus sondern mit ethnopluralistischer Argumentation (S. 77). Die Initiator*innen von „Einprozent“ eint auch, dass sie die Provokation als wesentliches Stilmittel einsetzen. Das zeigt sich an den gesprächswertigen Aktionen der IB, aber auch durch das gezielte „droppen“ neurechter Begrifflichkeiten. 2007 schrieb Kubitschek, die Neurechten strebten „nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache“ an. Das macht wiederum Parallelen zur medialen Taktik der AfD auf. Dass

sie dabei nicht auf die „Lügenpresse“ (S. 95) angewiesen sind, sondern eigene Verbreitungs Kanäle schaffen, zeigt Volkmar Wölk. Er stellt neurechte Autor*innen und Publikationsorgane vor, die sich zum Sprachrohr von AfD, Pegida und anderen Akteur*innen machen und damit ihre ideologischen Grundlagen und Strategien vermitteln.

Das Problem heißt Dekadenz

Ein wiederkehrendes Thema ist „der Islam“ – weshalb die „internationalen ‚Counter-Jihad‘-Netzwerke“ (S. 32), die nach dem 11. September 2001 zunächst als Blogs entstanden sind, von Jörg Kronauer genauer beleuchtet werden. Diese gehen davon aus, dass „der Islam“ grundsätzlich nicht mit liberalen Auffassungen von Gesellschaft vereinbar und damit als Ganzes zu bekämpfen sei. Gleichzeitig richten sich die Counter-Jihadist*innen immer gegen linksliberale Spektren, die in ihrer Logik der Islamisierung durch Toleranz den Weg bereiten. Stefan Herre vom Blog *Politically Incorrect* beispielsweise wertet die Islamkritik lediglich als „Symptom gesellschaftlichen Zerfalls“ - der eigentliche Kern des Übels sei die „Dekadenz“ der bürgerlichen spaß- und konsumorientierten Gesellschaft, die von den „68ern“ eingeleitet wurde (S. 35). Wesentliches Moment ist das Fantasieren über einen „pan-westlichen Bürgerkrieg“ (S. 35) gegen den Islam. Das erklärt auch die Freude der Counter-Jihadist*innen über „handfeste“ (S. 38) gewalttätige Proteste, beispielsweise von Hooligan-Gruppen in England 2009 durch die English Defense League (EDL) und später in Köln bei der ersten „HoGeSa“-Demonstration 2014.

Dieses Ineinandergreifen provokanter Rhetorik, Internetmobilisierung und Aufstands-Inszenierung findet sich auch bei Pegida: „Einmal den Zirkel um Dresden schlagen“ von Felix Korsch widmet sich dem Aufkommen der Pegida-Bewegung in Sachsen und zeigt die „stimulierende Wechselwirkung“ (S. 59) extrem rechter Parteien, rechter Bürger*innen und rechter Organisationen auf. Dass ein allgemeiner Anstieg dieses Demonstrationaufkommens unmittelbar mit steigender gezielter Gewalt gegen Geflüchtete einhergeht, betont auch Heike Kleffner in ihrem Beitrag „Flächenbrand“. Rassistisch motivierte Gewalt kann sich unter dem Einfluss eines nach rechts rückenden Diskurses und einem Klima der Straffreiheit entfalten – eine Parallele zu den 90er Jahren in Deutschland. Sowohl bei Übergriffen als auch bei den „Anti-Asyl“-Demonstrationen sind es nicht nur die gern zitierten „besorgten Bürger“, die ihrer „Angst“ Ausdruck verleihen. Hendrik Puls erinnert daran, dass „klassische“ extrem rechte Parteien zwar nicht selbst den Anstoß für die neuen rassistischen Mobilisierungen geben konnten, aber nun ihre organisatorischen Erfahrungen in lokalen Initiativen einbringen und zudem als Stichwortgeber fungieren.

Die neuen rechten Formierungen zeigen dabei eine gewisse Flexibilität, aktuelle Themen als Aufhänger zu nutzen, um ihre Deutungsmuster und Begriffe in die

öffentliche Debatte einzubringen. Isolde Aigner, Margarete Jäger und Regina Wamper zeigen in ihrem Beitrag „Destruktive Wirkungen“ Faktoren auf, unter denen das erfolgreich gelingt: Rechte konnten hier an einen von Medien und Politiker*innen initiierten rassistischen Diskurs andocken, der unmittelbar nach den sexualisierten Übergriffen in Köln Silvester 2015/16 die Verknüpfung mit der Debatte um „den Islam“ sowie Migration und Flucht hergestellt hatte.

Selbstermächtigung und Gewaltbilligung

Die Silvesterereignisse zogen auch das Phänomen sogenannter „Bürgerwehren“ nach sich, die Matthias Quent in seinem Beitrag „Vigilantismus – die Inszenierung rechter Bürgerwehren“ analysiert. Man kann darüber streiten, ob der Begriff des Vigilantismus (lat.: vigilans - wachsam) zur analytischen Schärfe beiträgt oder eher verwirrt, aber seine Typisierung rechter Bürgerwehren ist sehr interessant und verweist auf eine Tendenz der neuen rechten Bewegungen, das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen und die eigene Gewaltausübung zu legitimieren.

Mit dem vorliegenden Sammelband wird dargelegt, wie die sich neu formierte „(extrem) rechte Machtblock“ (S. 124) zusammensetzt, woher seine ideologischen Bezüge kommen und unter welchen Rahmenbedingungen er erstarkt ist. Gerade das Zusammenwirken und die gegenseitige Bezugnahme rechter Strömungen ergeben Handlungsspielräume, die die Akteur*innen geschickt nutzen und die ihre Gefährlichkeit ausmachen. Durch das Bausteinprinzip des Sammelbandes muss die Leser*in gelegentlich eine gewisse Eigenleistung erbringen, um die Bedeutung der einzelnen Aspekte für die gegenwärtige rechte Formierung herzuleiten. Ohne Vorwissen um die Ausdifferenzierung rechter Strömungen und die Entwicklungen rechter Strategien stößt man dabei manchmal an Grenzen. Dank ausführlicher Literaturhinweise können Wissenslücken jedoch tendenziell geschlossen werden. Was unterbelichtet bleibt, ist die Rolle der „sozialen“ Netzwerke und des Internets als niedrigschwelligem Resonanzraum rechter Ideen und Mobilisierungskanal. Trotzdem ist das Werk eine gute Basis für den von den Autor*innen erwünschten Anstoß zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtsruck in Deutschland.

Alexander Häusler / Fabian Virchow (Hg.) 2016:

Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments.

VSA Verlag, Hamburg.

ISBN: 978-3-89965-711-1.

132 Seiten. 11,00 Euro.

Zitathinweis: Nina Juliane Rink: Gefährliche Mischung. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1419>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Alles wissen, ohne es zu verstehen



Volker Weiß

Die autoritäre Revolte

Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes

Das vielbeachtete Buch zeichnet Traditionslinien der Rechten nach, verzichtet aber auf Gesellschaftsanalyse.

Rezensiert von [Kornelia Hauser](#)

Der Aufstieg der Rechten in den vergangenen Jahren versetzt Journalist_innen, Politiker_innen und Wissenschaftler_innen in Unruhe. Unzählige Erklärungsmodelle geistern herum. Mal sind die angeblich bildungsfernen „Unterschichten“ schuld, mal die abgehobenen Eliten, mal die zu wenig konservativen Konservativen. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Analysen, die sich an den Konzepten, Programmen, Ideologien und Reden der Rechten abarbeiten. Weil sie nur danach fragen, in welcher Weise die Rechten die Bevölkerung anspricht, kommt am Ende meist nur das heraus, was vorher alle schon wussten: Die Rechten sind rechts und sind wahlweise gegen Einwanderung, Geflüchtete oder den Islam. Die Frage nach dem Warum vernachlässigen entsprechende Analysen meist.

„Für alle reicht es nicht“

Was aber sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür, Menschen rechtsextrem zu binden und Begriffe wie Abendland, Volk und „deutsche Kultur“ alltäglich werden zu lassen? Eine zentrale Idee wurde schon 1932 öffentlich verlaublich und könnte aufklärend wirken:

„Gegen die kommunistische Lebenslüge ‚Keiner oder Alle‘ hat Hitler gesetzt: ‚Für alle reicht es nicht‘. [...] Der Lebensstandard der weißen Rasse kann nur gehalten werden, wenn der der anderen Rassen sinkt. Die Selektion ist nach wie vor das Prinzip der Politik der Industriestaaten. Insofern hat Hitler gewonnen“ (Müller 2017, S. 8).

Diese Zuspitzung von Heiner Müller formuliert einen rationalen Grund für

protofaschistische Bewegungen, der an Ahnungen der Besorgten und Sich-Fürchtenden anschließt: Für alle reicht es nicht!

Liegengelassene gesellschaftliche Widersprüche, die Demontage und Gefährdung von Institutionen (und Rechtsstaatlichkeit), deren Legitimation oftmals eine Beschämung des Denkvermögens (zuletzt: die vorgeschlagene deutsche Leitkultur des Innenministers) ist, wird mit den Vereinfachungen des Rechtsextremismus wieder dem Schatten des Aufklärungslichts anheimgegeben.

In diesem Schatten beginnt die „Die autoritäre Revolte“ von Volker Weiß zu sprechen. Schon im Titel des Buches kann die Selbstbeschreibung der alten Rechten gefunden werden: Ernst Jünger und van der Bruck brauchten den Begriff des Autoritären für ihre Ideologiebildung. Und an den „Alten“ – an ihren Texten, nicht an ihren Taten – soll die neue Rechte vermessen werden. Weiß beschreibt in eigenen Kapiteln die Zusammensetzung, die Herkunft, die Politikkonzepte, Begriffsbindungen (zum Beispiel „Abendland“, „Universalismus“) der rechtsextremen Bewegung. Und er setzt sich vertraut und in bekanntem Vokabular ab: der – wenn auch problematische – gebildete Konservatismus, aus dem von ganz rechts schmuddelig Völkisches gebraut wird und der dabei versagt und „wild“ wird, sich aber in seiner Wildheit durch die „Triebhaftigkeit“ des Gegners bestätigt sieht:

„Oswald Spengler, Carl Schmitt und Ernst Jünger können noch intellektuell anregende Lektüren bieten. Armin Mohler und Karheinz Weißmann sind zumindest zeitgeschichtlich interessante Autoren. Doch schon Texte von Götz Kubitschek, Ellen Kositzka und Martin Lichtmesz stellen lästige Pflichtübungen der Forschung dar. Donovan jedoch ist eine Zumutung, die das Milieu des Antaios Verlages als von primitivsten Begehrlichkeiten getrieben entlarvt. Nach den massenhaften Übergriffen auf Frauen durch größtenteils arabischstämmige Männer während der Silvesternacht 2015/16 in deutschen Städten sah sich auch die neue Rechte in ihren Ressentiments bestätigt“ (S. 240).

In diesem Zitat ist schon der ganze Weiß enthalten. Ohne einen eigenen Gedanken, eine leitende Fragestellung und ganz ohne Forschung, die über die Recherche von Literatur hinausgeht, zeigt er die Traditionen des Rechtsextremismus (siehe die oben angegebenen Namen und ergänze sie um einige weitere), deren Verschlankung durch die Intellektuellen der neuen Rechten, die Verästelungen der Organisationen, ihre Streitigkeiten und Veröffentlichungsorgane (inklusive Verlag). Den Bezugspunkt bildet die „konservative Revolution“ der Weimarer Republik – ein Begriff, den die Rechten selbst erfanden und von links als Protofaschismus kritisch gefasst wurde. Für den Autor liegt das eigentlich Bemängelwerte darin, dass die neuen Rechten den alten intellektuell nicht gewachsen sind. Sie bilden sich nur ein, in dieser Tradition zu stehen (die so sauber gehalten wird).

Der Hinweis, dass diese Rechten eine Antwort auf „68“ sein könnten wird häufig seitenweise plausibilisiert hingebogen, um dann als falsch behauptet zu werden. Dass Islamismus und Rechtsextreme Schnittmengen aufweisen und insofern nicht als Feinde, sondern als Gegner einzuschätzen sind, die auch mal gemeinsam antiamerikanisch, antiwestlich auftreten, fehlt auch nicht. Es reiht sich eine Behauptung an die andere, kein Material wird analysiert, kein Kontext hergestellt. Die sozial-ökonomischen Bedingungen in Europa/der Welt, die Morde und Gewalttaten von Rechtsextremisten, die Kriege im Nahen Osten: All dies ist keine Zeile wert.

Am Ende des Buches enthüllt Weiß den „Feind“, der dann doch wieder alle eint, weil diese Seiten einen Zweck haben: der Andere wird bis zur Unkenntlichkeit seines Menschseins zum Anderen gemacht: „Der Islam“ ist das Thema. Weiß' Lesart von Foucaults Theorem des Sexualitätsdispositivs, die so verkehrt ist (Foucault mutiert zum Repressionstheoretiker), dass die Leserin beginnt, jegliches Leseverständnis des Autors in Frage zu stellen, wird instrumentalisiert zum „Beweis“, dass „der Islam“ aus der Knechtung der weiblichen Sexualität – anders als „der Westen“ – nicht herausfinden kann. Der Versuch, Frauenrechte zum Zentralproblem „des Islam“ zu formulieren und die Unfähigkeit dieser „rückständigen Gesellschaften“ eine Entwicklung, wie Foucault sie angeblich vorführte, durch das Bürgertum und mit einer nicht vom Sexualitätsdispositiv eingezwängten Arbeiterschicht ins Liberale zu durchlaufen, wird mit fehlender Bildung behauptet. Die seit dem zweiten Irakkrieg (1991) gern benutzte politische Aufwertung von Frauenrechten, die mit Krieg zum Geschlechterfrieden gebracht würden, nutzt auch Weiß. Auch dies ist ein (Aufklärungs)Schatten, weil über die Verbindung von Menschenrechten und Ökonomie geschwiegen werden kann, obwohl alle Frauenkämpfe (auch) ökonomisch verankert waren.

„Tatsächlich geht es um politische Herrschaft im Gewand der Religion. Die nach konservativer Koran-Interpretation regulierten Gesellschaften haben [...] ganz modern erkannt, dass die Sexualität als Schlüssel zur Privatsphäre die vollständige Herrschaft über die Gesamtgesellschaft ermöglicht“ (S. 250).

Die rassifizierte Islamfeindlichkeit erhält durch ein schlichtes Herrschaftsmodell veredelte Motive: die Gläubigen sind offenbar von „Frauen“ so besessen wie ihre Gegner. „Das fatale Orientalismusbild des 19. Jahrhunderts ist damit wieder präsent“ (Menzel 2017, S. 61). Der Nachweis, dass das Weltbild des nationalistischen Rechtsextremismus das 19. Jahrhundert nicht verließ, wird von Weiß selbst mit Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert gegen den Islam „fortschrittlich“ weitergeführt. Chapeau!

Einende Empörung statt Analyse

Das Buch ist übereinstimmend positiv besprochen worden, es ist konsensfähig von der FAZ bis zur taz. Das liegt unter anderem daran, dass es die Fixierung auf Reizwörter der Nationalisten verstetigt: Volk und Raum, Rassismus, traditionelles Frauenbild. Sie werden empört abgelehnt und es eint die Empörung mehr als die Analyse. Ist es tatsächlich erstaunlich, dass auf einen autoritär gewordenen Kapitalismus von rechts autoritär geantwortet wird? Kommt die Kraft der Rechten eventuell aus den Entwicklungen des Kapitalismus und weniger aus den mühsam bemühten alten Texten? Nancy Fraser hat den Begriff des „progressiven Neoliberalismus“ entwickelt, der das Phänomen beschreibt, dass Emanzipationsgewinne (Frauen, Homosexuelle, Anti-Rassismen, Lebensweisen) als gesellschaftlicher Druck und Neu-Formierung des Alltags zurückkommen. Während der wohlfahrtsstaatlich gezähmte Kapitalismus „Vermarktlichung und soziale Sicherung vereint gegen die Emanzipation in Stellung brachte, erzeugt das jetzige [Regime, Anm. kh] eine noch abartigere Konfiguration, in der Emanzipation im Zusammenspiel mit Vermarktlichung die soziale Sicherheit untergräbt“ (Fraser 2017, S. 96).

Dies meint nichts anderes, als dass die Emanzipation gegen ihre Streiterinnen zurückschlägt; Diversität und Emanzipation sind Teil des neoliberalen Systems zu dem Preis, dass die Aufgaben, die die „Produktion des Lebens“ (Marx) mit sich bringen, nicht mehr sozialstaatlich gefüllt werden. „Doppelverdiener-Dasein“ ist sowohl Emanzipation als auch Zwang; und deshalb nicht für alle positiv gelebte Autonomie. Um nur die antagonistische Verstrickung von Gender in die neokapitalistischen Verhältnisse ins Auge zu fassen: Nur wer die gerissenen Versorgungslücken finanziell ausgleichen kann („Dienstboten“), wird den befreienden Schmerz ertragen wollen. Die Rechtsextremen widerstreiten reaktionär: Sie wollen zurück in eine alte Geschlechter-Arbeitsteilung und bekämpfen „Gender-Politik“. Dass gender – wie Rasse, wie Klasse – zu einer politisierbaren Kategorie, zu einer Analyse- und Gestaltungsdimension wurde, wird von rechts durchaus wahrgenommen, allerdings als falsche Selbstermächtigung. Geschlecht fungiert als „natürlicher Hafen“ rechter Ideologien, hier ankern sie und werden plausibel gemacht. Die aktuelle hektische Debatte um die „Ehe für alle“ ließ diese Funktion in den konservativen Diskursen noch einmal erkennbar werden, verdeutlichte aber auch, wie wirkungslos und teils lächerlich sie sind, wenn sie eher liberal verbrämt artikuliert werden und nicht zur den alten Vokabeln greifen können: vorherbestimmte natürliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, gesellschaftliche Pflicht des Gebärens, natürliche Verbindung von Mutter und Kind und so weiter. Die zunehmend privatisierte und deinstitutionalisierte individuelle soziale Reproduktion der Menschen ist in den politischen Diskussionen kein Thema beziehungsweise kein verallgemeinerbares Thema. Es wird wichtig, wo es um Sozialausgaben und -berufe geht. Der Fehler linker Organisationen liegt darin, dass sie die Diskriminierungen, Unterwerfungen und Demütigungen der „alten“

Emanzipation unter neuen Bedingungen nicht zum Thema machen. Die Entgegensetzung Herdprämie versus Erwerbsarbeit ist eine der 1980er Jahre und keine Seite beantwortet die (auch globalisierte) Frage nach der Neuordnung von ökonomischer Produktion und sozialer Reproduktion ohne Dienstboten, Sklaven und dauerhaft Überforderte in unseren Breitengraden zu schaffen.

Es reicht nicht, sich über die Reizwörter zu empören und so beschränktes Einverständnis zu schaffen. Die Linke muss in ihrer Kapitalismuskritik die veränderten Bedingungen von individueller und kollektiver Emanzipation herstellen und kann nicht die erreichten Errungenschaften kontextlos wie gemeißelte Gesetze als einklagbares Rechtsgut fordern – wie es etwa die Angriffskriege im mittleren Osten tun: Im Namen von Frauenrechten wurden „rückständige“ Bevölkerungen um mehrere Dekaden zurück gebombt. Wie es die Konservativen tun: Sie verbieten die Burka in einem burkalosen Land. Die Transformierung von stereotypen Weiblichkeitsformen in diverse Gender-Horizonte ist längst in Dienst genommen und kommt als konsumierbare Ware zurück. Das ist ein politisierbarer Zusammenhang, mit dem gegen Rechtsextremismus gearbeitet werden kann, ohne sich selbst nach rechts beugen und die Auswirkungen von vormaliger Emanzipation als Druckmittel verkennen zu müssen. Die Geschlechterverhältnisse lassen sich leicht integrieren in ein Projekt, das von der Frage – die hegemoniefähig ist – geleitet wird: unter welchen verallgemeinerbaren gesellschaftlichen Voraussetzungen kann/könnte es für alle reichen?

Ja, die Rechtsextremen betreiben ein hegemoniales, sehr gefährliches Projekt. Ja, die Linke sollte ein erkennbares hegemoniales Projekt anschieben und auch dann nicht vom Kapitalismus schweigen, wenn er – gepanzert mit Gewalt – sich unüberwindbar gibt. Die Nationalisten und Rechtsextremen reagieren durchaus auf gesellschaftliche Verhältnisse. Die Verzerrungen, die Reaktionäre und die Fehltrübe über diese Verhältnisse sind zu bekämpfen. Aber dazu müssen sie selbst erst verstanden sein. Das Buch von Weiß trägt dazu nicht bei.

Zusätzlich verwendete Literatur

Fraser, Nancy (2017): Who Cares? (Teil II) Die Ausbeutung der Sorgearbeit im neoliberalen Kapitalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 5/2017.

Menzel, Ulrich (2017): Das Ost-West-Konstrukt. Wie alte Grenzen neu gezogen werden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Nr. 5/2017.

Müller, Heiner (2017): „Für alle reicht es nicht“. Texte zum Kapitalismus. Herausgegeben von Helen Müller und Clemens Porschlegel. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Volker Weiß 2017:

Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. 2. Auflage.

Klett-Cotta Verlag, Stuttgart.

ISBN: 978-3-608-94907-0.

304 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Kornelia Hauser: Alles wissen, ohne es zu verstehen. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1416>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Vater, Mutter, Kind(er)...Die Neue Rechte und Gender



Sabine Hark / Paula-Irene Villa (Hg.)

Anti-Genderismus

Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen

Die Neue Rechte ruft nach einer Welt aus starken nationalen Identitäten mit männlicher Vorherrschaft und sieht den sogenannten „Gender-Wahn“ als Feind. Was steckt dahinter?

Rezensiert von [Johanna Lauke](#)

In der Bewegung der Neuen Rechten nimmt Geschlechtlichkeit einen zentralen Platz ein. In der Feststellung, dass Sex nicht gleich Gender ist, also dass das biologische Geschlecht nicht mit dem sozial geformten Geschlecht übereinstimmen muss, sieht sie ein Urproblem der Welt. Die Ideologie der Neuen Rechten sieht klassische Geschlechterrollen vor: Der starke Mann, der das Volk verteidigt, die fürsorgliche Frau, die für die Nachkommen sorgt und die Kinder als Hoffnung der Gemeinschaft. Die Infragestellung dieser Rollenbilder hinterfragt also auch die ganze Ideologie von Rechts und wird zum Feindbild. So stellen sich Rechte gegen die Verweichlichung des Mannes, eine angebliche Frühsexualisierung von Kindern und die Stärkung von Frauenrechten.

Die Frage, weshalb der Begriff Gender für eine extreme Uneinigkeit sorgt, stellen auch Sabine Hark und Paula-Irene Villa als Herausgeberinnen des Sammelbandes „Anti-Genderismus“. Ihre These: Anti-Genderist*innen haben erkannt, dass der Begriff einfache Wahrheiten überwindet, die sie aber für ihre Lebensmodelle und Politiken dringend brauchen und deshalb formiert sich Abwehr. Der Band befasst sich mit vielen verschiedenen Aspekten der Ablehnung von Gender, im Folgenden geht es um zwei Beiträge, die sich speziell auch mit der Neuen Rechten befassen.

Anti-Genderismus als Anknüpfungspunkt an die „Mitte“ der Gesellschaft

In dem Beitrag „Familie und Vaterland in der Krise – der extrem rechte Diskurs um Gender“ beschreibt Juliane Lang die sinnstiftende, politische Erzählung des Anti-Genderismus von Rechts. Sie stellt fest, dass diese seit den 2000er Jahren in der

extremen Rechten eine Anschlussfähigkeit zum Rest der Gesellschaft ermöglicht, die an anderen Stellen verwehrt bleibt. Dadurch werden Feindbilder von Rechts teilweise gesamtgesellschaftlich übernommen, was sich wiederum auf die realen politischen Forderungen innerhalb der Gesellschaft auswirkt. Ihr Text versucht diese Anknüpfungspunkte zu benennen und beginnt mit klaren Definitionen und Erläuterungen. Als Rechts gelten hier verschiedene gesellschaftliche Erscheinungsformen, die rechtsgerichtet sind, eine „natürliche Geschlechtlichkeit“ wird als zentrale Vorstellung der extremen Rechten identifiziert. Schon in der Ideologie der Volksgemeinschaft lassen sich Geschlechterideologien erkennen, es wird eine harmonische Zukunft des Volkes herbeigesehnt, die bereits Rollen in dieser erträumten Gesellschaft festlegt. Schlüssig erläutert Lang, dass Geschlecht in diesem Rahmen als sozialer Platzanweiser funktioniert, „Entwürfe von Männlichkeit(en) und Weiblichkeit(en) sind funktional für den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft“ (S. 169). Sie sorgen für eine ersehnte Ordnung durch klar definierte Rollen. Im Weltbild der Neuen Rechten scheinen auch andere Grundpfeiler, wie Kultur, Volk und Heimat unsicher, wenn die Kategorie Geschlecht sich öffnet. Wo also mit einem Mal mehr als die „altbekannten“ zwei Geschlechter möglich sind, wird rechte Ideologie als Solche in Frage gestellt – das Feindbild Gender wird, dementsprechend als Symbol dieser anderen, unerwünschten Gesellschaft stilisiert. Mit dieser Erklärung schafft der Text eine einleuchtende Verknüpfung von Privatem und Politik. Es wäre gewinnbringend gewesen, an dieser Stelle noch einmal kurz zu erläutern, was der Begriff Gender meint – also zu erklären, dass es sich in Abgrenzung zum biologischen um das soziale Geschlecht handelt. Die Argumentationskette bleibt aber auch ohne diesen Einschub schlüssig.

Als zentralen Akteur der Angriffe gegen Gender identifiziert Lang die neurechte Zeitung *Junge Freiheit*, bezieht sich im Folgenden allerdings auf einige Artikel, beispielsweise auch aus dem *Spiegel*, auf deren Inhalt sie zum besseren Verständnis noch näher hätte eingehen können. Klar und verständlich ist der Text aber inhaltlich wieder, als er sich auf das Schema von Freund und Feind der Neuen Rechten bezieht, welches eine Abgrenzung von „Wir“ und „die Anderen“ vorsieht. Das „Wir“ sind in diesem Schema die von rechts kommenden „Beschützer“ des Volkes, „die Anderen“ all jene, die durch ihre „Gender-Ideologie“ die Gesellschaft und vor allem Kinder indoktrinieren wollen. Dieser Vorwurf soll aber nur die eigene undemokratische Haltung verschleiern. Die Rechte inszeniert sich als Verteidiger der Meinungsfreiheit und fordert eine Rückkehr zur staatlichen Verteidigung der besonderen Rechte heteronormativer Lebensweisen. Lang stellt dabei sehr gut heraus, dass es in der Rhetorik von Rechts keinesfalls um eine reale Krise geht, sondern hinter dieser Fassade der Kampf um „biodeutsche“, heterosexuelle und männliche Privilegien in gesellschaftlichen Machtverhältnissen steht. Die Verteidigung dieser wirkt als Scharnier zwischen extremen Rechten, religiösen Fundamentalist*innen und dem bürgerlich-konservativen Spektrum und

entfaltet deswegen eine so durchschlagende Kraft gegen die von ihnen gehassten „lauten Minderheiten“.

Das unschuldige Kind als Hoffnung der Volksgemeinschaft

Imke Schmincke geht in ihrem Beitrag zum Sammelband noch einmal näher auf die Figur des „bedrohten Kindes“ als Chiffre innerhalb konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland ein. In ihrem Text analysiert sie sehr schlüssig und erkenntniserweiternd die Kraft der politischen Bezugnahme auf Kinder. Da sie ein Symbol für Unschuld und Bedürftigkeit sind, werden sie benutzt, um zu vermitteln, dass eine Person oder eine Gruppierung auf der richtigen Seite steht. Die Verbindung verschiedener Gruppen, welche die heteronormative Vorherrschaft erhalten möchten, sieht Schmincke begründet in der Bezugnahme auf das Kind und den Schutz der Familie. Der breit aufgestellte Anti-Genderismus positioniert sich hier nicht zwangsweise gegen gleichgeschlechtliche Beziehungen – diese werden häufig akzeptiert – aber gleichgeschlechtliche Elternschaft überschreitet scheinbar eine Grenze der Toleranz. Interessant ist die Feststellung, dass Proteste gegen „Genderismus“ meist klar von Rechts organisiert sind, die Außenwirkung aber ist, dass es sich um bürgerliche Proteste handelt. Die „Demo Für Alle“, die sich „vor allem mit dem Schutz von Kindern argumentierend gegen Homosexualität bzw. ‚Sexuelle Vielfalt‘, ‚Gender‘ sowie eine wie auch immer geartete Sexualisierung“ (S. 95) im Unterricht in Baden-Württemberg richtete, bedient beispielsweise so ein konservativ-christliches Spektrum. Sie zeichnete sich aber durch offene Ränder zur extremen Rechten aus. Der Text definiert gut verständlich das Argumentationsmuster des Anti-Genderismus. Der erste Punkt ist die heterosexuelle Ehe als Abstammungsgemeinschaft, sie steht für Identität und eine stabile soziale Ordnung. Zweitens gilt Sexualität als eine Bedrohung von Außen und konstruiert den Gender-Begriff als Ideologie einer Minderheit, die sich über die Mehrheit zu stellen versucht. Als drittes geht es um den Schutz der Kinder als Kern der Ehe und des Volkes und zu guter Letzt werden Argumente von Allgemeinheit und Verschwörung angebracht, die ein „Wir Alle“ gegen mögliche Umerziehungsversuche beschreibt. All dies identifiziert Schmincke folgerichtig als Abwehrstrategie, die im Namen der Kinder eine Gefahr von Außen zu bekämpfen versucht. Gut und wichtig auch, dass sie nochmal herausstellt, wie irrational die Forderungen von Rechts sind. Es soll etwas (die heterosexuelle Beziehung und Familie) bewahrt werden, was aber niemand in Frage stellen oder gar abschaffen will. Auch dieser Text führt die Strategie letztendlich auf den rationalen Kern der Erhaltung von Privilegien zurück. Ein interessanter Aspekt, den Schmincke anbringt ist, dass die Referenz auf das Kind historisch gesehen eine eindeutig christliche Tradition hat und sich schon in Bezug auf frühere Feindbilder bewährt hat. So wurde das unschuldige Kind beispielsweise von kirchlicher Seite bereits für die

Anklage gegen Jüd_innen als bedroht konstruiert. Sie macht auch klar, dass eine derartige Instrumentalisierung sich schlussendlich gegen das Kind stellt, da es selbst keine Stimme bekommt und durch das Ignorieren von Bedürfnissen und Lebenswirklichkeiten homogenisiert wird. Am Ende des Beitrags führt sie einen kurzen, etwas irritierenden Einschub zur Psychoanalytik von Ressentiments ein, der knapp und kontextlos wirkt, schafft es aber zum Abschluss wieder sehr gut herauszustellen, dass die Abwehr von Gender durch die Rechte sich auf eine Suche nach Orientierung bezieht, die im geschützten Rahmen von Vater, Mutter, Kind(er) eben leichter ist.

Die Autorinnen und Autoren des Sammelbands erarbeiten schlüssig und anhand prägnanter Beispiele, weshalb die Überwindung „einfacher Wahrheiten“ durch die Beschäftigung mit Gender als soziales Konstrukt eine große Abwehr hervorruft. Der Band ist ein wichtiger Schritt zur Analyse der extremen Ablehnung aus einigen Teilen der Gesellschaft gegenüber dem Gender-Begriff. Es wird deutlich, dass die Argumentation von Rechts zu kurz gegriffen ist und aufgebrochen werden muss. Der Vielseitigkeit des Themas ist geschuldet, dass der Band nicht alle Bereiche abdecken kann; diejenigen, welche bearbeitet werden, sind gut verständlich und regen durch Denkanstöße zur weiteren Beschäftigung an.

Sabine Hark / Paula-Irene Villa (Hg.) 2015:
Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen.
Transcript, Bielefeld.
ISBN: ISBN 978-3-8376-3144-9.
264 Seiten. 26,99 Euro.

Zitathinweis: Johanna Lauke: Vater, Mutter, Kind(er)...Die Neue Rechte und Gender. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017.
URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1417>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Die AfD als Ausdruck der kapitalistischen Krise



Manfred Sohn
Falsche Feinde
Was tun gegen die AfD?

Das Buch beleuchtet die bisherige Entwicklung der AfD, ihre Programmatik und die Hintergründe ihrer Ideologie – der Untertitel aber verheißt zu viel.

Rezensiert von [Yunus Özak](#)

In den Netzwerken der Neuen Rechten nimmt die Alternative für Deutschland (AfD) eine besondere Stellung ein: Im Gegensatz zu anderen beherrscht die AfD seit ihrer Gründung Ende 2012/Anfang 2013 die Titelseiten und greift in den Diskurs um Flucht und Migration mit offen nationalistischen und rassistischen Positionen ein. Durch ihre vermeintliche Pluralität schafft sie es noch immer, sich in der Wahrnehmung vieler als nationalkonservative bürgerliche Partei von der extremen Rechten abzugrenzen, während sie diese zugleich integriert. Durch Wahlerfolge in den Bundesländern, dem Einzug in die Parlamente und damit verbunden der Einnahme einer Leerstelle im deutschen Parteiensystem schaffte es die AfD, Anhänger_innen aus verschiedenen Lagern zu gewinnen und bietet so eine Scharnierfunktion, durch die verschiedene Akteur_innen und Ideologien der Rechten miteinander verbunden werden. Doch liegt gerade in dieser vermeintlichen Abgrenzung zu weniger massentauglichen Akteur_innen eine der wichtigsten Strategien der Neuen Rechten.

Alte und neue Netzwerke

Dass die AfD dabei von Anfang an auch auf ein etabliertes Netzwerk setzen konnte, zeigt Manfred Sohn im ersten Teil seines Buchs „Falsche Feinde – Was tun gegen die AfD?“. Obgleich die AfD allgemein von allen Seiten eine große mediale Aufmerksamkeit genoss, funktionierte besonders die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* als Stichwortgeberin zur programmatischen Entwicklung der Partei. Hier gab es nicht nur seit ihrer Gründung eine besonders wohlwollende Berichterstattung und einen öffentlichen Diskurs über Positionen, über welche die AfD auch intern debattierte. Es kamen auch verschiedene politische Spektren mit

Grußworten und Tipps für die Partei zu Wort. Der Autor zitiert beispielsweise den neurechten Publizisten Karlheinz Weißmann, welcher der AfD „Geschlossenheit, Disziplin [und] Angriffsgeist“ (S.19) wünschte.

Im weiteren Verlauf des Buches geht Sohn auf die Ursprünge der Partei ein, die sich aus unterschiedlichen politischen Strukturen zusammensetzten: Einen der wichtigsten Ausgangspunkte sieht der Autor neben dem national-liberalen Flügel der FDP in der ehemaligen „Stahlhelm-Fraktion“ der CDU, aus der auch Alexander Gauland und Albrecht Glaser stammen. In diesem nationalkonservativen rechten Flügel um den ehemaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger lassen sich bereits Inhalte und Strategien erkennen, wie sie heute bei der AfD oder anderen Akteur_innen der Neuen Rechten zu beobachten sind: Bei einer programmatischen Nähe zur damals neu aufkommenden NPD schaffte es Dregger mit seinem rechten Kurs, Erfolge für die bürgerliche CDU zu erzielen, während der NPD der Einzug in den Bundestag nie gelang.

Der Autor geht neben den Ursprüngen der Partei auf ihr Grundsatzprogramm ein und zeigt sowohl dessen Widersprüche auf als auch die Irrelevanz der Einzelheiten dieses Programms für ihre Wähler_innen: Änderungen an dem Wahlprogramm der AfD auf dem Parteitag 2016 hätten sowohl an den Wahlergebnissen als auch an der Grundstruktur der Wählerschaft nicht viel verändert, so Sohn. Diese richte sich eher nach Gefühlslage als nach detaillierten programmatischen Forderungen. Im weiteren Verlauf vergleicht der Autor die AfD mit anderen rechten Parteien und Bewegungen in Europa und der USA und betrachtet ihre Basis. Letzteres fällt jedoch nur sehr knapp aus und beschränkt sich fast ausschließlich auf demografische Analysen der Wählerschaft. Eine ausführlichere Betrachtung der AfD-Basis, ihrer Ressentiments und Positionen, fehlt hier.

Zerfallsprozesse des Kapitalismus

Vieles, was Sohn schreibt, ist auch anderer Stelle bereits geschrieben worden. Das Buch, erschienen Anfang 2017, unterscheidet sich jedoch von früheren Werken über die AfD darin, dass es auf Entwicklungen innerhalb der Partei eingeht, die in älteren Büchern nicht mehr betrachtet werden. Nichtsdestotrotz bleibt auch dieses Buch lediglich eine kurze Momentaufnahme. Eine Partei wie die AfD, die noch verhältnismäßig jung ist und aus unterschiedlichen Spektren der rechten Szene besteht, kann sich schnell wandeln und hat dies in der Vergangenheit bereits mehrfach gezeigt. Während der Machtkampf mit anschließender Abspaltung des Flügels um Bernd Lucke noch erwähnt wird, ist das Buch bereits wieder zu veraltet um den Rückzug Frauke Petrys von der Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl 2017 oder die mediale Kontroverse um Björn Höcke mit in die Analyse einzuschließen.

Insgesamt ist Sohns Beschreibung der AfD eingebettet in eine knappe marxistische Analyse der Geflüchtetenbewegungen und der Wirtschaftskrise: Er benennt verschiedene mittelbare Fluchtursachen wie Krieg, Klimaveränderungen sowie die durch billige Exporte aus der EU nicht konkurrenzfähige Wirtschaft nordafrikanischer Staaten und sieht hierin vom Kapitalismus erzeugte Zerfallsprozesse, die sich bisher nur außerhalb Deutschlands abgespielt haben. Diese Zerfallsprozesse seien auch bewirkt durch die seit 2008 von der Weltwirtschaftskrise bedingten stärker auftretenden Widersprüche und Konflikte des kapitalistischen Systems. Diese Krise des Kapitalismus unterscheide sich von vorangegangenen Wirtschaftskrisen sowohl in ihrem global umfassenden Auftreten als auch in ihrem noch immerwährenden Anhalten. Dann und wann rutscht der Autor hierbei in einen endzeitlich anmutenden Ton herab, etwa wenn er die weltweite Flucht vieler Menschen als den „an den Flüchtlingen exekutierte[n] Beginn der finalen Krise des kapitalistischen Systems“ (S. 64) bezeichnet, die uns die nächsten Jahre und Jahrzehnte weiterbegleiten werde. Woher er die Zuversicht nimmt, dass es sich hierbei um die finale Krise des Kapitalismus handelt, dieser also kurz vor seiner Ablösung steht, lässt er dabei im Vagen.

Was tun?

Schließlich kommt Sohn in den letzten zwei Kapiteln zur Diskussion der Frage, die im Untertitel bereits an prominenter Stelle angekündigt wird: Was tun? Bei der Beantwortung der alten Leninschen Frage in Sachen Handlungsstrategien gegen die AfD bleibt er allerdings vage. Nach und nach arbeitet er sich an Reaktionen verschiedener Parteien und Medien ab um die Perspektivlosigkeit aufzuzeigen, die dem Kampf gegen die AfD immanent sei, solange man in den Grenzen des kapitalistischen Parlamentarismus bleibe. So beschreibt er zum Beispiel treffend den Wechselkurs der CDU/CSU aus scharfer Distanzierung, symbolischer Annäherung und Übernahme von Positionen der AfD, mit dem sich der AfD-Vize Gauland sehr zufrieden zeigte, da er hierin die Wirkmächtigkeit seiner Partei bestätigt sah. Teilen der Linkspartei attestiert Sohn eine „hilflose Abwehr, die allein um Maßnahmen kreist, deren Fixpunkt die jeweils nächsten Parlamentswahlen sind“ (S. 96). Dass er von diesen Reaktionen ausgehend trotzdem nur kurz und knapp auf die vielfältigen Aktionsformen und Strategien verschiedener Antifaschist_innen eingeht, die auf unterschiedlichste Art und Weise seit mehreren Jahren die AfD zu stoppen versuchen, erscheint dabei etwas paradox.

Auch deswegen liest sich das Buch zu großen Teilen lediglich wie eine Kritik an dem Umgang der etablierten Parteien und Medien mit der AfD. Sohn, ehemaliger Vorsitzender der Linkspartei in Niedersachsen und mittlerweile aus der Partei ausgetreten, scheint mit diesem Buch auch die Gründe für seinen Austritt so offensichtlich machen zu wollen, dass sie jede_r versteht. Er plädiert für einen

antikapitalistischen Antifaschismus und kritisiert hierbei nicht nur den nationalistischen Kurs des Wagenknecht-Flügels, sondern zugleich auch die Idee, den Rechtsruck alleine an der Wahlurne aufhalten zu können: „Alle bisherigen Reaktionen auf den Aufstieg der AfD krankten an ein- und demselben Grundfehler: Sie bleiben perspektivisch im Rahmen des kapitalistischen Systems und des ihm eingewobenen Staatsapparats“ (S. 107). Da die AfD ein Reflex auf die Ereignisse des globalen Kapitalismus sei, falle die Lösung des Problems AfD mit der Loslösung vom Kapitalismus zusammen.

Auch wenn der Autor zuletzt auf vergangene und aktuelle Kämpfe eingeht, in denen er Potential für jene Überwindung des Systems sieht, bleibt es bei diesem recht abstrakten Plädoyer. Das Mantra des Buches, nicht nur gegen rechte Bewegungen, sondern auch für ein Gegenmodell zu dem Gesellschaftssystem zu sein, das diese hervorbringt, mag zwar eine berechtigte Kritik an antifaschistischer Feuerwehrpolitik sein. Jedoch lassen sich Sohns Ausführungen, das Ende der AfD liege nur im Ende des Kapitalismus, und sein damit verknüpfter Fünf-Punkte-Plan nicht ganz ernst nehmen, da er in seinem anhaltenden endzeitlichen Unterton dieses Ende eher heute als morgen sieht. Sollte es doch noch länger dauern, stellt sich bis dahin weiterhin die Frage nach einer gut organisierten Feuerwehr.

Manfred Sohn 2017:

Falsche Feinde. Was tun gegen die AfD?

KVV "konkret", Hamburg.

ISBN: 3930786818.

127 Seiten. 13,50 Euro.

Zitathinweis: Yunus Özak: Die AfD als Ausdruck der kapitalistischen Krise.

Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL:

<http://kritisch-lesen.de/c/1420>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Die Geschichte des Front National als Kriminalroman



Jérôme Leroy
Der Block

Alles nur Fiktion? Ein Roman über zwei Faschisten verdeutlicht, wie die extreme Rechte und die rechtspopulistische Partei Frankreichs zu dem geworden sind, was sie sind.

Rezensiert von [Judith Niehaus](#)

Nicht erst seit dem zweiten Platz Marine Le Pens im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 stehen der Front National und die neofaschistischen, ultrakonservativen und europaskeptischen Tendenzen in Frankreich unter Beobachtung – auch aus Deutschland. Der Hamburger Nautilus Verlag hat im März 2017 pünktlich zu den Wahlen mit der Übersetzung von Jérôme Leroy's „Der Block“ (die französische Erstveröffentlichung war bereits im Jahr 2011!) ein Buch vorgelegt, das sich in belletristischer Form mit den Strukturen der (extremen) Rechten und ihrer Partei beschäftigt.

Allerdings: Jérôme Leroy nähert sich dem Thema aus ungewöhnlicher Perspektive. Zwei Männer stehen im Zentrum seines Kriminalromans, beide sind Teil des innersten Kreises der extrem rechten Partei Bloc Patriotique. Abwechselnd wird aus der Perspektive der beiden Männer erzählt: Antoine Maynard ist verheiratet mit der Parteichefin Agnès Dorgelles und bekleidet selbst ebenfalls verschiedene Ämter. Sein enger Freund Stéphane Stankowiak, genannt Stanko, ist Ausbilder und Chef des „Ordnerdienst“ der Partei und angeschlossener Schlägertrupps. Angesiedelt ist die Handlung, die nur während einer Nacht spielt aber durch zahlreiche Rückblenden ergänzt wird, in einem fiktiven gesellschaftspolitischen Szenario: In Frankreich herrschen, insbesondere in den Banlieues, bürgerkriegsartige Zustände, die schon über 750 Todesopfer gefordert haben. Der Bloc Patriotique steht in dieser Nacht als Nutznießer der politischen Lage kurz vor einer Regierungsbeteiligung. Maynard wartet auf Neuigkeiten von seiner Frau aus der entsprechenden Sitzung. Er denkt dabei an Stanko, der aufgrund der neuen Entwicklungen ‚beseitigt‘ werden soll und auf der Flucht vor den von ihm selbst

trainierten Profi-Schlägern in einem schäbigen Hotelzimmer verweilt. Beide lassen dabei ihre jeweilige und auch ihre gemeinsame Vergangenheit Revue passieren und breiten so ein Panorama der extremen Rechten aus.

Die Geschichte einer Partei

Natürlich stehen für die Geschichte des Bloc Patriotique mit seiner Binnenstruktur und seinen Protagonist*innen der Front National und ganz prominent Jean-Marie und Marine Le Pen Pate. Die Parallelen zwischen Bloc und Front und den entsprechenden Biographien sind zum Teil überdeutlich – so etwa der Wahlerfolg von Agnès Dorgelles Vater (d.h. Jean-Marie Le Pen) im Jahr 2002 oder das Attentat auf die Familie des Parteigründers von 1976. Sowohl die Fokussierung auf die *Parteigeschichte* als auch die Tatsache, dass die Handlung in einer fiktiven Situation angesiedelt ist, haben zur Folge, dass die tatsächliche aktuelle politische Lage Frankreichs und darüber hinaus kaum zum Thema wird. Trotzdem zeigt sich Leroy hier als hellsichtiger und angemessen pessimistischer Beobachter seiner Zeit, schließlich hat er das Buch schon einige Jahre vor Le Pens beunruhigendem Erfolg veröffentlicht.

Die Bezugnahme auf die Parteigeschichte selbst wird manchmal auch zum Problem, insbesondere da sie eingebettet ist in ein – den deutschen Leser*innen nicht in Gänze bekanntes – politisches System. Recht komplexe Zusammenhänge müssen erklärt werden, um die spezifischen Entwicklungen einzuordnen, was meist einen Bruch mit dem Erzählstil bedeutet – denn warum sollte ein auf Schlägereien spezialisierter „Prolo“ (S. 256), der auf der Flucht ist, weil ein Kopfgeld auf ihn ausgesetzt wurde, darüber sinnieren, wie sich welche Mehrheitsverhältnisse in der Lokalpolitik auswirken?

Auch wenn die Form der Erinnerungen selbst nicht ganz plausibel wirkt, entsteht durch die Perspektive von Stanko und Maynard ein plausibles Bild des Bloc Patriotique (bzw. des Front National). Zum einen wird deutlich, dass die Partei zwar verschiedene rechte Gruppen zusammengebracht hat, was die Protagonisten als einen ihrer großen ‚Verdienste‘ bezeichnen, sie zeitgleich aber auch Spaltungen erfuhr. Zum anderen wird durch den, teilweise sehr schematischen Rassismus und Antisemitismus, sowie die Tendenz zu selbstkritischen Tönen auf das Programm der ‚Entdämonisierung‘ angespielt. Dabei wird jedoch auch deutlich, dass diese stets nur vordergründig stattfindet: „Offiziell ist man beim Block zwar nicht rassistisch, aber inoffiziell ist Antirassismus eine Schande“, erklärt Maynard (S. 190).

Besonders eindrücklich wird immer wieder die Bereitschaft der Akteure zu brutaler physischer Gewalt gezeigt. Während die Erinnerungen Stankos an die grausamen Taten seiner Jugend in erster Linie unappetitlich und verstörend sind, könnten die Schilderungen der allgemeinen Gewalttätigkeit und der organisierten Schlägereien

für reale Probleme sensibilisieren. Aus Langeweile oder Lust auf Gewalt fragt Maynard etwa seinen Freund, „ob zufällig irgendeine Sache gegen die Linken geplant wäre, gegen Trotzlisten, Alternative...“ (S. 83). Und dann geht es bestens ausgestattet mit Knüppeln, Schlagringen und Pfefferspray, zusätzlich stilisiert und aufgeputzt durch eine Autofahrt mit dröhnendem französischen Rechtsrock, gegen (radikale) Linke. Dass dieses Szenario alles andere als unwahrscheinlich ist, legt neben der Form des Buches auch die Benennung der linksradikalen Gruppierung nahe: Die ASAB (Anarchistische Sektion der Anti-Blockisten) beispielsweise ist dabei – wahrscheinlich – an der SCALP orientiert, die Société Carrément Anti-Le Pen. Vor allem aber wird die Realitätsnähe der Aktionen auf beunruhigende Weise unterstrichen durch die persönlichen Erfahrungen vieler Antifaschist*innen in Frankreich und jüngst bekannt gewordene Morde rechtsextremer Gruppen in Lille. Im Mai 2017 wurde öffentlich, dass mehrere bisher ungeklärte Todesfälle linker Aktivisten und Musiker höchstwahrscheinlich faschistische Morde waren. Bernard Schmid bezeichnet diese Vorfälle als „eine Geschichte, bei der es um Brutalität geht, um Sadisten und Folterer sowie organisierte Rechtsextreme als Hintermänner“ (Schmid 2017) – eine Geschichte, die ebenso in Leroy's Kriminalroman hätte auftauchen können.

Der Krimi als politischer Ort

Die erzählerische Entscheidung, eine Innenperspektive der extremen Rechten und ihrer Akteur*innen zu eröffnen, ist aus ideologischer Sicht komplex und stellt eine interessante Herausforderung an die Leser*innen dar: Anders als in den meisten Krimis soll (beziehungsweise will) man sich hier gerade nicht mit den Erzählern identifizieren. Was einerseits eine spannende – oder vielleicht spannungssteigernde – Aufgabe für die Leser*innen ist, kann andererseits auch zum Problem werden: Auch wenn dies der Rezensentin und dem Zielpublikum schwer vorstellbar erscheint, kann es auch Leser*innen geben, die sich mit den rechtsextremen Protagonist*innen identifizieren. Die mediale Rahmung des Buchs versucht zwar zu verhindern, dass das Buch dieses Publikum findet (oder umgekehrt); die Perspektive im Buch selbst ist jedoch relativ ungebrochen und verunmöglicht diese Identifikation nicht.

Daneben birgt die Erzählstruktur aber auch einige sprachliche und strategische Probleme. Die jeweilige Innensicht wird markiert durch den Gebrauch der ersten (Stanko ist „Ich“) beziehungsweise zweiten Person (Maynard ist „Du“). Gerade in letzterem Fall führt dies zu sehr konstruierten Verbformen – wenn du erst „kennenerntest“ (S. 59), dann „liebtest“ (S. 87) und dich schließlich daran „erinnerstest“ (S. 230). Leroy's Ansinnen, die über 25-jährige Geschichte der Partei und ihrer Protagonist*innen nachzuerzählen, führt in Kombination mit der Anordnung, zwei Männer in nur einer Nacht erzählen zu lassen, zu sehr

gekünstelten Konstruktionen. Rückblenden und Exkurse werden vom Ich-Erzähler Stanko durch Formulierungen eingeleitet, wie „schon witzig, dass mir das jetzt alles wieder einfällt“ (S. 110), oder „lieber denke ich an meine Anfänge beim Block“ (S. 203). So führt das erzählerische Konstrukt immer wieder sich selbst – und die etwas zu offensichtlichen Bemühungen des Autors – vor. Ebenfalls sperrig wirken einige Übersetzungen ins Deutsche – vor allem wenn es um die teilweise doch sehr vulgäre Sprache geht. Hier ist der Text sprachlich oft sehr heterogen, beispielsweise wenn der literarisch hochgebildete Maynard immer wieder erwähnt, dass er „wegen der Möse einer Frau Faschist geworden“ sei – so schon im ersten Satz des Buches (S. 9).

Für die deutsche Ausgabe hat Leroy zusätzlich ein Nachwort verfasst. Neben Anmerkungen zu Stil und Form seines Romans stellt er hier die wichtige Frage, „gibt das, was ich in *Der Block* schreibe, dann also die französische Wirklichkeit wieder“ (S. 316)? Die zwischen den Erklärungen zu den diversen Analogien versteckte Kritik – zum einen an der Gesellschaft, die solche Tendenzen nicht nur möglich macht, sondern auch befördert, zum anderen auch an der radikalen Linken, die teilweise mangelhaft reagiert – macht das Nachwort unbedingt lesenswert, auch wenn der Autor recht präventiv auftritt. Irritierend und unaufgelöst bleiben einige Parallelen zwischen der Vita des Autors, wie sie im Buch kurz geschildert wird, und der Biographie von Antoine Maynard, dem intellektuellen Faschisten. Dazu erklärt Leroy allein, dass er „gründlich recherchiert“ (S. 316) habe, präzisiert jedoch nicht seine Methoden und Quellen.

„*Der Block*“ bleibt trotz der verschiedenen, vor allem sprachlichen und erzählerischen Mängel ein spannender und lesenswerter Krimi. Zwar mag man sich fragen, ob diese Form dem Thema wirklich angemessen ist und nicht viele wichtige Fragen auf der Strecke bleiben, das Buch eröffnet jedoch einen Reflexionsraum und hat das Potential, viele vielleicht nicht im Vorhinein schon mit der Thematik vertraute Leser*innen zu sensibilisieren. Als umfassende Analyse der (neuen) Rechten Frankreichs ist „*Der Block*“ zu unterkomplex, als große Erzählung zu konstruiert, aber als Kriminalroman ist ihm der Versuch, beides zu liefern, hoch anzurechnen und weiterer Erfolg zu wünschen.

Zusätzlich verwendete Literatur:

Schmid, Bernard (2017): Fünf Leichen, vier Unfälle. In: *Jungle World* 20/2017. Online verfügbar: <https://jungle.world/artikel/2017/20/fuenf-leichen-vier-unfaelle>

Jérôme Leroy 2017:
Der Block.
Edition Nautilus, Hamburg.
ISBN: 978-3-96054-037-3.
320 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Judith Niehaus: Die Geschichte des Front National als
Kriminalroman. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/
2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1415>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Die Renaissance des „Volkes“



Markus Liske / Manja Präkels (Hg.)

Vorsicht Volk!

Oder: Bewegungen im Wahn

Die „Neue Rechte“ versucht, den Begriff „Volk“ wieder positiv zu besetzen. Der Sammelband erklärt, warum er genau das nicht ist.

Rezensiert von [Cordula Trunk](#)

Im Herbst 2015 rammte Frank Steffen der damaligen Kölner Oberbürgermeister*in-Kandidatin Henriette Reker in Mordabsicht ein Messer in den Hals. Vor Gericht gab er als Begründung für die Tat an: „Diese Regierung will das eigene Volk austauschen“. Der Staatsrechtler Thor von Waldenstein erstellte für das „Institut für Staatspolitik“, einer Kaderschmiede der Neuen Rechten, ein Gutachten über das „Widerstandsrecht der Deutschen“. In diesem behauptet er, die Bundesregierung nehme die „Beseitigung des Souveräns des deutschen Volkes“ nicht nur fahrlässig hin, sondern strebe diese bewusst an. Martin Sellner, Kopf der österreichischen Identitären Bewegung, veröffentlichte in der neurechten Zeitschrift „Sezession“, einen Artikel mit dem Titel „Volk – Aufgabe statt Konstrukt“. In diesem schwadronierte er, kulturrassistisch par excellence, über eine Stärkung der Identität des deutschen „Volkes“. Alle diese Akteur*innen der „Neuen Rechten“ sorgen sich um das „Wohl des deutschen Volkes“. Da drängen sich Fragen auf: Was hat es mit der Erzählung des bedrohten „Volkes“ auf sich? Wieso beziehen sich alle rechten Akteure darauf? Ein Verdacht steht im Raum: Ist das Konzept des „Volkes“, vielleicht per se exklusiv und rassistisch aufgeladen? Antworten auf alle diese Fragen und mehr liefert der Sammelband „Vorsicht Volk!“, herausgegeben von Markus Liske und Manja Präkels.

Das Buch bietet 24 sehr unterschiedliche Aufsätze von fast ebenso vielen Autor*innen. Unter ihnen Journalist*innen wie Patrick Gensing, TitanicKolumnist Stefan Gärtner oder der momentan in der Türkei inhaftierte Deniz Yücel. Politiker*innen wie Jutta Ditfurth oder Klaus Lederer aber auch verschiedene Aktivist*innen aus diversen linken Zusammenhängen sind vertreten. Teils wissenschaftlich, dokumentarisch aber auch satirisch und essayistisch, nähern sie sich dem Begriff „Volk“ und all den Bewegungen, die 2015 Hochkonjunktur hatten. Pegida, Montagsmahnwachen, der Alternative für Deutschland (AfD),

Reichsbürger*innen und dem „Compact Magazin“ und so weiter. Sie alle teilen die „neurechte Ideologie“ und ganz besonders die Fokussierung auf das „Wohl des deutschen Volkes“. Der Band weist eine große Themenvielfalt auf. Von der Analyse jener Themen, die in den sozialen Netzwerken kursieren („Lügenpresse“, Verschwörungsmythen, Wutbürger*innen und Forentrolle – so werden im Netzjargon Personen genannt, die Diskussionen nur stören oder unnötig emotional anheizen wollen), über Untersuchungen des lokalen Milieus, in welchem die „Gidas“ (Pegida, Legida, Bergida, Thürigida...) und die Alternative für Deutschland groß wurden, bis hin zu Berichten über die unterschiedlichsten rechten Bewegungen.

Von der Neuen Rechten zu CDU, Verfassungsschutz und Polizei – und zurück

Den Anfang macht Patrick Gensing mit einem informativen Beitrag über die Bedeutung rechter Online-Netzwerke und esoterischer Kleinverlage für den Erfolg von Pegida und der AfD. Erhellend und erschreckend zugleich sind die Beiträge im zweiten Teil: „Im SachsenSpiegel“. Untersucht wird das lokale rechte Milieu in Sachsen und speziell der Landesmetropole Dresden. Auf ironische Art und Weise arbeitet zum Beispiel Kerstin Köditz in ihrem Beitrag „Wir sind die Mauer! Das Volk muss weg“ die kaum zu glaubenden Verbandelungen zwischen CDU, Verfassungsschutz, Polizei und rechtem Rand auf:

„Der Vorsitzende des Landestourismusverbandes – ist selbstverständlich Mitglied der stärksten Parteien. Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (Gordian MeyerPlath) ... nun, wir wissen es nicht so genau. Wir wissen allerdings, dass er aus der Abteilung Verfassungsschutz im brandenburgischem Innenministerium als persönlicher Mitarbeiter zu einer CDU-Bundestagsabgeordneten wechselte. Und von dort wieder zurück zum Verfassungsschutz, und plötzlich gar als Präsident des Amtes in Brandenburg im Gespräch war. Inzwischen ist er es in Sachsen. Und wir wissen, dass er „Alter Herr“ einer Burschenschaft ist, der Marchia Bonn. Familientradition sozusagen. Ist es nötig zu erwähnen, dass – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – keine Burschenschaft in Sachsen von den Schlapphüten beobachtet wird“ (S. 62)?

Der dritte Teil „Völkisches, Allzuvölkisches“ beleuchtet einige Spielarten der rechten Bewegung näher: rechte Siedler*innen, die es sich mitten im Nirgendwo zum Ziel gesetzt haben, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben, um so das deutsche „Volk“ zu retten. Christliche Abtreibungsgegner*innen, die ein Problem damit haben, dass Frauen alleine über ihren Körper entscheiden wollen. Der Text von Jan Rathje ist angesichts der vielen Straftaten, die in letzter Zeit von Reichsbürgern begangenen wurden, hervorzuheben. Dieser spezifiziert die skurril

anmutende Reichsbürgerideologie als „im Wesentlichen eine Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik: die Ideologie von der ‚antideutschen Weltverschwörung‘“ (S. 93). Antideutsch in dem Sinne, dass sich der imaginierte Feind durch sein Handeln gegen das deutsche „Volk“ auszeichnet.

Auf die Spezifität des deutschen Begriffes „Volk“ geht der recht flapsig geschriebene Text von Alexander Karschina „Volxfuck 19942014“ ein:

„Das ist der Hauptunterschied zwischen Deutsch und Englisch: Während people immer sowohl das Volk als auch die Leute meint, ist es in Deutschland immer nur das Volk. Eben nicht die Leut' – peoples, wie man fröhlich auf Neudeutsch sagt –, sondern ein homogenes, um nicht zu sagen homogenetisches Ganzes. Etwas Übergeordnetes, dem man sich volklich unterordnen muss, etwas, das mehr sein soll als die Summe seiner Teile, etwas QuasiSakrales, eine Art Kirche oder nationale Gemeinde – das VOLK GOTTES, allerdings eines ‚sterblichen Gottes‘: eines Staates“ (S. 74, Herv. i. O.).

Im fünften Teil „Geflüchtete zu Vertriebenen“ erläutert Julia Schramm in dem Beitrag „Critical Deutschness“ die Besonderheit des deutschen Nationalbegriffes:

„Dieser fußt auf einem ethnischkulturellen Verständnis als einer Art Schicksalsgemeinschaft, in der die Nation die Grundlage für den Staat bildet. Konkret bedeutet das, dass eine Willensbekundung niemals ausreichen kann, um Teil der Kulturnation zu werden. Vielmehr entscheiden Blut und Boden, also Abstammung darüber“ (S. 155).

Festzuhalten ist, dass sich schon in der Konzeption des Begriffes „Volk“ der Grund zeigt, warum mit dem „Volk“ niemals alle Menschen gemeint sein können, es also per se exklusiv gegenüber sogenannten NichtBiodeutschen ist. Betrachtet man die gar nicht mal so neue „Neuen Rechte“, kommt man um die Auseinandersetzung mit der spezifisch deutschen Volkskonzeption wohl nicht herum. Verdienst des Sammelbandes ist es, die Lesenden in einfachen kurzen Aufsätzen auf diese aufmerksam zu machen. Insgesamt lässt sich sagen, dass die große Bandbreite an Themen Stärke und Schwäche zugleich ist. Die Leser*innen bekommen einen guten Überblick über die vielen Facetten der sogenannten „Neuen Rechten“. Manchmal wünscht man sich als Leser*in etwas mehr Stringenz und analytische Schärfe, was wohl der Kürze vieler Texte geschuldet ist. Empfehlenswert ist das Buch allemal, liefert es doch einen guten Einblick in ein schwieriges Thema und ist darüber hinaus auch noch leicht zu lesen. Es finden sich viele gute Hinweise, wieso völkisches beziehungsweise nationalistisches und autoritäres Denken in einigen politischen Richtungen an Einfluss gewinnen kann. Um diese rückwärtsgewandten Tendenzen, auf „linker“ wie auf rechter Seite, ernst zu nehmen und zu analysieren, liefert das Buch einen wichtigen Debattenbeitrag. Auf „linker“ Seite sind hier zum Beispiel die

meist antisemitische Kritik an Israel, die Bewunderung des „starken Mannes“ Putin und vor allem das Phänomen der Querfront zu nennen. Die stilistische und inhaltliche Diversität macht Spaß und regt zum Nachdenken und dringend notwendigem Nachforschen an.

Markus Liske / Manja Präkels (Hg.) 2015:
Vorsicht Volk! Oder: Bewegungen im Wahn.
Verbrecher Verlag, Berlin.
ISBN: 9783957321213.
192 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Cordula Trunk: Die Renaissance des „Volkes“. Erschienen in:
Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1412>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Angriff der Homocons



Patsy l'Amour laLove (Hg.)

Beißreflexe

Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten

Der Sammelband möchte die autoritären Sehnsüchte in der queeren Szene entlarven. Doch er benutzt dies für einen neokonservativen Rollback, der vor allem an seiner Feindseligkeit gegenüber Muslimen deutlich wird.

Rezensiert von [Georg Klauda](#)

Kein anderes Buch mit geschlechter- und sexualpolitischer Thematik erzielt zurzeit eine solche Aufmerksamkeit wie der Sammelband von Patsy L'Amour LaLove mit dem knackigen Titel „Beißreflexe“. Es geht um eine Abrechnung und der Vorwurf der Stutenbissigkeit lässt schon erahnen, auf welchem Niveau man das im Untertitel gegebene Versprechen einer Kritik am „queeren Aktivismus“, seinen „autoritären Sehnsüchten“ und „Sprechverboten“ in der Praxis einzulösen gedenkt. Dabei verdankt sich der Erfolg des Buches dem Unbehagen an einer panoptischen Identitätspolitik, die Sabine Hark bereits vor zwei Jahrzehnten am lesbischen Feminismus der 1980er Jahre kritisiert hat – und von der auch die Verlegerin Ilona Bubeck in ihrem Beitrag zu berichten weiß. Warum das, was im Namen von Queer Theory scheinbar überwunden wurde, heute ausgerechnet im Mantel des queeren Aktivismus wiederkehrt, hätte ein interessantes Thema sein können. Stattdessen aber benutzt der Sammelband die breite Anschlussfähigkeit dieser Kritik vor allem als Steigbügel, um seinen Leser_innen eine grundsätzliche Hinwendung zu antideutschen Themen anzutragen.

Restitution des Opferstatus

Dass man den antideutschen Diskurs erstmals auch in einem LSBT-Sammelband rezipiert findet, ist eine große Überraschung. Doch wer genauer hinsah, konnte schon länger beobachten, dass die antideutsche Ideologie für eine Reihe junger Schwuler eine besondere Attraktivität entfaltet. Denn während queere Theoretiker*innen seit den 2000er Jahren darauf abstellten, die Verstrickung und Instrumentalisierung von Schwulen in und für staatliche Machtverhältnisse zu reflektieren, bietet ihnen der antideutsche Ansatz eine volle Restitution ihres Opferstatus. Dass dieser auch für Antideutsche nur so weit interessant ist, wie er sich

für die Rechtfertigung von Rassismus, Krieg und Besatzung nutzen lässt, weckt dabei offenbar nur wenig Misstrauen.

Seinen Zenit erreicht der Zorn über die wahrgenommene Aberkennung der eigenen Opferidentität durch queere Aktivist_innen im Artikel des schwulen Bahamas-Autors Tjark Kunstreich über den Anschlag des Selbstmordattentäters Omar Mateen auf den Schwulenclub Pulse in Orlando. Besonders zuwider erscheint ihm dabei die Tatsache, dass in Texten, die sich um die rassistische Instrumentalisierung des Geschehens sorgen, immer wieder auf den Charakter des Orts als Treffpunkt von „LatinX“ und „queers of color“ hingewiesen wurde. Gegen diese Sichtweise führt Kunstreich das Motiv des Täters ins Feld, „der nicht LatinX, sondern Leute ermorden wollte, die in einem schwulen Club feiern“ (S. 220). Das Pulse sei angegriffen worden, weil es für Mateen verführerischer und zugleich bedrohlicher „Ausdruck der Dekadenz und der Sittenlosigkeit des Westens gewesen“ sei (S. 223).

Die ideologische Gleichsetzung von Schwulen mit dem Westen ist jedoch genau das, was queere Autor_innen wie Jasbir Puar als Homonationalismus beschreiben. The pride to be gay verwandelt sich in den Stolz auf die westliche Gesellschaft, die „die Möglichkeit bietet, seine sexuelle Orientierung auszuleben“ (S. 223). Das sei zwar auch in Afghanistan möglich, gesteht Kunstreich, aber eben nicht in Abweichung vom vorgezeichneten Lebensweg als Ehemann und Erzeuger. Dass dieser Ausbruch Omar Mateen verwehrt geblieben sei, weil er sich an die Autorität seines konservativen Vaters gebunden gefühlt habe, sei der Grund für seinen verzehrenden Hass auf das Pulse gewesen.

Die Argumentation ist jedoch insofern verquer, als auch im Pulse viele ungeoutete Schwule verkehrten. Ein Vater weigerte sich sogar, die Urne seines Sohnes entgegenzunehmen, nachdem er im Zuge des Anschlags Kenntnis über dessen sexuelle Orientierung erlangt hatte. Das sich verbreitende Gerücht, Omar Mateen sei selbst regelmäßiger Besucher des Pulse gewesen, führte deshalb bei vielen der Gäste zu einer Art bizarren psychologischen Identifikation. Eine Drag Queen erklärte, Mateen sei ihr Freund gewesen, andere wollten ihn auf schwulen Dating Apps gesehen haben, aber kaum jemand reagierte mit einem irrationalen Ausbruch von Hass auf „die Muslime“. Zu gegenwärtig war die Erfahrung von Homophobie im eigenen Milieu – und die von Rassismus in Amerika. Dass der Anschlag so eher zu einer Annäherung der LGBT-Community mit muslimischen Gemeinden in Orlando und darüber hinaus führte, denunziert Kunstreich dabei mit Michel Houellebecq als queere „Unterwerfung“ unter den Islam (S. 235). Offenbar kann die eigene, volle Opferidentität nur wiederhergestellt werden, wenn sie Muslime restlos zu Tätern stilisiert.

Mateen, „der Afghane“

Die von den Stammgästen des Pulse vorangetriebene Fokussierung auf die möglicherweise unterdrückte Homosexualität des Täters war für die Polizeiorgane vor allem deshalb delikant, weil sie die Frage aufwarf, ob es wirklich eine bestimmte religiöse Ideologie war, die ihn motivierte, oder ob er sich diese nicht vielmehr zum Vorwand nahm, um seine eigene, innere Zerrissenheit zu verdecken. Das FBI war daher sehr bemüht, die Glaubwürdigkeit der vielen Zeugen zu untergraben, um das Ereignis nahtlos in die bekannte Reihe islamistischer Attentate einzufügen. Dagegen legte der CIA nahe, dass Mateen in Wahrheit keinerlei Verbindung zum Islamischen Staat gehabt hatte; dass er sich mal als Mitglied der schiitischen Hisbollah, mal als Anhänger der sich mit ihr (und dem IS) bekriegenden Al-Nusra-Front ausgab, was für den Geheimdienst den Schluss nahelegte, dass sich Mateen mit der Ideologie des IS, wenn überhaupt, dann nur sehr oberflächlich beschäftigt hatte.

Kunstreich aber geht einen dritten Weg. Er will weder über die Ideologie des IS noch über möglichen homosexuellen Selbsthass sprechen, sondern über die unterdrückerische „Kultur“ der Muslime. Dafür muss er aber den in New York geborenen Omar Mateen zum vollgültigen Exponenten einer anderen Lebensweise erklären. Dies geschieht natürlich primär über das Verhältnis von Vater und Sohn, die in Kunstreichs Sicht „nach eigenen Regeln lebten“ (S. 222). Der Vater ist der einzige, der seinen Sohn bestrafen darf; gegen die Maßregelungen der Lehrer wird der kleine Mateen stets verteidigt. Was andere als Zeichen seiner dissozialen Persönlichkeitsstörung lesen – die ständigen Konflikte mit Mitschüler_innen und Kolleg_innen –, interpretiert Kunstreich als die Wände, die er nach außen aufrichtete, um sich von uns abzuschotten. Dass er das Herkunftsland seines Vaters vermutlich nie gesehen hatte, Amerikanisch so fließend sprach wie nur irgendein_e Muttersprachler_in und auch in keiner der in Deutschland gefürchteten „Parallelgesellschaften“ aufgewachsen war (die man in den USA wertfrei Communities nennt) – einerlei, es hindert Kunstreich nicht, Omar Mateen als den schlechthinnigen Fremden darzustellen. Es ist eine abenteuerliche Konstruktion, die es ihm aber ermöglicht, auch Mateens Sexualität als anders zu konstruieren. So habe dieser gleichgeschlechtliches Begehren „nicht als Frage der sexuellen Orientierung betrachtet“ (S. 223). Denn in Afghanistan verweigere man Männern noch die Ehre, sie am Geschlecht der begehrten Personen als entweder homo- oder heterosexuell zu spezifizieren. Mateen habe das Pulse daher weniger aus eigener Homophobie angegriffen, sondern weil die Existenzweise der Schwulen für den radikalstmöglichen Ausbruch aus der familiären Vater-Sohn-Dyade stehe.

Natürlich ist das alles eine absurde Fiktion, weil Mateen, der „Afghane“, spätestens bei einem Flirt mit einem anderen Mann auf die Existenz sexueller Identitätskategorien gestoßen worden wäre. Es ist das gleiche, was am Hindukusch einheimischen Übersetzern passiert, wenn sie mit amerikanischen Soldaten schäkern und erstmals die Erfahrung machen, deshalb als „faggot“ beleidigt zu

werden. Es gibt Videos solcher Interaktionen im Internet, die hochgeladen wurden, weil sich US-Soldaten über das „schwule“ Verhalten ihrer afghanischen Dolmetscher belustigten. Die Annahme, man könne Kultur wie ein Gepäckstück über die Grenze tragen, vergisst, dass Kultur, wie Kunstreich selber sagt, eine Organisationsweise menschlicher Gesellschaft ist, die die Migration in eine andere nicht lange überstehen kann. Deshalb war bereits Mateens Vater ein unausstehlich homophober Kerl und hat seinen Sohn, der sich niemals ganz von ihm lösen konnte, damit womöglich in eine absolut verzweifelte Situation gebracht.

Kunstreichs Argumentation läuft auf eine Logik der kulturalistischen Verweisung Omar Mateens aus der amerikanischen Gesellschaft hinaus. Deshalb ist es so komisch, wenn er queeren Muslim_innen „Kulturessentialismus“ vorwirft, da sie den Islam in eine unentrinnbare Identität verwandeln würden. Dabei ist schon die Unterstellung falsch, dass die von ihm kritisierten Autor_innen den Islam als „schützenswerte Kultur“ verstanden wissen wollten. Denn anders als für Kunstreich ist der Islam für sie gar keine Kultur, sondern eine Religionsgemeinschaft. Ihre liberale Lesart des Korans orientiert sich nirgendwo an tradierten Vorstellungen gleichgeschlechtlichen Begehrens, wie sie in der muslimischen Welt jahrhundertlang als gültig erachtet wurden. Vielmehr versteht sie das Buch als ganz gegenwärtige Offenbarung, die im Horizont eines modernen westlichen Identitätsverständnisses neu gelesen werden kann. So führt Scott Kugle für eine queere Deutung des Korans Sure 49, Vers 13, an: „O ihr Menschen, Wir haben euch von Mann und Weib erschaffen und euch zu Völkern und Stämmen gemacht, dass ihr einander kennen möchtet“ (Kugle 2010, S. vi). Die Lust am gleichen Geschlecht mit dem Konzept eines distinkten Volks oder, wie es im Englischen heißt, einer Community zu identifizieren, entspricht aber ganz der amerikanischen Vorstellung von der Sache – was zugleich die engen Grenzen der Universalisierbarkeit seines Ansatzes verdeutlicht.

Umschiffung des christlichen Fundamentalismus

Dass die von der Herausgeberin eingeforderte Religionskritik sich in allen Beiträgen, die dieser Aufforderung Folge leisten, scheinbar wie von selbst als exklusive „Islamkritik“ zu erkennen gibt, findet zumindest bei Kunstreich den Versuch einer Rechtfertigung durch den Hinweis, dass die christlich-fundamentalistische „Moral Majority in den Vereinigten Staaten nie einen terroristischen Flügel“ hatte (S. 230). Sehen wir einmal von den seit 1973 verübten 41 Bombenanschlägen und 173 Brandstiftungen gegen Abtreibungskliniken ab, ist die Frage, ob diese unterstellte Differenz rein auf der Ebene der Ideologie anzusiedeln wäre oder nicht vielmehr auf die unterschiedlichen Ermöglichungsbedingungen verweist: hier das Agieren der evangelikalen Fundamentalist_innen in den Schützengräben der amerikanischen Zivilgesellschaft,

dort das Parasitieren der Dschihadisten an lokalen Gewalträumen im Gefolge von Bürgerkriegen und imperialen Invasionen.

Wie fiktional die essentialistische Konstruktion eines friedfertigen Christentums ist, zeigt jedoch die Rechtfertigung des Massenmords in Orlando durch Pastor Steven Anderson:

„Diese Homosexuellen sind ein Haufen Perverser und Pädophiler, das ist, wer das Opfer hier war, ein Haufen ekelregender Homosexueller in einer Schwulenbar. [...] Die schlechte Nachricht ist, dass viele der Homos in der Bar noch immer am Leben sind, so dass sie weiter Kinder belästigen und Menschen in ihren schmutzigen homosexuellen Lebensstil rekrutieren werden“ (zit. n. Tashman 2016).

Durch die Gleichsetzung mit Pädophilen versucht Anderson auf seinen Missionsreisen in Afrika, eine Hysterie unter der lokalen Bevölkerung anzustacheln und so die Einführung der Todesstrafe für Homosexuelle zu bewerben. Im Hinblick auf den Anschlag in Orlando verkündet er deshalb: „Die Menschen hätten in jedem Fall getötet werden sollen, aber sie hätten getötet werden sollen durch die richtigen Kanäle, sie hätten hingerichtet werden sollen durch eine rechtmäßige Regierung“ (zit. n. Tashman 2016). Vor seinen Aktivitäten gewarnt, verweigerte Südafrika ihm im September 2016 die Einreise, und Botswana ließ ihn nach einer Hasspredigt in der größten Radiostation des Landes festnehmen und ausweisen.

Anderson orientiert sich in Stil und Taktik an den erfolgreicheren Missionsreisen von Pastor Scott Lively, der 2006 mit lettischen Evangelikalen die homophobe Hassgruppe „Watchmen on the Walls“ gegründet hatte und eine 50-Städte-Tour durch die ehemalige Sowjetunion antrat, um an Universitäten sowie in persönlichen Treffen mit Mitgliedern des Parlaments für die Einführung nationaler Gesetze zu werben, die die „öffentliche Befürwortung von Homosexualität“ unter Strafe stellen. Die Umsetzung dieser Forderung in acht der neun von ihm bereisten Länder betrachtet Lively dabei als sein größtes Verdienst. 2012 wurde er in Massachusetts schließlich von der Gruppe Sexual Minorities Uganda wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt, weil er sich in ihrem Heimatland aktiv an der Verfolgung ihrer Community beteiligt habe. Obwohl der Richter zu erkennen gab, dass er den Vorwurf für substantiiert halte, wurde die Klage nach fünf Jahren abgewiesen, weil der Supreme Court in der Zwischenzeit entschieden hatte, dass Völkerrechtsverstöße von US-Bürgern im Ausland nicht unter die Rechtsprechung amerikanischer Gerichte fallen.

Bloß kein linker Kulturrelativismus

Dass sich Verbrechen wie die Ermordung des LSBT-Aktivistin David Kato in Uganda

auch in Ländern mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung ereignen, wird für Beißreflexe-Koautor Vojin Saša Vukadinović zum Anlass, so zu tun, als ob es sich bei der weltweiten homophoben Gewalt um ein vorwiegend muslimisches Problem handle. So beginnt er seinen Artikel mit einer Reihe von Zeitungsüberschriften, die ausschließlich auf Akte der Grausamkeit in der sogenannten Islamischen Welt Bezug nehmen und deshalb von queeren und postkolonialen Autor_innen totgeschwiegen würden. Leider interessiert sich aber auch Vukadinović nicht für diese Ereignisse oder versucht gar, sie zu rekonstruieren und in einen politischen Kontext einzuordnen. Denn dann würden ja die gesellschaftlichen Widersprüche deutlich, während es dem Autor aber gerade um den Anschein kultureller Homogenität geht.

Da ist zum Beispiel das Attentat auf Xulhaz Mannan, den schwulen Redakteur eines LSBT-Magazins im streng säkularistischen Bangladesch. Die einzige religiöse Partei, Jamaat-e-Islami, hatte hier 1991 einen Überraschungserfolg mit sage und schreibe 12,1 Prozent der Stimmen, sank aber in den folgenden Jahren schnell wieder auf ihren Anfangswert von knapp unter 5 Prozent. Als die Partei als „Königsmacher“ nicht mehr gebraucht wurde, kam es in der Zeit zwischen 2013 und 2015 zu einer Verhaftungswelle, bei der ein Großteil ihrer Führung wegen Verbrechen im Unabhängigkeitskrieg von 1971 zum Tode verurteilt wurde. Die Partei selbst wurde zwar nicht aufgelöst, aber durch das Oberste Gericht von den Wahlen ausgeschlossen. Dies führte zur Radikalisierung eines Teils ihrer Anhänger, der auf seine politische Auslöschung mit einer Welle von tödlichen Macheten-Angriffen reagierte. Es traf vor allem junge, säkularistische Aktivisten, darunter auch Xulhaz Mannan, der als Organisator des jährlichen Regenbogen-Marsches für eine scheinbar religionslose Jugend stand.

Hätte Vukadinović mehr als nur die Überschrift zitiert, wäre für andere vielleicht deutlich geworden, dass Bangladesch kein islamisches, sondern ein laizistisches Land ist. Ein Land, in dem zwar 90 Prozent der Bevölkerung Muslime sind, die Islamisten aber einen Wähleranteil hinter sich versammeln, der sich in seiner Größenordnung am ehesten noch mit den Ergebnissen rechter Parteien in Deutschland vergleichen lässt. Das ist insofern relevant, als Vukadinović homogenisierende Aussagen über „ganze Weltgegenden“ macht, die er unterschiedslos durch Barbarei, religiöse Finsternis und Unterdrückung gekennzeichnet sieht.

Der Blick in die Berichterstattung von CNN und BBC, gibt Vukadinović zu bedenken, sei heute allemal erhellender als der der in das Queer-/Postcolonial-Sortiment wissenschaftlicher Buchhandlungen. Man hätte sich nur gewünscht, er hätte diesen Blick auch selbst einmal gewagt. Denn englischsprachige Medien berichten nicht nur über Episoden islamistischer Gewalt, sondern versuchen auch, den Alltagserfahrungen mit gleichgeschlechtlicher Liebe und Lust auf die Spur zu

kommen – wie etwa John R. Bradleys Essay „Gay Damascus“ im *Spectator*, der von Syriens Hauptstadt in der Zeit der friedlichen Massendemonstrationen gegen das Regime handelt: „Keiner der Männer, mit denen ich in dem Damaszener Café sprach, ist je belästigt worden, und sie spöttelten über die Idee – die von Schwulenrechtsaktivisten im Westen heftig beworben wird –, dass sie verfolgt seien“ (Bradley 2011; Übers. gk).

Anders im Königreich der Wahhabiten, wo eine fundamentalistische Religionspolizei die Gesellschaft schon seit vielen Jahrzehnten in Fesseln hält. Doch Nadya Labis „The Kingdom in the Closet“, erschienen im *Atlantic*, vermittelt den Eindruck, dass sich nur wenige Männer von den angedrohten Strafen beeindrucken lassen. Das Cruising sei „ziemlich schamlos“, befindet ein schwuler Saudi-Amerikaner (Labi 2007; Übers. gk). Und in den Toilettenräumen der Mädchenschulen sehe es nicht viel anders aus. Manche empfänden jetzt allerdings auch Schuldgefühle – wegen der neuen Konzepte von Homo- und Heterosexualität aus dem Fernsehen und dem Internet.

Dagegen stellt der Journalist Mobeen Azhar mit seinem Artikel und Hörfunk-Feature „[Inside] Gay Pakistan“ neben der leichten Verfügbarkeit von schwulem Sex selbst an öffentlichen Plätzen und Heiligenschreinen auch die Zwänge heraus, die sich aus der Verpflichtung auf die patriarchalen Institutionen von Ehe und Familie ergeben. Er bietet aber zugleich positive Gegenbeispiele wie das von Akbar und Ali, die sich mit der Unterstützung ihrer Familien ein gemeinsames Zuhause eingerichtet hätten. Hierfür musste sich Akbar bemühen, die Gunst von Alis Großmutter zu gewinnen, der Matriarchin der Familie. Dabei ging es „nicht um ein ‚Coming-out‘ im formalen Sinn“ (Azhar 2013; Übers. gk), sondern darum, sie zu überzeugen, dass er ein guter Mensch sei und auf Dinge achtgebe.

Solche Beiträge sucht man bei Vukadinović vergeblich, weil für ihn Lesben und Schwule nur das Futter für eine neokonservative Weltsicht sind, in der der Westen für die Freiheit und der Süden für die Barbarei steht. Es ist eine bequeme Perspektive, die es ermöglicht, die Brutalitäten von Krieg und Besatzung in einen Akt der Selbstverteidigung der Zivilisation gegen den Islam umzudeuten. Dass Bomben und Checkpoints vor als LSBT angerufenen Individuen im Nahen Osten keinen Halt machen, stellt dabei scheinbar kein Hindernis dar, um sie für neokoloniale Diskurse zwangszu verpflichten.

Queere Muslime stehen uns im Weg

Und es ist diese Sichtweise, die auch die Angriffe mehrerer Autor_innen auf queere Aktivist_innen of Color erklärt. Bei Tjark Kunstreich sind es Eman Abdeladi und Muneer Ahmad, die nach dem Attentat in Orlando in Artikeln und Reden auf ihre doppelte Zugehörigkeit zur lesbisch-schwulen und muslimischen Community

hingewiesen hatten. Kunstreich aber empfindet das als störend, weil es die Einstellung eines „Don't fuck with us!“ untergrabe. Dies führt schließlich so weit, dass er den Autor_innen gar ihr eigenes Queersein abspricht: „Könnte es sein, dass damit schlicht nur eine Haltung verbunden ist, aber keineswegs Homo- oder Transsexualität“ (S. 233)? Lesbische und schwule Muslime existieren in diesem Kopf eben nur als Opfer und nur insofern, als man sie für einen Generalverdacht gegen die muslimische Gemeinde instrumentalisieren kann. Entsprechend findet in Kunstreichs Artikel auch die durch amerikanische Medien verbreitete Erklärung des Council of American-Islamic Relation (CAIR) keine Würdigung. Die größte muslimische Bürgerrechtsorganisation der Vereinigten Staaten hatte nach dem Anschlag nicht nur ihre Sympathien mit der LGBT-Community ausgedrückt, sondern auch klar Schiff gegen jede Form von Homophobie gemacht: „Wir dürfen eine hasserfüllte Rhetorik, die zu Gewalt gegen Minderheiten aufstachelt, nicht tolerieren. [...] Homophobie und andere Phobien rauben jeden Tag Leben in diesem Land und wir müssen für die Opfer und ihre Familien aufstehen“ (zit. n. Johnson 2016; Übers. gk). Außerdem erklärte CAIR-Vorsitzender Nihad Awad „Homophobie, Transphobie und Islamophobie“ zu „miteinander verknüpften Systemen der Unterdrückung“ (zit. n. Johnson 2016), die nicht unabhängig voneinander niedergerissen werden könnten. Was bei Kunstreich vermutlich einen Herzanfall auslöste, war für junge, queere Muslim_innen ein wichtiges Zeichen, dass sie mit ihren Sorgen nicht allein sind.

An der Einleitung der Herausgeberin wird deutlich, wie sehr das Buch den Geist einer Sehnsucht nach Rückkehr zu den einfachen Identitätspolitiken der 1970er Jahre atmet. Damals musste man sich nicht fragen, wie Homosexuelle in dieser Gesellschaft als „Andere“ hergestellt werden, sondern konnte, gerade umgekehrt, die Anerkennung als dieser Andere verlangen, ohne dass dies sogleich als Unterwerfung sichtbar wurde. Der Sammelband löscht die gesamte Reflexionsarbeit des Mainstreams konstruktivistischer schwuler Historiker, für die ja nicht nur der Name Michel Foucault steht, einfach aus. Ebenso werden die intersektionalen Ansätze des Feminismus, welche sich im Zuge langer Kämpfe herausgebildet haben, kurzerhand über Bord geworfen. Anscheinend hat bell hooks ihre Bücher ganz umsonst geschrieben. In der Retro-Welt, die so entsteht, muss man sich nicht mehr fragen, ob konfrontative Strategien in jedem Falle sinnvoll und befreiend sind, oder sich Gedanken darüber machen, was es bedeutet, wenn die eigenen Identitätspolitiken durch neoliberale Politiker_innen und neurechte Kulturkrieger_innen für ihre Zwecke angeeignet werden. Und so ist der Sammelband, auch wo er eine verständliche Abneigung gegen die Beicht- und Bußpraktiken der queeren Szene bedient, vor allem selbst ein einziges Dokument der politischen Regression.

Zusätzlich verwendete Literatur

Azhar, Mobeen (2013): Gay Pakistan. Where sex is available and relationships are difficult. BBC, 27. August. Online einsehbar [hier](#).

Bradley, John R. (2011): Gay Damascus. In: The Spectator, 18. Juni. Online einsehbar [hier](#).

Johnson, Bridget (2016): CAIR on Orlando Attack: Homophobia, Islamophobia are 'Interconnected Systems of Oppression'. In: PJ Media, 12. Juni. Online einsehbar [hier](#).

Kugle, Scott Siraj al-Haqq (2010): Homosexuality in Islam. Critical Reflection on Gay, Lesbian, and Transgender Muslims. Oneworld Publications. Oxford.

Labi, Nadya (2007): The Kingdom in the Closet. In: The Atlantic, May Issue. Online einsehbar [hier](#).

Tashman, Brian (2016): Anti-LGBT Pastor Steven Anderson Applauds Orlando Massacre: 'There's Fifty Less Pedophiles In The World'. Right Wing Watch, 13. Juni. Online einsehbar [hier](#).

Patsy l'Amour laLove (Hg.) 2017:

Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten.

Querverlag, Berlin.

ISBN: 978-3-89656-253-1.

272 Seiten. 16,90 Euro.

Zitathinweis: Georg Klauda: Angriff der Homocons. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1427>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Passive Revolution und das „Türkische Modell“



Cihan Tuğal

Das Scheitern des türkischen Modells

Wie der arabische Frühling den islamischen Liberalismus zu Fall brachte

CIHAN TUĞAL
DAS SCHEITERN
DES TÜRKISCHEN MODELLS
Wie der arabische Frühling
den islamischen Liberalismus zu Fall brachte

Das Buch zeigt, wie und warum das neoliberal-islamische Demokratie-Modell in der Türkei gescheitert ist.



Rezensiert von [Kerem Schamberger](#)

Cihan Tuğal will die Ursachen der aktuellen Krise der Türkei erklären. Jenseits von „Erdogans Wesen ist böse“-Schemata liegt für den Professor aus Berkeley die Erklärung in der Krise des neoliberal-islamischen Demokratie-Modells, das er „Türkisches Modell“ (S. 31) nennt. Das hört sich lesenswert an. Doch warum muss ein solch interessantes Buch so schlecht aus dem Englischen(!) übersetzt sein? Der Lesefluss wird durch holprige Satzkonstruktionen und Wortzusammensetzungen immer wieder unterbrochen. Dies schadet zwar nicht den generellen Aussagen, erschwert die Verinnerlichung der vorgebrachten Argumente dennoch unnötig.

Das „türkische Modell“

Nun zum Inhalt. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Türkei. Aber auch Ägypten, Tunesien und der Iran spielen bei einer möglichen Adaption des Türkischen Modells eine Rolle. In dieser Rezension wird allerdings vor allem auf die Darstellung der Türkei eingegangen. Was ist für den Autor überhaupt das „Türkische Modell“?

„Mit zwei Worten lässt es sich als ‚islamischer Liberalismus‘ beschreiben: eine Verbindung aus formaler Demokratie, freier Marktwirtschaft und einem (moderat) konservativen Islam. Das Türkische Modell wurde von Geschäftsleuten in aller Welt gepriesen, von internationalen Medien gefeiert, und von den regionalen und nationalen Eliten begrüßt“ (S. 17).

Das Modell sei die Antwort auf die „Krise säkularer Diktaturen und neoliberaler Entwicklungsprogramme“ (S. 49) im Nahen Osten gewesen und habe dem Westen

gleichzeitig zur „Integration der islamischen Herausforderung in die bestehende regionale Ordnung“ (S. 103) gedient.

Mit diesem Modell wollte die Türkei, mit freundlicher Unterstützung des Westens, also zur regionalen Hegemonialmacht aufsteigen. Dabei wird die Entstehung explizit in einen internationalen sowie türkisch-nationalen Umbruch eingebettet: „Die politisch-militärische Krise des Hegemons [also der USA; Anm. ks] artikuliert sich schließlich also auch in einer ökonomischen Krise. Das sogenannte ‚Türkische Modell‘ war ein Lebensretter in diesen schwierigen Zeiten“ (S. 331). „Der Todeskampf der alten Ordnung ebnete letztlich den Weg für das Türkische Modell“ (S. 16) und war gleichzeitig „als Waffe gegen das Iranische Modell“ (S. 18) gerichtet. Der Westen spielte dabei eine maßgebliche unterstützende Rolle, da das Türkische Modell durch und durch neoliberal und auf eine Einhegung und Einbindung islamistischer radikaler Kräfte setzte. Der Internationale Währungsfonds lieferte folgerichtig massive finanzielle Unterstützung. So basierte die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten zehn Jahren AKP-Regierung vor allem auf Auslandskapitalinvestitionen, die Megabauprojekte innerhalb des Landes ermöglichten.

Vor allem europäische und US-Medien spielten laut Tugal bei der Propagierung des AKP-Modells eine wichtige Rolle. „In den 2000er Jahren forderten große westliche Medien immer wieder, die Muslime sollten dem Türkischen Modell folgen“ (S. 22). „So entwickelte sich zum Beispiel der Economist, der schon seit zehn Jahren von der Türkei fasziniert war, nach der Machtübernahme der AKP und stärker noch nach den Revolten in Tunesien und Ägypten, zu einem militanten Werber für die Vorzüge des Türkischen Modells“ (S. 23). Zu kritisieren ist hier allerdings, dass diese Behauptung ohne eine systematische Untersuchung der Medienberichterstattung in den Raum gestellt und nur anhand exemplarischer Beispiele argumentiert wird. Zur Methode schreibt Tugal nur: „Ich habe [...] die wichtigen panarabischen und ägyptischen Medien [...] verfolgt. [...] Außerdem habe ich persönlich an Demonstrationen und Revolten in der Türkei und in Ägypten teilgenommen“ (S. 44). Eine empirische Überprüfung dieser Aussagen ist damit nicht gegeben.

Passive Revolution von oben

Das Türkische Modell begann sich bereits nach dem „erfolgreichen“ Militärputsch 1980 in der Türkei herauszubilden und stellte innerhalb des Landes ein Instrument zur gesellschaftlichen Integration dar. Denn der kemalistische Säkularismus hatte zuvor große Teile der religiösen Bevölkerung von Macht und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Die erst 2001 (im Jahr ihres Wahlerfolgs) gegründete AKP schaffte es, genau diese benachteiligten Schichten und Klassen für ihr neues Projekt zu mobilisieren und zu gewinnen. Anatolische Kleinunternehmer_innen

bildeten dabei die neue AKP-Elite und nicht mehr die mit dem Militär eng verbandelten Kemalisten.

Voraussetzung des Türkischen Modells war eine passive Revolution von oben. Dabei orientiert sich Tugal in der Begrifflichkeit an dem italienischen Kommunisten und Theoretiker Antonio Gramsci: „Während einer passiven Revolution wird dagegen eine beginnende Mobilisierung von unten nach oben in vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Strukturen ‚absorbiert‘“ (S. 36). Sie „zieht eine gründliche Neugestaltung bestimmter Politiken und Dispositionen nach sich, selbst wenn die Gesamtstrukturen unverändert bleiben“ (S. 37). In der Türkei stellte die passive Revolution das neoliberal-konservative Militärregime nach dem Putsch 1980 auf neue sicherere Füße, weg vom Kemalismus, hin zu einem, auch vom Westen geförderten, „sanften Islam“ unter neoliberalen Vorzeichen. Die unzufriedene Bevölkerung konnte damit von oben beruhigt und eingebunden werden. So konnte ein (Achtung, wieder Gramsci) neuer Machtblock, mit der Unterstützung auch von informell Beschäftigten und Teilen der fortschrittlichen universitären Intelligenz, die Führung übernehmen und hegemonial werden.

Der Plan des Westens war, das Türkische Modell, auch als politisches Gegensystem zum Iran, auf andere Länder zu übertragen (Syrien, Ägypten, Tunesien). Doch Tugal argumentiert, dass dieses Vorhaben von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, da das Modell sich überhaupt „nur in Relation zu den anderen“ (Iran oder Ägypten) behaupten konnte. Ohne dieses „Andere“ kein Türkisches Modell.

Der Einfluss des Arabischen Frühlings und der Gezi-Proteste

Mit dem brutalen Militärputsch in Ägypten im Jahr 2013 und der Absetzung der mit der AKP verbundenen Muslimbrüder wurde der Übertragung des Modells ein Riegel vorgeschoben. Es begann zu schwanken. Nach dem Arabischen Frühling und der anschließenden Restauration der Machtverhältnisse stellten für Tugal vor allem die Gezi-Proteste im Juni 2013 einen Wendepunkt dar. Die Widersprüche des Systems begannen nun aufzubrechen, denn die Ergebnisse des neoliberal-islamischen Modells waren eindeutig und doch irgendwie altbekannt: „Nach der zehnjährigen Herrschaft der AKP entfällt auf das oberste ein Prozent der türkischen Bevölkerung mehr als die Hälfte des nationalen Wohlstands“ (S. 173), „im Jahr 2013 kamen durchschnittlich pro Tag ungefähr vier Arbeiter ums Leben“ (S. 178).

Der Gezi-Aufstand wurde dabei interessanterweise vor allem von jungen Menschen des Mittelstands getragen, die in den Jahren zuvor selbst vom Ausbau des Bildungssystems profitiert hatten. Der Aufstand ist für Tugal der „Dolchstoß in die Front der passiven Revolution“ (S. 299) und repräsentiert das Ende des Türkischen Modells. Ab jetzt musste der Zwang, der die Hegemonie der AKP panzerterte und

bisher nur zur Unterdrückung von Kurden und Linken diene, stärker zum Einsatz kommen. Das Türkische Modell wurde von nun an immer offener autokratisch und konnte sich Unterstützung nur noch zum Teil über Freiwilligkeit organisieren: „Während vor der Revolte die Zustimmung die Gewalt überwog, gewann nun die Gewalt die Oberhand“ (S. 318). Tugal argumentiert jedoch, dass eine nachhaltige Demokratisierung unter den neoliberalen Vorzeichen des „Türkischen Modells“ niemals wirklich möglich gewesen sei. Dies liege „im Wesen des Neoliberalismus: Er führt zu einer gesellschaftlich erdrückenden Welt, und zwar selbst für die Gruppen, die er bereichert“ (S. 35).

Offen bleibt im Buch, ob das Modell in der Lage ist, sich von innen heraus neu aufzustellen. Dieser Versuch der Erneuerung ist seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 im massiven Staatsumbau zu beobachten, mit der Entlassung zehntausender Menschen, mit einer Umschichtung des Kapitalbesitzes von Gülen-nahen Unternehmensgruppen und auch einer Umstrukturierung des türkischen Militärs. Die seitdem versiegenden internationalen Geldströme und die Abwertung der Lira werden jedoch weiter zur Instabilität des Modells beitragen und zeugen davon, dass es keine große Unterstützung des Westens mehr genießt.

Fehlende Faktoren

Leider spielt der Putschversuch in dem Buch keine Rolle. Die Arbeiten zur englischen Originalversion wurden Ende 2014, Anfang 2015 beendet. Dies wird im aktualisierten Vorwort des Buches auch erwähnt. Allerdings lesen sich die einleitenden Worte eher wie eine Negativwerbung, dieses Buch aufgrund seiner partiellen Inaktualität nicht zu lesen: „Seit dem Abschluss der Arbeit am Manuskript dieses Buches Ende 2014 haben mehrere einschneidende Ereignisse die Welt erschüttert“ (S. 7). Die Einführung hätte also eher als Nachwort dienen können.

Zwei Punkte werden von Tugal nicht ausreichend beachtet. Der kurdische Faktor spielt im Buch keine besonders große Rolle. So führt er aus:

„Die wachsende kurdische Autonomie gehörte zu jenen dynamischen Faktoren, die schließlich das Ende des Türkischen Modells herbeiführten, was zur Folge hatte, dass der türkische Staat dann sowohl gegen die syrischen Kurden als auch gegen die Kurden im eigenen Land zunehmend aggressiver vorging und verdeckte Beziehungen zu ISIS aufbaute“ (S. 223).

Begründet werden diese „dynamischen Faktoren“ allerdings nicht weiter. Auch auf die Rolle des Friedensprozesses zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bewegung zwischen 2013 und 2015 wird nicht eingegangen. Der zweite fehlende Faktor ist die Bewegung um den islamischen Prediger Fethullah Gülen, die zu Beginn der AKP-Regierung eine stabilisierende, machterhaltende Wirkung hatte.

2013 kam es zum Bruch innerhalb dieses Bündnisses. Welche Rolle dieses Zerwürfnis im Scheitern des „Türkischen Modells“ einnimmt, wird nur oberflächlich behandelt, könnte aber interessante Einsichten in die Schwierigkeit der Einbindung gewisser Teile der Bevölkerung in das hegemoniale AKP-Projekt bringen.

Insgesamt ist dieses Buch jedem zu empfehlen, der jenseits der oft sehr oberflächlichen Analysen (in deutschen Medien) einen tieferen Einblick in die Türkei erhalten will. Gramscis Theoriebrille erleichtert es dabei, Zusammenhänge über einen ökonomischen Reduktionismus hinaus zu betrachten und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und die Bildung von Blöcken ins Visier zu nehmen. Das große Problem der Opposition in der Türkei im Jahr 2017 ist, dass sie bisher noch nicht in der Lage war, einen eigenständigen Machtblock der Solidarität und Gleichberechtigung zu bilden, der hegemonialen Einfluss auf eine Bevölkerungsmehrheit ausüben kann. Die Lektüre dieses Buchs kann dazu beitragen, in der Opposition dieses Verständnis und das entsprechende strategische Ziel deutlicher zu umreißen. Hoffentlich ist die Übersetzung ins Türkische besser.

Cihan Tugal 2017:

Das Scheitern des türkischen Modells. Wie der arabische Frühling den islamischen Liberalismus zu Fall brachte.

Kunstmann, München.

ISBN: ISBN 978-3-95614-171-3.

400 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Kerem Schamberger: Passive Revolution und das „Türkische Modell“. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1425>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Du bist nicht deine Vergewaltigung



Mithu M. Sanyal
Vergewaltigung
Aspekte eines Verbrechens

Ein Anstoß zur Veränderung im deterministischen Denken um sexualisierte _sexuelle Gewalt.

Rezensiert von [Barbara Schecher](#)

In großen roten Buchstaben steht das Wort Vergewaltigung auf der Vorderseite des Buches. Auch der Blick hinein alarmiert: Der Titel des ersten Kapitels verheißt eine sogenannte „Triggerwarnung“. Man erwartet Anrufungen an ein gesichtsloses Patriarchat, vielleicht Forderungen nach einer autoritären Law-and-Order-Politik oder viel Raum einnehmende Artikulationen von Machtlosigkeit und paternalistischen Annahmen. Man erwartet ein Buch, das den Lesenden erklärt, dass Vergewaltigung eine Erfahrung ist, die unumstößlich das gesamte weitere Leben „danach“ prägen muss.

All diese Erwartungen durchkreuzt Mithu M. Sanyal in ihrem Buch gehörig. So kritisiert sie in ihrem ersten Kapitel etwa die Vorstellung, Betroffene sexualisierter _sexueller Gewalt seien selbst bei solch offensichtlichen Buchtiteln nicht in der Lage, ihre mentalen Kapazitäten selbst einzuschätzen. Zugleich spricht sie der Schaffung von Schutzräumen nicht ihre Legitimität ab:

„Das Ziel solcher [Trigger] Warnungen ist, Traumatisierte vor Retraumatisierung zu schützen. Das finde ich wichtig. Gleichzeitig fühle ich mich aber unwohl damit, Menschen, die Opfer eines Verbrechens geworden sind, so zu behandeln, als würden sie dadurch die Fähigkeit zu lesen verlieren“ (S. 7).

Vom Unaussprechlichen zum Unausweichlichen?

Sanyal zeichnet nach, dass die heutige Vorstellung von Vergewaltigung als „schlimmer als der Tod“ dazu führt, dass Vergewaltigung *immer* als *zwangsweise* identitätsveränderndes Ereignis angesehen wird; was einerseits darauf verweist, dass es inzwischen überhaupt als Gewalt anerkannt ist, andererseits aber auch

gleichzeitig eine Vielzahl an negativen Implikationen für Betroffene bedeuten kann. Diese Vorstellung von Vergewaltigung verweist nämlich nicht nur lediglich auf die progressive Entwicklung der Anerkennung dieser Gewalt, sondern auch auf reaktionäre Vorstellungen von Geschlecht. „Ein großer Teil unseres ‚Wissens über Vergewaltigung‘ basiert auf Menschenbildern, die uns heute an den Haaren herbeigezogen erscheinen würden, wenn sie uns denn bewusst wären“ (S. 30). Im Buch erfährt man, dass das „Nein“ einer Frau früher nicht als Nein, sondern schlicht als „ich bin weiblich“ galt, denn eine „gute“ Frau lehnte in dieser Vorstellung Sexualität grundsätzlich immer ab und ein „richtiger“ Mann nahm sich, was er will. „Männliche“ Erregung wurde mit einem Dampfkessel gleichgesetzt, in dem der Dampf einen Weg nach außen auch gegen Widerstände finden muss. Es ist festzuhalten, dass uns hier ein Biologismus grüßt, den viele für überkommen halten, der aber tatsächlich immer noch in unserem Bild von Männlichkeit(en) steckt. „Männliche Gewalt und ein weibliches Sträuben waren ein integraler Teil der Konstruktion von ‚normaler‘ Sexualität im 18. und 19. Jahrhundert“ (S. 19). Diese Geschlechter- und Sexualitätskonstruktionen sind in Teilen bereits in der Antike vorzufinden, finden sich auch in den Arbeiten zur Evolutionstheorie, der Aufklärung, und der Psychoanalyse wieder und wirken bis zum heutigen Tage nach:

„Für das deutsche Strafrecht war die Idee der nicht unwillkommenen Gewalt [...] noch bis in die 1970er Jahre relevant. So wurde bei einem Strafprozess der Nachweis erwartet, dass die Frau sich nicht nur gewehrt, sondern diesen Widerstand die ganze Zeit über aufrechterhalten hatte“ (S. 21).

In Sanyals Darstellung des historischen Diskurses um Vergewaltigung wird deutlich, dass das berühmte „Nein heißt Nein“ der sogenannten zweiten Frauenbewegung eine logische Konsequenz aus diesen vorangegangenen Auseinandersetzungen war. Mit Blick auf die Geschichte des Feminismus stellt Sanyal jedoch auch fest: Das Reden über Gewalt oder über eine „sexuelle Unterworfenheit“ von Frauen fällt uns als Gesellschaft leichter als das Reden über die Sexualität und selbstbestimmte sexuelle Aktivität von Frauen. Eine der zentralen Aussagen in Sanyals Buch ist somit, dass

„die Art, wie wir über Vergewaltigung denken, [...] in einem erschütternden Verhältnis zu der Art [steht], wie wir über Sex denken, und damit sind in diesem Fall Sexualität und Geschlecht gleichermaßen gemeint“ (S.18).

Während die sogenannte erste (bürgerliche) Frauenbewegung Vergewaltigung noch nicht zum Thema machte, sondern ihre Kämpfe gegen Prostitution als „Ehezerstörer“ richtete, ging es der zweiten Frauenbewegung unter anderem darum, „nachzuweisen“ dass Vergewaltigung kein Versehen und eben auch keine Lustbefriedigung der Betroffenen ist. Es entstanden Überlegungen zu einem Konzept, das heute als „Vergewaltigungskultur“ bezeichnet wird. Feminist_innen

griffen die Vorstellungen davon, was als Gewalt gilt und was nicht, als „Vergewaltigungsmythen“ an: statt dem klischeehaften Fremden, der Frauen im Park überfällt, wurde versucht, Täter wie Ehemänner und Bekannte der Betroffenen in den Fokus zu rücken. Aus der „nicht unwillkommenen Gewalt“ wurde ein „Schicksal“, das schlimmer sei als der Tod. Grund hierfür war, dass diese Unfreiwilligkeit gesamtgesellschaftlich plausibel vermittelt werden musste, dies geschah dann auf Basis der angeblich für immer zerstörten Persönlichkeit der Gewaltbetroffenen. Das rhetorische Vorgehen erscheint plausibel: man nimmt Elemente der „alten Story“ wie die nicht unwillkommene Gewalt, und kehrt sie ins Gegenteil um, in eine Gewalt, die das ganze Leben betrifft, wodurch deutlich werden soll, dass es tatsächlich Gewalt ist. Dabei betont Sanyal jedoch ebenfalls mit Nachdruck:

„Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass die Vergewaltigungsmythen [der „alten Story“] in Wirklichkeit der Wahrheit entsprochen hätten, sondern dass der alte Diskurs den neuen noch immer bestimmt, wenn auch als Negativfolie“ (S. 41).

Das Wissen, das wir unbewusst jedoch immer wieder auf diese Negativfolien beziehen, scheint in Teilen verschüttet zu sein, was wiederum auf Kosten von Betroffenen sexualisierter sexueller Gewalt geht. Diese stehen unter enormen Druck, ein glaubhaftes Opfer darzustellen, um ernst genommen zu werden: ohne eigene Sexualität, um darzustellen, die sexuelle Gewalt in keiner Weise gewollt zu haben; und in irgendeiner Weise „beschädigt“, um den Beweis zu liefern, dass das Geschehene auch wirklich Gewalt war. Betroffene, die sexuell selbstbestimmt auftreten und deren persönliche Integrität nicht auf den ersten Blick zerstört ist, erfahren aus diesem Grund in Teilen eine enorme soziale Abwertung und Aberkennung ihres Schmerzes.

Anzuerkennen, dass auch feministische Rhetorik in Teilen auf diesen alten Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität basieren, würde aktuellen feministischen Auseinandersetzungen sehr guttun; es würde bei der Dekonstruktion der biologistischen Geschlechtervorstellungen helfen und politisch Mut machen, dass „männliche Täterschaft“ und „weibliche Opferschaft“ nicht für immer ein Teil unserer Menschheitsgeschichte sein müssen.

Neue Worte finden dürfen, neue Bilder zeichnen können

So sehr Sanyal dabei zuzustimmen ist, dass cis-heteronormative Strukturen auch Gewalt gegen Jungen und Männer ausüben und legitimieren, so sehr verwundert doch ihr anprangernder Duktus diesbezüglich gegenüber Feminist_innen. Es wäre wünschenswert gewesen, dass Sanyal an dieser Stelle die abwesenden linken

Männer in Theorie und Praxis queerer und feministischer Kämpfe thematisiert hätte.

Eine der größten Stärken von Sanyals Buch ist jedoch, das vorherige Beispiel ausgenommen, dass es in der Gesamtwirkung ohne erhobenen Zeigefinger daherkommt und auch dadurch ein Angebot der Wiederaneignung von Denk- und Handlungsoptionen schafft. Es vermittelt, dass es okay ist, sich als Betroffene_r von sexualisierter_sexueller Gewalt so zu fühlen, wie man sich fühlt, und dass ein Gefühl von Machtlosigkeit in aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen plausibel ist. Es vermittelt aber auch, dass wir gesellschaftlich dazu angehalten sind, ein ganz spezifisches Narrativ von Gewaltbetroffenen zu bedienen, das es kritisch zu hinterfragen gilt. Es richtet sich nicht an spezifische Gruppen wie etwa Unterstützer_innen oder nur die Betroffenen selbst. Das ist eine Stärke, da es einen gesamtgesellschaftlichen Umgang mit diesem Thema propagiert. Sanyal ist sehr darauf bedacht, Gewalt nicht zu individualisieren, sondern vielmehr die strukturellen Bedingungen der Gewalt ins Auge zu fassen, die mehr Handlungsoptionen bieten als ein gebetsmühlenartiges „Wir leben halt in einem Patriarchat“. Sie fordert in ihrem Buch, und konsequent bei vielen öffentlichen Auftritten, eine Enthierarchisierung von gesellschaftlichen Institutionen und benennt zudem Entmilitarisierung als eine wirksame Form der Vergewaltigungsprävention. Auch macht Sanyal klar, dass der Ruf nach höheren Haftstrafen und ähnliche autoritaristische Präventionsideen nur die Illusion einer Sicherheit schaffen, faktisch aber die große Mehrzahl der Täter und Täter_innen nicht davon abhält, Gewalt auszuüben, da es sich um ein gesellschaftlichen Problem handelt, das nicht rein juristisch zu lösen ist.

Die Sprengkraft, die Sanyals Diskursanstoß außerhalb und auch innerhalb feministischer Kreise hatte, zeigt, dass noch immer viel Diskussionsbedarf zu sexualisierter_sexueller Gewalt herrscht. Inhaltliche und konstruktive Kritiken an Sanyals Thesen waren selten, halfen aber durchaus diesen Themenkomplex multiperspektivisch und kritisch zu beleuchten. Personalisierte Angriffe „aus den eigenen Reihen“ wie auch von rechts zeigten aber auch, dass ihr Buch quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen so sehr an herrschenden Vorstellungen zu Geschlecht kratzt, dass Menschen sie zum Zweck des Erhalts von rassistischen und geschlechtlichen Machtverhältnissen wie Zweigeschlechtlichkeit erbittert bekämpfen. Spannend zu beobachten ist dabei, dass Mithu Sanyal, eine junge Woman of Color, die sich wiederholt für rassismuskritische und queere Perspektiven stark macht, dabei trotz enger Zusammenarbeit mit weißen Feminist_innen als einzige in den Fokus der Abwertung gerät – ein_e Schelm_in, wer Böses dabei denkt. Und obwohl sie in vielerlei Kontexten betont, Betroffenen von Gewalt nicht die Definitionsmacht über ihre Lebenswelt oder ihre Selbstbezeichnung absprechen zu wollen, sondern die durchaus inhaltlich zu diskutierenden Versuche betont, das Denken von Vergewaltigung als

identitätsstiftendem Element zu pluralisieren, wird ihr dieser Versuch des pluralistischen Sprechens über Vergewaltigung zur antifeministischen Kampfansage hochstilisiert, bis hin zu impliziten, feministisch absolut unsolidarischen Nötigungen, sich selbst als Betroffene dieser Form der Gewalt zu „outen“, denn Sanyal würde ja nur über die Erlebnisse Dritter diskutieren (woher maßen sich diese Kritiker_innen an, dies zu wissen?).

Sanyal ist mit diesem Buch gelungen, einen kommunikativen Knoten zu lösen: Sie setzt dem politisch lähmenden, gesellschaftlichen Unvermögen, differenziert über Vergewaltigung zu sprechen, etwas entgegen. Indem sie die historischen Kontexte dieses Unvermögens nachzeichnet, dekonstruiert sie die Vorstellung, dass aus emanzipativer Intention ausschließlich emanzipative Wirkung folgt und liefert nötige Anregungen zum Weiterdenken in feministischer Theorie und Praxis. Am Ende bleibt vor allem das Plädoyer, Menschen als Betroffene sexualisierter_sexueller Gewalt unabhängig von ihrer Selbstbezeichnung und Präsentation ihrer Identität als Subjekte ernst zu nehmen und nicht als bloße Objekte von Gewalt wahrzunehmen.

Mithu M. Sanyal 2016:
Vergewaltigung. Aspekte eines Verbrechens.
Edition Nautilus, Hamburg.
ISBN: 978-3-96054-023-6.
237 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Barbara Schecher: Du bist nicht deine Vergewaltigung. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1424>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Das falsche Wir



Stephan Lessenich

Neben uns die Sintflut

Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis

Der Soziologe sieht in seinem lesenswerten Buch den Hauptwiderspruch in der globalen Ungleichheit – und manifestiert letztlich die falsche Konfliktlinie zwischen „innen“ und „außen“.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Björn Höcke, ein Vertreter des ganzganzrechten Flügels der AfD, stellt vermehrt die „neue deutsche soziale Frage“. Diese sei „nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten“. Er sagte auf einer AfD-Demo in Schweinfurt im Frühjahr 2016: „Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen“. Eine solche nationalistische Antwort auf die soziale Frage ist in Deutschland mit der AfD, in Frankreich mit dem Front National, in Österreich mit der FPÖ und in den USA mit Donald Trump auf dem Vormarsch. Denjenigen, die sich zumindest bedrängt fühlen, bietet der Nationalismus ein Angebot. Durch Abschottung, Ausschluss und Abschiebungen soll der Reichtum in den Zentrumsstaaten beisammen gehalten werden.

Die gegensätzliche Perspektive nimmt Stephan Lessenich in „Neben uns die Sintflut“ ein. Der Buchtitel ist zugleich dessen zentrale Aussage. Er führt aus:

„Was sich aus unserer Sicht, an der ‚Peripherie‘ der Welt abspielt, an den Außenposten des globalen Kapitalismus, verweist zurück auf das Zentrum des Geschehens oder, genauer: auf die gesellschaftlichen Verhältnisse an jenen Regionen, die sich für den Nabel der Welt halten und ihre Machtposition im wirtschaftlichen und politischen Weltsystem nutzen, um die Spielregeln vorzugeben, an die andere sich halten müssen und deren Folgen andernorts spürbar werden“ (S. 13).

Lessenichs Essay besticht durch seine klare Sprache. Er betätigt sich als eingreifender Soziologe – und nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er über die globale Ungleichheit spricht. Seine Beispiele sind zwar weitgehend bekannt, aber in

ihrer Dichte schockierend und nicht leicht zu ertragen. In Südamerika existieren riesige Felder, auf denen unter massivem Chemikalieneinsatz Sojabohnen hergestellt werden, die dann als Mastfutter in den Mägen von in Europa, Nordamerika und China eingesperrten Tieren und dann wiederum in den Mägen der dortigen Bevölkerung landen. Die Liste ließe sich endlos fortführen: Egal ob Palmöl aus Malaysia, Baumwolle aus Indien, Sand aus Indonesien oder Garnelen aus Thailand – immer profitiert der Globale Norden von den umweltzerstörenden und ausbeuterischen Produktionen im Globalen Süden. Das gilt nicht nur für die ausgebeuteten Produzent_innen, sondern auch für uns Konsument_innen, denn mit den Folgen der miesen Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung der Naturressourcen müssen wir uns etwa in Deutschland kaum herumschlagen.

Verdrängte Wahrheiten

Lessenich möchte mit seinem Buch die unfassbare globale Ungleichheit ins Bewusstsein der Zentrumsstaatenbevölkerung rücken. Nur allzu gerne verlagern wir das Wissen darüber, wie unsere Klamotten oder unser Fleisch hergestellt werden, in die Peripherie unseres Gehirns. Das ist kein individuelles Problem, denn wir – so Lessenichs Diagnose – leben in einer „Externalisierungsgesellschaft“, will heißen: „Die reichen, hochindustrialisierten Gesellschaften dieser Welt lagern die negativen Effekte ihres Handelns auf Länder und Menschen in ärmere, weniger ‚entwickelte‘ Weltregionen aus“ (S. 24).

Die Kritik an einer Perspektive, die nur im Hier und Jetzt verharrt, ist richtig. Selbst in linken Kreisen in Deutschland scheint die globale Perspektive in der Prioritätenliste weit nach hinten gerutscht zu sein. Begriffe wie „ungleicher Tausch“ oder „Schmarotzerstaaten“ gehörten einst zum Standardrepertoire, sind jedoch mitsamt des linken Antiimperialismus in den vergangenen Jahren ins Abseits geraten.

Mittlerweile erschienen viele Rezensionen zu dem Buch. Nicht alle waren positiv. Immer wieder war die Kritik zu lesen, das Buch lasse Handlungsperspektiven vermissen. Tatsächlich belässt es Lessenich bei vagen Andeutungen auf den letzten zweieinhalb Seiten. Er macht keinen Hehl daraus, dass es primär darum geht, auf das Problem aufmerksam zu machen. Er wolle mit „der Schweigespirale des Wohlstandskapitalismus“ brechen (S. 192) und „Unsichtbares sichtbar machen, Unausgesprochenes aussprechen, Ausgeblendetes zur Geltung bringen“ (S. 193). Nun muss ein Buch nicht Lösungen liefern. Allerdings: Lessenich verzichtet nicht freiwillig darauf, Handlungsvorschläge zu machen. Vielmehr bleiben ihm solche aufgrund seiner eindimensionalen Analyse verborgen.

„Wir“ gegen „die“ – nur eben andersrum

Bei Lessenich gibt es nur „wir“ und „sie“. Das kommt bereits im Begriff der Externalisierungsgesellschaft zum Vorschein. Alle, die zur Gesellschaft zu zählen sind, externalisieren. Dabei gibt es auch innerhalb des „Wirs“ erhebliche Abstufungen. Es liegt auf der Hand: Je höher Einkommen und Vermögen, desto mehr Konsum. Besonders klimaschädlich: Fernreisen mit dem Flugzeug. Die vom Bundesumweltministerium herausgegebene Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2016“ verweist darauf, dass einkommensschwache Menschen den geringsten Umweltverbrauch aufweisen.

Lessenich adressiert mit seinem Buch wohl am ehesten die gutsituierten Teile der Gesellschaft, die tatsächlich – egal ob grün-urban-akademisch-bewusst oder mir-geht-das-eigentlich-am-Arsch-vorbei-ignorant – ganz vorne dabei sind, wenn es um das Externalisieren geht. Dass er bei seinem Fokus die unteren Klassen völlig aus dem Blick verliert, zeigt sich etwa, wenn er Sätze schreibt wie: „Es ist recht leicht und steht letztlich jedem Einzelnen offen, anders zu trinken und anders zu essen, bewusster zu kaufen und reflektierter zu konsumieren“ (S. 110). Gehören die Millionen Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, etwa nicht zur Gesellschaft? Oder denkt Lessenich, dass es mit einem Regelsatz von 409 Euro im Monat tatsächlich „recht leicht“ ist, sich für Fair-Trade-Produkte zu entscheiden?

Lessenich konzentriert sich in seinem Buch auf den Konflikt „innen VS. außen“. Er ist damit der Gegenpol zu Björn Höcke, allerdings befinden sich beide im selben Spannungsfeld. „Oben VS. unten“ fällt auch beim Begriff „Externalisierungsgesellschaft“ unter den Tisch. Dabei wäre diese Ebene so wichtig, um nicht nur einer ethisch bewussten „Mitte“ etwas anzubieten, sondern auch denen, die im Zuge des neoliberalen Umbaus des Sozialstaats, des Arbeitsmarktes und des Wohnungsmarktes im Zuge der vergangenen 30 Jahre immer weniger zu lachen hatten. Sie sind die Verlierer_innen in dieser Gesellschaft. Doch Lessenich macht aus den relativen Verlierer_innen innerhalb des Zentrums absolute Gewinner_innen im Weltsystem. Damit kann er nicht der gelebten Realität der unteren Klassen hier gerecht werden. Das weiß er auch. Ganz am Schluss löst er das falsche „Wir“ der Externalisierungsgesellschaft auf und stellt klar „Wir leben alle in einer Wohlstandsgesellschaft – und doch gibt es kein wohlstandsgesellschaftliches ‚Wir‘“ (S. 189). Doch es ist an dieser Stelle zu spät aufgelöst, denn seine Analyse geht genau von diesem Wir aus. Aus den Augen aus dem Sinn.

Gerade weil er nur die globale Ungleichheit fokussiert, macht Lessenich ein „fundamentales politik-strategisches Problem aus“ (S. 189). Es sind zwei Fragen, die er am Schluss stellt und unbeantwortet lässt:

„Wie für mehr Gleichheit im globalen Maßstab streiten, ohne die berechtigten Ansprüche auf Gleichheit [...] im nationalen Kontext zu missachten? Wie auch die schlechter Positionierten in den reichen Gesellschaften als Profiteure der Externalisierungsgesellschaft ansprechen – und sie gleichwohl in ihren Sorgen vor weiterer sozialer Benachteiligung gegenüber den Bessergestellten um sie herum ernst nehmen?“ (S. 189f.)

Es ist ein ähnlich „politik-strategisches Problem“, das auch klassische Antiimperialist_innen haben, deren Fokus auf die globale Ungleichheit die hiesigen sozialen Kämpfe vernachlässigt. Da die hiesige Arbeiterklasse zu einer globalen Arbeiteraristokratie zähle, sei von ihr nichts zu erwarten. Diese Analyse war vor fünfzig Jahren bereits problematisch, heute allerdings – nach dem erfolgreich geführten neoliberalen Klassenkampf von oben, der den Klassenkompromiss weitgehend aufkündigte – ist sie schlichtweg falsch.

Stephan Lessenich 2016:

Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis.

Hanser Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-446-25295-0.

224 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Das falsche Wir. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1429>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Bewegungsfreiheit oder Grenzregime?



Sabine Hess / Bernd Kasperek / Stefanie Kron /
Mathias Rodatz / Maria Schwertl / Simon Sontowski
(Hg.)

Der lange Sommer der Migration
Grenzregime III

Der Sammelband stellt die Bedeutung der Bewegungen geflüchteter Menschen aus verschiedenen Kontinenten und Ländern sowie Möglichkeiten ihrer Unterstützung vor.

Rezensiert von [El Camino](#)

Was in Mainstreammedien als „Flüchtlingskrise“ gelabelt wird, kann auch als historische und strukturelle Niederlage des europäischen Grenzregimes gesehen werden. Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, die zumeist mit dem Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (Kritnet) in Verbindung stehen, thematisieren in einem Sammelband von 19 Essays, Reportagen und akademischen Analysen die „beharrlichen Migrationsbewegungen“ (S. 6), die im Sommer 2015 die „Ordnung der Kontrolle“ (S. 6) der Grenzen zum Kollabieren brachte. Das Kritnet hat bereits seit 2010 die Diskurse und Praktiken des europäischen Grenzregimes in zwei früheren Sammelbänden zur Debatte gestellt.

Nach dem „arabischen Frühling“ wurde der tausendfach selbstorganisierte Aus- und Aufbruch aus den Flüchtlingslagern und anderen Krisenherden von unzähligen Solidaritätsnetzwerken praktischer Fluchthilfe unterstützt. Dementsprechend analysieren die Autor*innen die Entwicklungen im Feld der Migration in Europa seit der zeitweiligen Öffnung der Grenzen 2015. Sie gehen von einem europäischen Ausgangspunkt der Frage nach, wie sich seitdem die Kräfteverhältnisse verschoben haben und beleuchten zahlreiche Aspekte der Bewegung der Geflüchteten. Der Aspekt transkontinentaler Migrationsbewegungen und die Rückwirkungen auf die Herkunftsländer der Geflüchteten bleiben dabei zwangsläufig unberücksichtigt. Auch Migrationsbewegungen innerhalb nicht-europäischer Kontinente – wie zum Beispiel die Auseinandersetzungen um die mexikanische US-Grenze – werden in diesem Rahmen nicht aufgenommen. Nichtsdestotrotz sprechen die verschiedenen Essays so viele unterschiedliche Aspekte an, dass hier nur auf wenige eingegangen werden kann.

Die Grenzen der „Willkommenskultur“

So werden in mehreren Beiträgen die Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlichen Engagements anhand der Seenotrettung der Organisation Sea Watch und am Alarm Phone (AP) sowie an der sogenannten „Willkommenskultur“ thematisiert. Im Zusammenhang mit dem Bewegungswissen der Geflüchteten gelingt es den Aktivist*innen des AP in der Ägäis, erfolgreiche Grenzüberschreitungen gegen Push-Back Operationen (das organisierte Abfangen und Zurückbefördern von Booten) zu verteidigen oder solche Rechtsverletzungen durch Frontex und andere Grenzschutzeinheiten zumindest zu dokumentieren. Dabei hilft ein Kommunikationsnetz syrischer Aktivist*innen mittels Smartphones und anderer elektronischer Hilfsmittel, ein „Counter-knowledge“ (S. 103), also ein „Gegenwissen“, zu erschaffen und weiterzugeben. Dieses kann in kritischen Situationen für „Safety at Sea“ (so der Titel einer Broschüre des AP) genutzt werden. Die Forderung „Fähren statt Frontex“ (S. 112) ist Ausdruck davon, dass sich das AP immer als politisches Projekt für Bewegungsfreiheit verstanden hat.

Im Schatten einer eher ethisch-humanistisch begründeten „Willkommenskultur“, die zunehmend die Tendenz hat, Geflüchtete zum Objekt bevormundender patriarchaler Fürsorge zu machen, konnte hingegen eine „robustere“ Außengrenzsicherung entwickelt werden. Durch den EU-Türkei-Deal, eine zunehmende Militarisierung des Mittelmeeres (durch NATO und EU-Marine-Einsätze) – angeblich zur Schlepperbekämpfung – massiven gesetzlichen Verschärfungen, die einem Abbau des Rechtes auf Asyl und anderer menschenrechtlicher Schutzgarantien gleichkommen, wird versucht, eine „Rekonstituierung und Restabilisierung des Grenzregimes“ (S. 7) durchzusetzen. Eine „Versicherheitlichung“ und zunehmende Kriminalisierung von Migration, die verbunden ist mit „neuen Formen des humanitären Regierens“ (S. 14), reduziert das politische und mit Rechten ausgestattete Subjekt der „Autonomie der Migration“ (S. 8) zu passiven Empfänger*innen humanitärer Hilfe.

Die Herausgebenden hinterfragen Diskurse der „Vulnerabilität“ (Verletzlichkeit und Schutzbedürfnisse), in denen nur bestimmten Gruppen wie Frauen, Kindern oder Kranken Schutz zugestanden wird. Der Beitrag von Johanna Neuhauser, Sabine Hess und Helen Schwenken kritisiert, dass in den „gegenderten“ Refugee und Border Studies oft „auf die Vulnerabilität geflüchteter Frauen abgestellt“ (S. 185) wird, wobei durch die Fokussierung auf sexualisierte Gewalt andere Formen der Gewalt aus dem Blick genommen werden. Sie stellen die Frage, inwieweit „Migrationsregime heteronormative Strukturen stützen“ (S. 186) und Geschlechterwissen politisch auch zum Anheizen anti-migrantischer Ressentiments genutzt wird.

Bleibende Leerstellen

Was dies wiederum für LGBTIQ-Geflüchtete bedeutet, wird nicht ausgeführt. Es bleibt letztlich in diesem Beitrag der drei Forscher*innen wie in einigen anderen Essays mehr bei einem bloßen Apell nach einer „differenzierten Forschung“ – hier etwa zu Gender und Flucht aus einer feministisch-antirassistischen Perspektive. Nicht nur deswegen erweist sich der vorliegende Band als etwas akademisch überlastet. Fast alle Autor*innen sind nicht nur als Unterstützende sondern auch in der akademischen Forschung aktiv. Sieben von 19 Beiträgen wurden von promovierten Autor*innen erstellt, was sich teilweise in schwieriger Fachsprache bemerkbar macht. Die Perspektive der Geflüchteten selbst ist nicht mit eigenen Beiträgen von Geflüchteten oder ihrer Netzwerke vertreten. Obwohl die Herausgebenden den Anspruch haben, Flucht und Migration als ein „grundlegendes Strukturmerkmal kapitalistischer Umwälzungsprozesse“ (S. 17) darzustellen, gelingt dies nur ansatzweise. An einigen konkreten Beispielen werden die historischen Veränderungen in den Kämpfen um Bewegungsfreiheit und der Reorganisierung der Grenzregime deutlich. Oft werden in einigen Beiträgen mehr Fragen gestellt als neue Perspektiven eröffnet. Die Herausgebenden und viele Beiträge machen aber die antagonistischen Momente der Dynamik der Migrationsbewegung deutlich, die sich erfolgreich der Kontrolle und Regulation durch staatliche und transnationale Repressionsinstrumente entzogen hat.

Antirassistische Interventionen als Teil einer solidarischen, internationalistischen sozialen und politischen Bewegung benötigt dringend einer politischen Strategie. Der vorliegende Band ist trotz aller kritischen Einwände ein wichtiger Beitrag dazu. So forciert er nicht zuletzt die Repolitisierung des Teils der Unterstützer*innenbewegung, deren karitative Handlungen das kollektive Aufbegehren fast vergessen gemacht haben. All denen, die einen langen deutschen Herbst (rassistischer und zunehmender sozialer Ausgrenzungen) verhindern wollen, sei er ans Herz gelegt! Er macht einen nötigen Perspektivwechsel möglich: Die radikale Linke hat die Kämpfe der Migrant*innen und Geflüchteten bisher „nicht als Teil von Protesten für das Recht auf Teilhabe, zu denen etwa auch die Bewegungen für das Recht auf Stadt und gegen städtische Verdrängungsprozesse gehören, verstanden“ (S. 199). Die Proteste der Geflüchteten stellen eben nicht nur das Thema Rassismus auf die Tagesordnung. Sie fordern vielschichtige Veränderungen heraus: im Umgang mit Wohnraum sowie dem Zusammenleben und politischen Zusammenarbeiten in der Stadt wie auf dem Land.

Sabine Hess / Bernd Kasperek / Stefanie Kron / Mathias Rodatz / Maria Schwertl /
Simon Sontowski (Hg.) 2016:
Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III.
Assoziation A, Hamburg.
ISBN: 978-3-86241-453-6.
272 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: El Camino: Bewegungsfreiheit oder Grenzregime? Erschienen in:
Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1423>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Auf den Trümmern das Paradies!



Mark Fisher

Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?

Wo ist die linke Antwort auf die Krise? Die Flugschrift liefert neuen Treibstoff für desillusionierte Gemüter.

Rezensiert von [Fabian Namberger](#)

Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus. Müsste man Mark Fishers Buch „Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?“ auf einen Satz herunterbrechen, an dieser bleischweren Zeile käme man nicht vorbei. Kapitalismus, so die Quintessenz seiner neun kurzen Essays, ist nicht nur eine ausbeuterische Art zu wirtschaften, Kapitalismus ist auch ein kulturelles System, das die Grenzen unserer (individuellen wie auch kollektiven) Vorstellungskraft reguliert. Mit anderen Worten: Wenn es einen Weg aus dem Kapitalismus geben soll, dann müssen nicht nur wirtschaftliche Ausbeutungsverhältnisse überwunden werden, sondern zuallererst auch das, was Fisher kapitalistischen Realismus nennt: Das „weitverbreitete Gefühl, dass der Kapitalismus nicht nur das einzig gültige politische und ökonomische System darstellt, sondern dass es mittlerweile fast unmöglich geworden ist, sich eine kohärente Alternative dazu überhaupt vorzustellen“ (S. 8; Hervorh. i.O.). Was Fisher auf knapp 100 Seiten abliefern, ist eine nüchterne bis geradezu *er*-nüchternde Zeitdiagnose. Schonungslos nimmt sie in den Blick und fordert zugleich heraus, was nie entschlossener in Worte zementiert wurde als in Margaret Thatchers „ewigem“ Mantra des Neoliberalismus: „Es gibt keine Alternative!“

Fisher, geboren im industriegeprägten Norden Englands, war marxistischer Kulturtheoretiker. Daraus dass er seit seiner Jugend unter Depressionen litt, machte er keinen Hehl. Ganz im Gegenteil: Die Individualisierung und Entpolitisierung psychischen Leids im Kapitalismus war wiederkehrendes Thema seiner Bücher und Blogbeiträge (letztere unter dem Pseudonym k-punk). Anfang des Jahres nahm sich Fisher das Leben und setzte damit ein trauriges Ausrufezeichen hinter seine Analyse des kapitalistischen Realismus. Ein Grund mehr (wenn auch ein tragischer), seine Flugschrift umso gründlicher zu lesen.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Das Buch liefert keine Antwort auf die Frage, wie eine Zukunft jenseits des Kapitalismus aussehen könnte. Fisher formuliert keine Lösung, er formuliert ein Problem – allerdings ein wichtiges. Es besteht nicht nur darin, dass die kulturellen Erzeugnisse des kapitalistischen Realismus (Fishers liebste Gefilde sind Film und Musik) uns den Blick auf eine – wie auch immer geartete – postkapitalistische Gesellschaft versperren. Ebenso schwerwiegend ist, dass es immer schwieriger wird, Kapitalismus und Anti-Kapitalismus auseinanderzuhalten. Denn, so Fishers zweiter Befund, die Proteste vergangener Zeiten sind im kapitalistischen Realismus zu *Lifestyles* geworden, die längst stützen, was sie einst in Frage stellten:

„Man muss sich nur die Etablierung von gesetzten ‚alternativen‘ oder ‚unabhängigen‘ kulturellen Zonen anschauen, in denen unaufhörlich alte Gesten der Rebellion oder der Kontroverse so durchgespielt werden, als würde dies zum ersten Mal geschehen. Begriffe wie ‚alternativ‘ oder ‚unabhängig‘ bezeichnen nichts, was außerhalb eines Mainstreams passiert. De facto sind sie die dominanten Stile innerhalb des Mainstreams“ (S. 16).

Kurzum: Der Kapitalismus hat das Versprechen auf eine bessere Zukunft entleert. Während das 20. Jahrhundert noch von der Aussicht auf eine bessere Welt getragen wurde („Russland 1917“, „Frankreich 1968“, „Nicaragua 1978/79“), hat sich der utopische Glaube an ein weltumspannendes, *universales* linkes Projekt heute entweder in bitteren Zynismus oder aber in (wärmende, aber nicht weniger fehlgeleitete) Nostalgie verkehrt. Beides sind „falsche“, wenn auch nachvollziehbare Reaktionen auf ein und dasselbe Dilemma: „Der Kapitalismus bestimmt nahtlos den Horizont des Denkbaren“ (S. 15f.).

Von Occupy...

So frustrierend weitläufig diese Diagnose auch sein mag, Fishers Streifzüge durch die kulturellen Engpässe der Spätmoderne bieten auch wertvolles Material für ganz konkrete Fragen linker Politik und Strategie. Gerade das Nachwort zur deutschen Ausgabe, das im Gegensatz zur englischen Originalausgabe von 2009 die Chance hatte, die Ereignisse der Banken- und Finanzkrise genauer zu reflektieren, wirft einen erhellenden Blick auf die Schwachstellen aber auch Potenziale der Protestformen, die sich im Nachgang der Krise formierten. Sein exemplarisches Beispiel für die gegenwärtige Sackgasse der (radikalen) Linken findet Fisher in der Londoner und New Yorker Occupy Bewegung. Fishers prägnantes Urteil: Obwohl Occupy einen gewissen Hoffnungsschimmer aufrechterhalten konnte, eine wirkliche Herausforderung für den Kapitalismus war die Bewegung nie. Und das vor allem aus zwei Gründen. Zum einen ging es Occupy in erster Linie um die *kurzfristige* Entladung von Protest und Gegenmobilisierung. Das mag für den Moment befreiend gewirkt haben, der langfristige Effekt jedoch blieb marginal:

„Während der Anblick von Menschen, die sich in einem gemeinsamen Raum versammeln, in gewisser Weise für kurze Zeit affektiv aufgeladen sein mag, wird dies nur wenig strategischen Wert haben, wenn dieser Raum nicht dringend notwendig für das Operieren des Kapitals ist“ (S. 108).

Das deutet bereits auf den zweiten Grund hin, den Fisher für das Scheitern von Occupy ausmacht: der Unfähigkeit der Bewegung, Orte zu besetzen, die für das Funktionieren des Kapitalismus unentbehrlich waren. Occupy Wallstreet hatte nie die New Yorker Börse besetzt, sondern lediglich einen Grünstreifen vor dem Gebäude. Occupy London wiederum kampierte auf einem unbedeutenden Grundstück nahe der St. Pauls Kathedrale. So symbolisch aufgeladen diese Orte gewesen sein mögen, sie hatten nie etwas mit den tatsächlichen Funktionswegen des Kapitals zu tun, das heute mehr denn je auf globale und lokale Infrastrukturen (Datenströme, Containerhäfen, Logistikzentren und ähnliches) angewiesen ist.

Wovor Fisher am Beispiel von Occupy warnt, ist der weitverbreitete Trend hin zu einem (mehr oder weniger) unreflektierten „Lokalismus“, der die Unmittelbarkeit von Protest (so wichtig und richtig dieser in Zeiten von AfD, Pegida und Co. sein mag) über längerfristige Strategien stellt und ein global agierendes kapitalistisches System damit kaum in Verlegenheit bringt. Diese Tendenz „hin zum Lokalismus ist reaktionär und kontraproduktiv. Es existiert zwar eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus, aber keine vergleichbare Dringlichkeit, sich dabei auf lokale Gemeinschaften zu beschränken“ (S. 109). Die Wortwahl („sich nicht zu beschränken“) ist entscheidend: Fisher geht es nicht um eine plumpe Abkehr von lokalen Kämpfen zugunsten globaler und abstrakter Probleme. Der zentrale Fehler von Occupy, so Fisher, lag nicht in der Einnahme einer lokalen Perspektive, sondern in der gleichzeitigen Vernachlässigung globaler Strukturzusammenhänge. Nichtsdestotrotz (oder gerade deswegen) klingt Fishers abschließendes Resümee zu Occupy dann sogar recht versöhnlich und führt – bezeichnender Weise – zum Ausgangsproblem des kapitalistischen Realismus zurück:

„Falls es zu viel verlangt ist, dass Occupy mit einer funktionsfähigen Vision einer postkapitalistischen Gesellschaft aufwartet, ist es dennoch wichtig, niemals dieses Ziel aus den Augen zu verlieren. Letztlich mag die wichtigste Funktion von Occupy darin bestanden haben, einen Prozess der Regeneration der gesellschaftlichen Vorstellungskraft eingeleitet zu haben. Vor 2008 konnten wir uns keine Alternative zum Kapitalismus vorstellen. Aber Occupy hat uns gezeigt, dass wir uns zumindest wieder vorstellen können, uns diese Alternative vorzustellen“ (S. 110).

...zu den Knotenpunkten des Kapitals

So weit so gut. Aber welche Lehren lassen sich letztendlich aus Occupy ziehen? Hier schlägt Fisher einen Wechsel des politischen Terrains vor. Weg vom tröstenden, aber wenig hilfreichen Lokalismus von Occupy und Co. und hin zu den tatsächlich unentbehrlichen „Knotenpunkten“ des Kapitals. In Fishers Worten:

„Falls das Besetzen von Parks oder des Grundstücks einer Kathedrale nicht die Funktionsweise des transnationalen Kapitals stört, dann sollten wir die Knotenpunkte blockieren, auf die der virtuelle Kapitalismus immer noch angewiesen ist, zum Beispiel Flughäfen und Containerterminals“ (S. 111).

Dass diese und ähnliche Strategien längst aufgegriffen werden, zeigten nicht zuletzt die G20-Proteste inklusive der (zumindest teilweise erfolgreichen) Blockierung des Hamburger Hafens, der zu einem der wichtigsten Umschlagplätze Europas zählt. Allerdings: Eine wichtige Frage, die über Strategien des Blockierens und Zerstörens kapitalistischer Infrastruktur noch weit hinausgeht, lassen solche Aktionen unbeantwortet – nämlich: Wie könnte die bestehende Infrastruktur des Kapitalismus (Datennetze, Hochgeschwindigkeitszüge, Containerhäfen, Flughäfen und vieles mehr) aus ihren kapitalistischen Verwertungszwängen herausgelöst und in eine kommunistische Verwendung überführt werden? Vielleicht, so Fisher, verbirgt sich hinter dieser Frage eine bessere Zukunft, als wir sie uns im Moment noch vorstellen können. Es bräuchte dazu eine (radikale) Linke, die darüber „nachdenkt, auf welchen Wegen das momentane System der Kommunikation, Distribution und Produktion vom Kapitalismus befreit werden könnte“ (S. 112). Eine Linke, mit anderen Worten, die sich die Zukunft zurückholt:

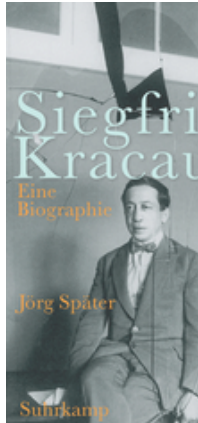
„Anstatt eine trübsinnige, reaktionäre Rückkehr zum Lokalen oder zum Vorkapitalistischen anzubieten, können wir den Kapitalismus als Barbarei betrachten, die den Übergang zum Kommunismus blockiert. Anstatt von den Menschen zu verlangen, die hochtechnisierte Moderne hinter sich zu lassen, sollten wir uns dafür einsetzen, dass der Postkapitalismus alles bieten wird, was die Menschen heute auch nutzen, z.B. Flughäfen, Supermärkte und Cafés – aber in neuen, verbesserten und bislang noch unvorstellbaren Formen“ (S. 112).

Wie gesagt, Fisher liefert keine Lösung, er liefert ein Problem. Jedoch eines, über das es sich nachzudenken lohnt und das – trotz aller Schwierigkeiten – den verdunkelten Horizont des kapitalistischen Realismus wieder etwas aufhellen könnte. Es mag keineswegs ein Zufall sein, dass Fisher gerade am Ende seiner Flugschrift am positivsten klingt.

Mark Fisher 2013:
Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?
VSA Verlag, Hamburg.
ISBN: 978-3-89965-421-9.
120 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: Fabian Namberger: Auf den Trümmern das Paradies! Erschienen in:
Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1426>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Mit spitzer Feder und schwerem Gemüt



Jörg Später
Siegfried Kracauer
Eine Biographie

Von einem, der nie ganz „zu Hause“ war in der Welt – und umso tiefer in die Abgründe eines ganzen Jahrhunderts blickte.

Rezensiert von [Christopher Wimmer](#)

Ratgeberbücher zu Trennungen füllen ganze Bibliotheken. Man findet Hilfen zur Trauerarbeit, Tipps für Verarbeitung oder Verdrängung und wie man das Leben als Single alleine am besten gestalten kann. Biographien tun sich als Hilfestellung in solchen Situationen eher selten hervor. Eine Ausnahme könnte die 2016 von Jörg Später veröffentlichte Schrift über Siegfried Kracauer sein. Denn gleich zu Beginn der Biographie werden einschlägig Gefühle beschrieben, die Menschen in Phasen von Trauer und Trennung erleben und Kracauer selbst sein ganzes Leben begleiten sollten: Wut, Eifersucht, Trauer, Unverständnis, Kränkungen und Neid. Jörg Später als Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Freiburg schafft es in seiner monumentalen Biographie mit über 700 Seiten pünktlich zum 50. Todestag von Kracauer, dessen Lebensgeschichte hervorragend und plastisch nachzuerzählen und dabei mit Siegfried Kracauer einen Menschen darzustellen, dessen gesamtes Leben von solchen Kränkungen und Widrigkeiten geprägt war.

Die Melancholie der Moderne

Kracauer, 1889 in Frankfurt in einer kleinbürgerlichen jüdischen Familie geboren, studiert ohne große Begeisterung Architektur – ein Brotberuf. Durch den Ersten Weltkrieg wird sein Lebensweg ein erstes Mal zerrüttet und Kracauer wendet sich der Philosophie zu: Georg Simmel und Max Scheler werden Bezugspunkte und intellektuelle Stichwortgeber. Erst zögernd, dann aber bewusster wird er Redakteur bei der links-liberalen Frankfurter Zeitung (FZ). Ab 1921 ist er fester Mitarbeiter mit Jahresgehalt.

Doch trotz des sich rasch einstellenden Erfolgs als einflussreicher Feuilletonist der Weimarer Republik benennt Später auch hier die Brüche und Probleme. Zum einen bleibt Kracauer innerhalb der Redaktion der FZ Außenseiter – unter anderem „angesichts seiner Sprechprobleme“ (S. 155). Kracauer stottert. Zum anderen sind es philosophische Fragen, die der junge Kracauer an sich und seine Zeit stellt. Durch die Moderne sei die Frage nach dem Sinn aufgekommen, da Glaubensinhalte keine Gültigkeit mehr besitzen. „Entzauberung und Fragmentierung der Welt [...] das war für Kracauer der Daseinszustand“ (S. 113). Er versteht dies jedoch nicht als religiöses, sondern als philosophisches Problem. Pate für diese Gedanken steht Georg Lukács' Diktum der „transzendentalen Obdachlosigkeit“, das heißt der fehlenden geistigen Heimat der Menschen, die dieser bereits 1916 in seiner „Theorie des Romans“ als Grundgefühl der Epoche benannt hat. „Der Glaubensverlust hatte die Menschen nicht auf die Welt und ein Diesseits, sondern vielmehr auf sich selbst zurückgeworfen“ (S. 113). Dabei seien „Einsamkeit und Heimatlosigkeit das Schicksal des Menschen ‚im leeren Raum‘ der ‚sinnfremden Realität“ (S. 99), wie Kracauer es nennt. Die Einheit zwischen Welt und Individuum sei durch die Moderne zerstört. Die Welt erscheint kontingent, aber der Wunsch nach Eindeutigkeit und Ordnung bleibt bestehen. Die Zustandsbeschreibung ist die einer „kontingenten Welt und eines problematischen Individuums“ (S. 132). Dieses leide unter dem „Heimweh nach dem entschwundenen Sinn“ (S. 99). In seinem Text „Die Wartenden“ beschreibt Kracauer in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Philosophie damit, diese „Flamme der Sehnsucht“ (Kracauer 1990: S. 123) nach dem Sinn wachzuhalten. Es gelte, die Haltung des Wartenden einzunehmen, die er als zögerndes Geöffnetsein beschreibt. Mit diesen Gedanken wird er zum einflussreichen Zeitdiagnostiker und scharf andere Denker um sich. Nicht ohne Grund zieht sich die Freundschaft Kracauers mit drei weiteren zentralen deutsch-jüdischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts als zentrales Motiv durch das Buch: Adorno, Benjamin und Bloch.

Philosophisches Kaffeekränzchen mit Adorno und Co.

Zu Beginn sind die Rollen in diesem Beziehungsgeflecht klar. Der 14 Jahre ältere „Friedel“ Kracauer ist intellektueller Mentor des hochbegabten „Teddie“ Adorno. Durch gemeinsame samstagnachmittägliche Kant-Lektüre entwickelt sich eine platonisch-homoerotische Beziehung zwischen den beiden. Bloch und Benjamin stoßen zu dieser Verbindung hinzu und das intellektuelle Quartett diskutiert die entscheidenden Themen der 20er Jahre: Marxismus, Moderne und Messianismus. Trotz Unterschieden im Denken – Kracauer wird Zeit seines Lebens Blochs utopischen und empathischen Marxismus nicht verstehen – eint die vier doch ein „Denken abseits von etablierter Philosophie, Wissenschaft und Kunst“ (S. 250). Dieser Kreis ist für Kracauer ein Weg, die „transzendente Obdachlosigkeit

auszuhalten; er hatte eine politische Orientierung und darüber neue Freunde gefunden [...] und stand beinahe im Mittelpunkt dieses Kreises“ (S. 190). Der Freundeskreis debattiert miteinander, zitiert sich und Kracauer wird durch seine Stellung bei der FZ zum Protegé für die jüngeren Wissenschaftler.

Im Gegensatz zu den hoch strebenden Theorieansätzen Adornos, Benjamins und Blochs wird Kracauer jedoch stets an der Oberfläche bleiben – ohne dabei oberflächlich zu sein. Seine Schrift „Ornament der Masse“ drückt dies aus. Kracauer stellt hier den Blickwinkel neu ein. „Zu den Sachen selbst, zu den ursprünglichen Erfahrungen“ (S. 105) war der Schlachtruf der Phänomenologie, dem sich Kracauer in seiner soziologischen Arbeit anschließt. Das „Maß aller Dinge war die profane Wirklichkeit, die es dialektisch im Spannungsfeld von Theorie und Erfahrung zu ergründen gelte“ (S. 183). In der „Welt des Profanen und Trivialen“ (S. 119) finde man, so Kracauer, viel eher die Wirklichkeit wieder als in großen Theoriegebäuden. „Im Zweifelsfall war Kracauer daher für die Erfahrung und gegen die Theorie“ (S. 562).

Doch spätestens 1933/34 zerbricht die Gruppe aufgrund von politischen und philosophischen Differenzen. Seinen Höhepunkt wird der Konflikt rund um Kracauers Buch „Jacques Offenbach und das Paris seiner Zeit“ erfahren, mit dem Kracauer weniger ein theoretisches Buch als vielmehr einen finanziellen Erfolg erreichen will. Nachdem Adorno einige Zeit vorher bereits eine Studie Kracauers über faschistische Propaganda bis zur Unkenntlichkeit redigiert, wird er ihm für den „Offenbach“ „Verrat“ an der gemeinsamen Sache vorwerfen. Der Bruch in der Beziehung scheint endgültig. Doch bereits in den 20er Jahren kam es zu einer ersten Trennung zwischen den beiden, begleitet von Liebeskummer, Leid und Schmerz. In diesem Zusammenhang ist von „wüsten Träumen“ (S. 128), von Dämonen, die Kracauer jagen, Depressionen, „libidinöser Obdachlosigkeit“ (S. 129) und „Zerfallen“ (S. 131) die Rede. In Episoden wie diesen schafft es Später, Kracauer als Mensch und damit als Zeitgenossen darzustellen, ohne in Pathos oder billige „Menschelei“ zu verfallen.

Flucht und NS-Terror: New York als neue „Heimat“

Mit dem Bruch des Freundeskreises geht auch eine Episode in Kracauers Leben zu Ende: Deutschland. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand 1933 muss er nach Frankreich fliehen, seine Bücher wurden von den Nazis verbrannt. Paris, die gut bekannte Stadt wird für ihn keine Heimat werden. Die Emigration bringt für ihn „Geltungsverlust“ (S. 297) und „Bodenlosigkeit“ (S. 297) mit sich. Von der FZ wird er fallengelassen. Damit gehen für ihn und seine Frau Elisabeth „Lili“, die eine lebenslange Ehe verbinden wird, auch existenzielle finanzielle Probleme einher. Als Intellektueller ohne Anstellungen gehört er (wohl wie heute) „zum Prekariat der damaligen Zeit“ (S. 172). Über Marseille, Spanien und Lissabon gelingt ihm, im

Gegensatz zu Benjamin, die Flucht in die USA. Kracauers Mutter und Tante bleiben im NS-Deutschland und fallen den Nazis zum Opfer: „Man konnte keine sinnvollen und Schmerz lindernden Worte darüber äußern. Es war nichts dazu zu sagen“ (S. 447, Herv. i. O.), so Kracauer.

New York wird seine neue Heimat. Kracauer stellt sich sofort auf die ungewohnte Umgebung ein und versucht deutschen Ballast abzuwerfen. „Von Beginn an schrieb er konsequent und ohne Vorentwürfe in Englisch“ (S. 413). Auch sein Stottern kann er in der neuen Sprache ablegen; 1946 werden er und Lili US-amerikanische Staatsbürger_innen. Er ist sich bewusst, dass dies „die letzte Station, die letzte Chance [ist], die ich nicht verspielen darf, sonst ist alles vorbei“ (S. 408). Gleichzeitig ist für die Neuankömmlinge die Lage weiterhin prekär. Kracauer handelt sich von Stipendium zu Forschungsauftrag, von Artikel zu Vortrag. Er „musste sich ständig anbieten, interessant machen, sich selbst loben“ (S. 465). Dies hatte etwas „Entwürdigendes. Und viel Geld brachte es auch nicht ein“ (S. 466). Die erste Zeit in New York ist dahingehend „kein intellektuelles Abenteuer, sondern öde und eng“ (S. 473). Trotz zahlreicher Kontakte und Verbindungen will sich der Erfolg nicht wieder einstellen und seine feuilletonistischen Spitzen schienen ihn verlassen zu haben: „Die Wirklichkeit hatte ihn Demut gelehrt, die spitze Feder war stumpf geworden, und an die Stelle des trockenen Witzes war eine Weisheit getreten, die zuweilen ziemlich bieder daherkam“ (S. 466).

In dieser Phase tritt mit dem Film jedoch ein Thema auf, das Kracauers Ruhm zentral begründen sollte. Mit seinen Filmanalysen schließt Kracauer an den Gedanken aus dem „Ornament der Masse“ an, wonach „aus der Analyse der unscheinbaren Oberflächenäußerungen die Gesamtverfassung der Zeit am ehesten zu ermitteln sei“ (S. 453). In seinem Buch „Von Caligari zu Hitler“ über Propagandafilme in Deutschland wird er diesen Gedanken das erste mal bezogen auf den Film ausformulieren. Seine „Theorie des Films“ wird den theoretischen Rahmen bilden. Der Film sei, so Kracauer, das adäquate Mittel, Oberflächenphänomene der modernen Gesellschaft zu beschreiben und dadurch zu einem tieferen Verständnis der Gesellschaft zu gelangen.

Wegweiser für das 21. Jahrhundert

Späters Pionierarbeit, eine erste, wirklich umfassende Biographie Kracauers vorzulegen, ist vollkommen gelungen. Gewandt interpretiert er die Schriften Kracauers und bettet sie in die jeweiligen Kontexte ein. Darüber hinaus gelingt es ihm gestützt auf Korrespondenzen, Gespräche und Kracauers Nachlass im Marburger Literaturarchiv, den Später systematisch ausgewertet hat, ein überzeugendes Bild des Menschen Kracauer mit all seinen Ambivalenzen zu zeichnen. Elegant verbindet Später die privaten und materiellen Aspekte Kracauers Biographie auf der einen und die beruflichen und politischen Verwerfungen auf der

anderen Seite. Am Leben Kracauers werden die Widrigkeiten des 20. Jahrhunderts nachgezeichnet und mit persönlichen Schicksalsschlägen verbunden. Damit gelingt es Später, Kracauers Leben als voll von Bangen und Verzweifeln, aber auch Erfolgen und Glück zu beschreiben. Es bleibt dem Buch zu wünschen, dass es fleißig gelesen wird und damit ein neues Kapitel in der Beschäftigung mit den immer noch aktuellen Texten von Kracauer stattfindet. 1931 schrieb Kracauer mehrere Aufsätze unter dem Titel „Aufruhr der Mittelschichten“. Im „Kampf gegen den Liberalismus, dem sie entstammen“, würden die Mittelschichten „Staat, Raum, Mythos“ verherrlichen. Ein Schelm wer dabei an das Jahr 2017 denkt.

Zusätzlich verwendete Literatur:

Kracauer, Siegfried (1990): Georg von Lukács' Romantheorie. In: Kracauer, Siegfried: Werke, Band 5.1, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Jörg Später 2016:

Siegfried Kracauer. Eine Biographie.

Suhrkamp, Frankfurt am Main.

ISBN: 978-3-518-42572-5.

743 Seiten. 39,95 Euro.

Zitathinweis: Christopher Wimmer: Mit spitzer Feder und schwerem Gemüt. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1422>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Das entgrenzte Kapital



Ellen Meiksins Wood
Das Imperium des Kapitals

Die historische Studie zeigt die Funktionsweisen eines neuen Imperialismus, in dem ökonomische Imperative koloniale Praktiken der Gewalt ersetzen.

Rezensiert von [Jens Zimmermann](#)

Mit dem „Imperium des Kapitals“ legt der Laika-Verlag eine weitere Studie der 2016 verstorbenen Marxistin Ellen Meiksins Wood auf und macht damit einen Klassiker der „neuen“ Imperialismusanalyse zugänglich. Wood gilt vor allem als eine der prominentesten Vertreterinnen des US-amerikanischen Marxismus und war Redakteurin der einflussreichen *New Left Review*. In ihrer historisch-vergleichenden Studie stellt sie heraus, wie das Verhältnis von Ökonomie und „Außerökonomischem“ innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen ist: „Was die Klassenherrschaft oder den Imperialismus spezifisch *kapitalistisch* macht, ist die Vorherrschaft von ökonomischem, im Unterschied zu unmittelbarem ‚außerökonomischem‘ – politischem, militärischem, rechtlichem – Zwang“ (S. 20, Herv. i. O.). Diese Unterscheidung ist für den weiteren Gang der Studie zentral.

Die relative Autonomie von Ökonomie und Politik

Für Wood stellen Ökonomie, Politik, Recht und Militär vier grundlegende Analysekatoren dar, die sie in ihrer historischen Rekonstruktion mit dem empirischen Material unterfüttert. Was zunächst etwas nach bürgerlicher Geschichtsschreibung aussieht, erweist sich als dialektisch vermittelt, wie ihre Kernthese deutlich macht: Die außerökonomische Gewalt hält ökonomischen Zwang aufrecht und wirkt indirekt auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise werden also ökonomische und politische Macht formal getrennt. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass ökonomische Macht weit über politischen oder militärischen Zwang hinausgehen, aber eben auch nicht ohne jene funktionieren kann. Exemplarisch zeigt sich dies für Wood an der Rolle des Staates im Kontext kapitalistischer Globalisierung. Sie sagt,

dass

„der Staat ein entscheidender Konzentrationspunkt der kapitalistischen Macht [bleibt], sogar oder besonders im heutigen globalen Kapitalismus, und dass das Imperium des Kapitals von einem System mehrerer Staaten abhängt“ (S. 30).

Um die Entwicklung hin zur Dominanz ökonomischer Imperative im „neuen“ Imperialismus sichtbar zu machen, bestimmt Wood die Rolle des außerökonomischen Zwangs in früheren imperialen Staaten, die aber gerade durch ihre vorkapitalistische Produktionsweise charakterisiert sind. Typisch für diese historischen Formationen ist, dass politische und militärische Macht zugleich auch Mittel zur Aneignung von Mehrarbeit sind, wie zum Beispiel durch Abgaben und Steuern, etwa im Feudalismus der Fronddienst sowie Natural- und Geldabgaben der unfreien Bauern. Um diesen Zusammenhang von ökonomischer und außerökonomischer Macht zu verdeutlichen, zeigt Wood, wie die imperialen Staaten des historischen Chinas, des römischen Reiches und der spanischen Kolonisation Lateinamerikas zwar Land erobern und dort eine Form des Eigentums etablieren konnten, aber wesentlich abhängig von Formen außerökonomischer Gewalt und Ausbeutung waren. Zwar gelang allen dreien die geographische Expansion ihrer Herrschaftsgebiete, aber die Aufrechterhaltung dieser konnte nur durch militärische Gewalt geleistet werden. Die Imperien waren demnach begrenzt durch ihre militärischen und administrativen Ressourcen.

Nicht-kapitalistische Imperien

Eine historische Entwicklung hin zu imperialen Bestrebungen, die mehr durch die immanente Logik der Ökonomie bestimmt sind, macht Wood dann in den arabischen, venezianischen und niederländischen Handelsimperien aus. Alle drei Imperien stützten ihre Ausdehnung des imperialen Staates nicht nur auf militärische Macht, sondern versuchten Profite durch die Verbindung verschiedener getrennter Märkte herzustellen. Sie installierten dabei ein Netz von politischen und administrativen „Außenposten“. Für diese Handelsimperien stand somit weniger die geographische Expansion im Vordergrund – die aber zweifelsohne eine Nebenfolge war –, sondern die strategische Verbindung von Handelsposten zur Absicherung der Profite. Obwohl ökonomische Mechanismen und Denkweisen immer stärkeren Einfluss auf imperiale Staaten bekamen – wie zum Beispiel die Entwicklung neuer Finanzinstrumente in Venedig sowie das Desinteresse der Niederlande an Landgewinnen, Rohstoffen oder Abgaben zeigte –, entwickelte sich zeitgleich eine enge Verwandtschaft zwischen Handels- und Kriegsinteressen, wie die „Kommerzialisierung des Krieges“ im venezianischen Imperium. Auch das niederländische Handelsimperium sicherte seine ökonomische Überlegenheit mit einer massiven Seestreitkraft ab und lieferte zugleich die ideologische Begleitmusik durch den Theologen und Philosophen Hugo Grotius. Grotius gilt zwar als

Begründer des Völkerrechts und Souveränitätsgedankens, aber Wood lässt ihn als Vordenker eines aggressiven Handelsimperialismus sprechen, der eine Eigentumstheorie lieferte, die explizit den Krieg als Mittel zur Durchsetzung von Handelsinteressen legitimierte. Im Kern bleibt der ausgereifte Handelsimperialismus aber, so Wood, nichtkapitalistisch da er seine Profite durch „ungleichen Tausch“ erzielt und nicht durch die Aneignung des Mehrwertes.

Einen qualitativen Sprung in der Durchsetzung ökonomischer Imperative macht für Wood der englische Siedlerkolonialismus. Anhand der gewaltsamen Einführung des englischen Pachtsystems in Irland zeigt sie auf, dass hier nun nicht mehr auf die Vorteile des „ungleichen Tauschs“ gesetzt wird, sondern der Profit in Landwirtschaft durch kompetitive Produktion entstehen soll. Ideologisch wird dies vor allem durch die Schriften des Ökonomen William Petty begleitet, der die theoretische Legitimation formulierte, um koloniale Projekte als elementar für die englische Ökonomie zu begreifen. Hierbei ändert sich nicht so sehr die Art und Weise der Kolonisation als vielmehr ihre Funktion in Bezug auf ökonomische Dynamiken und Interessen. Vorsichtig kann gesagt werden, dass sich das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik/Militär verändert – beide Seiten werden relativ autonom. Darüber hinaus findet innerhalb der Ökonomie eine Veränderung statt – kompetitive und demnach kapitalistische Produktion entsteht zumindest als Idee neben „ungleichem Tausch“.

Das britische Kolonialprojekt in Indien ist aus dieser Perspektive ein Rückschritt gewesen, so Wood, da das britische Empire im Laufe der Zeit immer stärker auf außerökonomische Zwänge zurückgreifen musste, um seine Herrschaft aufrecht zu halten. Das Beispiel der Besetzung Indiens zeigt aber in der Logik des Wood'schen Arguments, dass der imperiale Staat *noch* nicht auf ein *System* ökonomischer Zwänge zurückgreifen konnte, sondern die Aneignung von Mehrarbeit durch starken außerökonomischen Zwang aufrecht erhielt. Hier wird deutlich, dass die Strukturen eines internationalen Systems noch nicht gegeben waren und dass die Internationalisierung des Kapitalismus noch von militärischer Macht abhing. Auf ideologischem Terrain erfuhr zu dieser Zeit die Eigentumstheorie des Philosophen John Locke große Aufmerksamkeit. Locke begründete rechtmäßiges Eigentum nicht allein durch die Inbesitznahme oder das Nutzen eines bestimmten Stück Landes, sondern durch die produktive Bearbeitung, „die jedem Ding einen *unterschiedlichen Wert verleiht*“ (Locke, zit.n. Wood, 116, Herv. i. O.). Zum einen war dies die Rechtfertigung für unbegrenzte Kolonisation, da bei dieser Eigentumsdefinition explizit das Jagen, Sammeln sowie, allgemein gesprochen, die Subsistenzwirtschaft herausfielen und somit Kolonisierte kein Eigentum besaßen. Zum anderen lieferte diese Eigentumstheorie schon einen bürgerlichen Eigentumsbegriff, wie er für die kapitalistische Produktionsweise typisch ist.

Der „neue“ Imperialismus

Erst die innerimperialistische Konkurrenz nach dem 2. Weltkrieg lässt ein internationales Staatensystem mit internationalisierter, kapitalistischer Produktionsweise entstehen und somit eine neue imperiale Ordnung unter der Führung der USA, welche zum ersten Mal auch durch eine ökonomische Hegemonie flankiert wird. Das Bretton-Woods-System der festen Wechselkurse, Internationaler Währungsfonds, Weltbank und etwas später das GATT (General Agreement of Tariffs and Trade) wurden zu Pfeilern des neuen Imperialismus, der mittels Strukturanpassungsprogrammen, Handelsregulierungen und Schulden die US-Vorherrschaft sicherte und die Märkte für US-amerikanisches Kapital öffnete. Interessant ist Woods Auseinandersetzung mit dem Prozess der „Globalisierung“:

„Es folgte eine Periode, die wir Globalisierung nennen, die Internationalisierung des Kapitals, seine freien und schnellen Bewegungen und die rücksichtsloseste Finanzspekulation weltweit. Dies war weniger eine Reaktion auf die Erfolge als auf die Fehlschläge des Kapitalismus. Die USA nutzten ihre Kontrolle der Finanz- und Handelsnetze, um den Tag der Abrechnung für ihr eigenes heimisches Kapital aufzuschieben, was diesem in einer Orgie der Finanzspekulation die Möglichkeit gab, die Last an einen anderen Ort zu verschieben“ (S. 152).

Hier wird deutlich, was die relative Autonomie der Ökonomie im „neuen“ Imperialismus bedeutet, oder: was das Imperium des Kapitals ist. Aneignung von Mehrarbeit und somit Profit ist nicht mehr abhängig von außerökonomischer Gewalt. Dies bedeutet jedoch keine Bedeutungslosigkeit des Staates:

„Der Staat in der imperialen wie den untergeordneten Ökonomien stellt immer noch die notwendigen Bedingungen des globalen Kapitals. [...] Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass der Staat die einzige nichtökonomische Institution ist, die für das Kapital wirklich unverzichtbar ist“ (S. 158).

Dies zeigt sich für Wood in der Kriegsführung der Bush-Administration. Der US-Staat und seine entgrenzte, präventive Kriegsführung „ohne Ende in Bezug auf Zweck und Zeit gehört zu einem endlosen Imperium, das keine Grenzen oder auch nur ein Territorium hat“ (S. 189). Diese wuchtige SchlussThese ist zumindest aus empirischer Sicht einer der schwächeren Teile ihrer historischen Studie, da sie just kurz vor Erstellung des Manuskriptes 2003 eingearbeitet wurde und hier eher grobe Umriss zeichnen kann als ein stimmiges Bild. Trotzdem gelingt es Ellen Meiksins Wood in ihrer Imperialismusanalyse durchaus überzeugend, die Dynamik der zunehmenden relativen Autonomie von Ökonomie und Politik/Militär als Triebfeder der globalen Ausweitung des Kapitalismus zu bestimmen und dabei auf den Abgang auf den Staat zu verzichten. Ganz im Gegenteil kann sie zeigen, dass

militärische Gewalt und internationale Politik als Domäne des Staates im gegenwärtigen Kapitalismus eine Renaissance feiern. Damit weist ihr klassischer Text zurecht auf die blinden Flecken der gegenwärtigen linken Debatten à la „Empire“ und „Europa von unten“ hin.

Ellen Meiksins Wood 2016:
Das Imperium des Kapitals.
Laika Verlag, Hamburg.
ISBN: 978-3-944233-71-0.
204 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Das entgrenzte Kapital. Erschienen in: Autoritär, elitär, reaktionär – die Neue Rechte. 44/ 2017. URL: <http://kritisch-lesen.de/c/1428>. Abgerufen am: 11. 07. 2017 13:18.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2017 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.